



# Städtische Unternehmungen und wirtschaftliche Angelegenheiten

## Städtische Unternehmungen und gemischtwirtschaftliche Betriebe

### Personalstand der Abt. II/1

Beamte:	Am 1. Jänner 1939	Am 31. März 1940
Höherer Dienst . . . . .	3	1
Gehobener Dienst . . . . .	2	1
Mittlerer Dienst . . . . .	5	3
Einfacher Dienst . . . . .	2	1
TOA.-Angestellte . . . . .	3	8

In der Abt. II/1 besteht folgende Referatseinteilung:

- I. Leitungsgeschäfte und vorbehaltene Geschäftsfälle.
- II. Finanzielle Angelegenheiten der der Abt. II/1 unterstehenden städtischen Unternehmungen und gemischtwirtschaftlichen Betriebe.
- III. Juristische Angelegenheiten.
- IV. Betriebsangelegenheiten.
- V. Betriebliches Rechnungswesen.
- VI. Soziale Angelegenheiten und Verbindung zur DAF.

Die Abt. II/1 wurde mit der Erlassung der vorläufigen Geschäftseinteilung für die Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien geschaffen. Es sind ihr nach dieser Geschäftseinteilung folgende Agenden zugewiesen:

Alle zentral zu behandelnden Angelegenheiten der städtischen Unternehmungen und der der Hauptabteilung zugewiesenen gemischtwirtschaftlichen Betriebe.

Angegliedert sind:

- Städtische Elektrizitätswerke,
- Städtische Gaswerke,
- Städtische Straßenbahnen,

Brauhaus der Stadt Wien,  
Lagerhäuser der Stadt Wien,  
Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung,  
Gemeinde Wien — städtische Ankündigungsunternehmung.

Die Zusammenarbeit mit der in wirtschaftlichen Dingen zuständigen Parteidienststelle, dem Gauwirtschaftsamt, ist außerordentlich vielfältig und durch die gleichzeitige Führung der Hauptabteilung und des Gauwirtschaftsamtes durch den Beigeordneten Diplomingenieur Rafelsberger bestens geregelt. Für die Verbindung zur DAF. besteht im Rahmen der Abt. II/1 ein eigenes Referat.

Die Abt. II/1 hat gleich nach ihrer Schaffung am 1. Mai 1939 eine Reihe von wichtigen und unaufschiebbaren Arbeiten vorgenommen, wozu vor allem die Angleichung der ihr innerhalb der gemischtwirtschaftlichen Betriebe unterstehenden Aktiengesellschaften an die Bestimmungen des deutschen Aktiengesetzes (Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien vom 30. Jänner 1937, RGBl. I, S. 107, 588, 1140) zählte.

Diese Arbeiten erstreckten sich auf die Verfassung der neuen Satzungen und die Umorganisation nachstehend aufgezählter Aktiengesellschaften: Ostmärkischer Wirtschaftsverband für den Viehverkehr A. G.; M. Wotraubek A. G.; Aktiengesellschaft der Wiener Lokalbahnen, Aktiengesellschaft für öffentliche Lagerhäuser; Teerag, Aktiengesellschaft für Teerfabrikate, Asphalt, Ruß- und chemische Produkte. Diese Arbeiten wurden termingemäß bis 30. Juni 1939 durchgeführt.

Neben dringenden Vorarbeiten für die Liquidation der „Wipag“ Wiener Plakatierungs- und Anzeigen Ges. m. b. H. und der Gemeindebeteiligung an der Wiener Porzellanfabrik Augarten A. G. wurde zu diesem Zeitpunkt die organische Eingliederung der städtischen Unternehmungen in die Hauptabteilung II und die Festlegung der diese Unternehmungen und die Abt. II/1 betreffenden Belange vorgenommen.

Zu Kriegsbeginn wurden besondere Maßnahmen für die städtischen Unternehmungen und die gemischtwirtschaftlichen Betriebe erforderlich. Ein Tagesberichtssystem wurde eingeführt, das der Abt. II/1 ermöglichte, in allen dringenden Fällen den Betrieben sofort Unterstützung, Rat und Weisung zuteil werden zu lassen. Die Antragstellung für die Erklärung der Unternehmungen zu W.-Betrieben war neben einer Reihe von Kriegsmaßnahmen personeller und wirtschaftlicher Natur gleichfalls Aufgabe der Abt. II/1.

Die zu Kriegsbeginn zurückgestellten administrativen Arbeiten wurden trotz der Verringerung des Personalstandes der Abteilung durch Einberufungen zur Wehrdienstleistung alsbald in vollem Umfang wieder aufgenommen und besonders dringliche Sachen, wie die Reichsmarkeröffnungsbilanzen der städtischen Unternehmungen und die Entschachtelung des Döw-Konzerns noch vor Jahresende in Angriff genommen.

Der Ostmärkische (früher Deutschösterreichische) Wirtschaftsverband für den Viehverkehr A. G., dessen Konzernbetriebe wichtige wehrwirtschaftliche Approvisionierungsaufgaben erfüllen, war infolge eigenartiger personeller Verhältnisse im Leitungsapparat des Konzerns in der Zeit vor dem Umbruch zu einem derart verschachtelten Gebilde geworden, daß aus dieser unwirtschaftlichen Gestaltung des Unternehmens schwere Rentabilitätsbeeinträchtigungen erwachsen. Die daher notwendig gewordene Entschachtelung der einzelnen Rechtspersonlichkeiten im Konzern, nämlich des Ostmärkischen Wirtschaftsverbandes für den Viehverkehr A. G., der Produktivgesellschaft der Wiener Fleischselcher reg. Gen. m. b. H., der M. Wotraubek A. G., der Personenvereinigung Wotraubek-Produktiv, der Wiener Fleischbänke Ges. m. b. H., wurde in der Form beantragt, daß nur die unumgänglich notwendigen Rechtspersonlichkeiten bestehen bleiben und so die wirtschaftlichen Bedingungen der Konzernbetriebe günstiger werden. Der diesbezügliche Antrag der Abt. II/1 hat mit nachheriger Berichterstattung des Beigeordneten der Hauptabteilung II in der Ratsherrensitzung am 29. April 1940 die Genehmigung

des Reichsstatthalters erhalten, und die zur Durchführung notwendigen Maßnahmen wurden eingeleitet.

Was die Reichsmarkeröffnungsbilanzen der städtischen Unternehmungen betrifft, so wurde für diese Zwecke ein Abkommen mit der Wirtschaftsberatung deutscher Gemeinden A. G. getroffen, das sich für die Durchführung der Arbeiten als sehr günstig erwies.

Zu Beginn des Jahres 1940 war die Abt. II/1 mit Studien über Neuerstellung des Straßenbahntarifes im Zusammenhang mit einer Verbesserung der Betriebsgestaltung der Straßenbahn sowie mit Fragen des Gas- und Elektrizitätstarifes und des Einbediensteten der Versorgungsbetriebe beschäftigt. Ein Großteil dieser Maßnahmen ist mittlerweile in Kraft getreten.

Das neue Jahr hat für die städtischen Unternehmungen eine besondere Neuerung durch das Inkrafttreten der Eigenbetriebsverordnung vom 21. November 1938, RGBI. I, S. 1650, in der Ostmark gebracht. Die im Sinne der Eigenbetriebsverordnung erforderlichen Betriebssatzungen für die einzelnen Eigenbetriebe wurden von der Abt. II/1 im Einvernehmen mit den Unternehmungsdirektionen bereits entworfen und gehen der Genehmigung entgegen. Im Zusammenhang damit wurde die Frage der Vereinigung der Versorgungsbetriebe zu Stadtwerken einem eingehenden Studium unterzogen, das nunmehr vor dem Abschluß steht.

Daneben wurden in grundsätzlichen Dingen für die einzelnen Eigenbetriebe größere Arbeiten von der Abt. II/1, und zwar für das Brauhaus in der Bierpreisfrage, für die städtische Leichenbestattung hinsichtlich Verstädtlichung des Leichenbestattungsgewerbes, für die Lagerhäuser der Stadt Wien durch Regelung der künftigen Hafenvhältnisse und für die Gemeinde Wien — städtische Ankündigungsunternehmung durch Klärung einiger Anordnungen des Werberates der deutschen Wirtschaft geleistet.

In dieser Zeit wurde auch die Übertragung der ehemaligen Landesanteile an der Wiener öffentlichen Küchenbetriebsgesellschaft m. b. H. an die Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien sowie die Eingliederung der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft m. b. H. in die Hauptabteilung II in die Wege geleitet.

Die Einweisung der Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien in den alleinigen Besitz der Wiener öffentlichen Küchenbetriebsgesellschaft m. b. H. wurde im Februar 1940 vom Reichsminister des Innern und vom Reichsminister der Finanzen genehmigt.

Im März dieses Jahres wurden bedeutende Verbesserungen der Betriebseinrichtung der Gesellschaft zum Betrieb der städtischen Wasenmeisterei und thermochemischen Fabrik in Wien vorgenommen und der Gesellschaftsvertrag für die Rollfähre Korneuburg-Klosterneuburg Ges. m. b. H. neu gefaßt.

## **Städtische Elektrizitätswerke**

Die Verhandlungen mit der Österreichischen Gasbeleuchtungs A. G. (Östergas) wegen Übernahme ihrer Versorgungsgebiete durch das Unternehmen sind zu einem gedeihlichen Abschluß gekommen. Die Strombezieher dieser Gebiete gelangen dadurch in den Genuß des wesentlich niedrigeren Wiener Stromtarifes. Auch das Stromversorgungsgebiet der Stadt Baden, ihre Netze und Anlagen wurden mit Wirkung vom 1. Jänner 1940 käuflich erworben.

Das Stromversorgungsgebiet der Wiener städtischen Elektrizitätswerke umfaßt außer dem Reichsgau Wien 15 Gemeinden mit 53.718 Einwohnern, in denen der Energiebedarf unmittelbar an die einzelnen Verbraucher geliefert wird, und 26 Gemeinden mit 44.178 Einwohnern, in denen die Stromverteilung an die einzelnen Abnehmer durch die betreffende Gemeinde (also mittelbar) besorgt wird. Ferner wird das Versorgungsgebiet

einer weiteren Elektrizitätsgesellschaft mit eigenen Stromerzeugungsanlagen mit zusätzlichem Strom beliefert.

Trotz des Krieges mit den Folgeerscheinungen der Beschränkung der öffentlichen Beleuchtung, der Einstellung der Reklamebeleuchtung und der Drosselung der Geschäftsbeleuchtung hat sich das Unternehmen auch im Berichtsjahr weiterhin unerwartet günstig entwickelt. Der Strombedarf war mit Ausnahme des Monats Dezember wesentlich höher als in den gleichen Monaten des Vorjahres.

Die werkeigenen Dampf- und Wasserkraftwerke lieferten 72%, fremde Wasserkraftwerke 28% des Gesamtbedarfes. Infolge der geringeren Niederschläge der ersten neun Monate war die Stromerzeugung der Wasserkraftwerke um 16,8% niedriger als im Vorjahr<sup>1)</sup>.

Von der verkauften Strommenge hat sich der Absatz von Kraftstrom gegenüber dem Vorjahr infolge des erhöhten Bedarfes der Bahnen, der Industrie und des Gewerbes wesentlich erhöht. Auch beim Absatz von Lichtstrom war trotz der Einstellung der Reklamebeleuchtung eine kleine Erhöhung gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Die Einführung des neuen Haushalttarifes hat sich günstig ausgewirkt. Nur der Absatz von Lichtstrom für die öffentliche Beleuchtung ist infolge der Verdunkelungsmaßnahmen gesunken.

Das Berichtsjahr schloß mit einem Gebarungsüberschuß von RM 2,163.664,95 (im Vorjahr RM 2,071.097,92). Die Einnahmen aus dem Stromabsatz haben sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Für wertvermehrende Investitionen wurden RM 12,783.183,15 gegenüber 5,999.122,17 im vergangenen Jahre aus den eigenen Mitteln des Unternehmens aufgewendet.

Der Ausbau der Kraft-, Umspan- und Unterwerke wurde trotz Materialverknappung fortgesetzt. Auch die Vorarbeiten für die zukünftigen Bauvorhaben wurden weitergeführt.

Die Leitungsnetze im Reichsgau Wien wurden durch Kabelverlegungen und Errichtung neuer Freileitungen, die der Versorgung neuer Stromabnehmer und Siedlungsgebiete dienen, sowie wegen der bedeutenden Zunahme der Industriebelastung weiter ausgebaut.

Die Gesamtlänge der Kabel- und Freileitungen im Reichsgau Wien stieg auf 8053,5 km, die Zahl der angeschlossenen Häuser im Wiener Stadtgebiet betrug 44.348, die der Netzanschlüsse im Reichsgau Wien 67.931.

Im Überlandnetz betrug die Gesamtlänge der Kabel- und Freileitungen 329,1 km, die Zahl der Netzanschlüsse 1919.

Die Länge der Fernübertragungsleitungen erhöhte sich auf 572,3 km.

Der Ausbau der öffentlichen Beleuchtung wurde im Berichtsjahr fortgesetzt.

Im unmittelbaren Versorgungsgebiet hat sich die Zahl der angeschlossenen Anlagen auf 730.189 und die Zahl der in Verwendung stehenden Zähler um 6686 auf 728.473 erhöht.

Zwecks amtlicher Nacheichung, wegen Änderung des Anschlußwertes der angeschlossenen Anlagen oder wegen unverlässlichen Messens wurden 93.227 Elektrizitätszähler ausgewechselt und weitere 21.850 Zähler in den Anlagen untersucht.

Im Eichraume des Unternehmens wurden 42.219 Zähler der amtlichen Eichung zugeführt und 31.063 auf ihre Meßgenauigkeit geprüft, Formprüfungen von Zählern neuer Bauart sowie die Überprüfung von 81 Stromwandlern durchgeführt.

Bei den Zählerfirmen wurden 56.893 Zähler, die für das Unternehmen erzeugt oder instand gesetzt wurden, durch werkeigene Angestellte auf ihre mechanische Ausführung überprüft.

<sup>1)</sup> Die städtischen Betriebe berichten über das Kalenderjahr 1939.

Da bei der gegenwärtigen Handhabung der Stromverrechnung die statistische Zergliederung des Verbrauches sehr schwierig ist, wurden die verschiedenen im Altreich üblichen Methoden der Stromverrechnung eingehend studiert und eine Studienreise zu den größeren Werken unternommen. Als zweckmäßigste Lösung wurde die Einführung des Bareinzuges durch den Stromableser erkannt, wobei jedoch die Kontrolle der Verrechnung und die Statistik mittels Lochkarten durchgeführt werden soll.

Der Gefolgschaftsstand hat sich infolge Aufnahme neuer Arbeitskräfte zum Ersatz der zum Heeresdienst einberufenen Kameraden erhöht.

Ruhegelder erhielten 452 Beamte und 782 Arbeiter, Versorgungsbezüge 222 Witwen, 1 Voll- und 30 Halbweisen nach Beamten, 425 Witwen, 6 Voll- und 98 Halbweisen nach Arbeitern.

Die im Verwaltungsbericht des Vorjahres angeführten Maßnahmen des Unternehmens zur Betreuung seiner Gefolgschaftsmitglieder über das gesetzliche Maß hinaus wurden weiterhin ausgebaut. Die geschaffenen Einrichtungen konnten allerdings infolge des Ausbruches des Krieges nicht voll ausgenützt werden.

Mit dem neu angeschafften Betriebsautobus wurden 93 ein- bis fünftägige Fahrten mit 2468 Gefolgschaftsmitgliedern ins Voralpengebiet, nach Opponitz, Gaming und Gresten, nach Salzburg, Berchtesgaden und zum Königssee, ins Gesäuse und über die Großglocknerstraße unternommen.

Das Erholungsheim am Lunzer See wurde in der Zeit vom 28. Mai bis 3. September von 62 Familien minderbemittelter Gefolgschaftsmitglieder bei kostenloser Fahrt und Unterkunft in Anspruch genommen.

Besonders verdienten Parteigenossen wurde die Teilnahme an Hochseefahrten mit dem KdF.-Schiff „Robert Ley“ durch Übernahme aller Kosten auszeichnungsweise ermöglicht.

Das Sportheim, die werkeigenen Tennisplätze und das Morgenturnen erfreut sich lebhaften Zuspruches seitens der Gefolgschaftsmitglieder.

An bedürftige Gefolgschaftsmitglieder wurden 80 Theaterringabonnements verteilt. 4127 Eintrittskarten für Theatervorstellungen wurden zu ermäßigten Preisen verschafft, wertvolle Filme („Deutsches Land in Afrika“, „Der Osten ruft“) der Gefolgschaft unentgeltlich vorgeführt.

Die Werk- und Wanderbüchereien wurden von 600 Lesern in Anspruch genommen.

An der Ausgestaltung der Betriebsstätten im Sinne von „Schönheit der Arbeit“ ist weitergearbeitet worden. So wurden in einem unserer Kraftwerke die veralteten Waschräume zu einer gediegenen Wasch- und Badeanstalt umgestaltet.

Durch die Gewährung von unverzinsbaren Darlehen wurde im Berichtsjahr weiteren Gefolgschaftsmitgliedern der Erwerb von Eigenheimen ermöglicht.

## Städtische Gaswerke

Das Versorgungsgebiet der Wiener Gaswerke umfaßte im Berichtsjahr die früheren 21 Gemeindebezirke und in dem seit dem Vorjahr einverleibten Teile Groß-Wiens die früheren Gemeinden Schwechat, Alt-Kettenhof, Ober-Laa, Unter-Laa, Roth-Neusiedl, Kledering, Hadersdorf-Weidlingau, Klosterneuburg, Weidling, Kritzendorf, Lang-Enzersdorf, Bisamberg, Gerasdorf, Stammersdorf, Ebling und Groß-Enzersdorf, die alle von den Wiener Gaswerken unmittelbar beliefert wurden; außerdem wurde die Gemeinde Korneuburg mit Gas beliefert, die es an die Abnehmer in Korneuburg weitergibt.

Trotz des zu Beginn des letzten Jahres drittels ausgebrochenen Krieges zeigte der Absatz von Verkaufsgas nach vier Jahre lang andauerndem Absinken zum ersten Male wieder eine Steigerung. Die Zunahme beträgt 4,1% gegenüber dem Vorjahr. Zur Er-

höhung des Absatzes trug der mit 1. Mai 1939 eingeführte Regelverbrauchstarif wesentlich bei. Besonders zugenommen hat die Abgabe von Gas an das Gewerbe und an die Industrie.

Die Kohleanlieferung für Verbrauch und Vorratsbildung ging 1939 reibungslos vor sich. Mit der Gasabgabe hat sich auch die Menge entgaster Kohle entsprechend gesteigert. Die Zunahme der entgasten Kohle betrug 7,3% gegenüber 1938.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist nach Abschreibungen von den Anlagewerten in der Höhe von RM 7,745.987.80 und Zuweisungen für Versorgungsverpflichtungen im Betrag von RM 560.000.— einen Gebarungsüberschuß von RM 1,290.150.96 aus.

Die ausgewiesenen Einnahmen aus der Gasabgabe sind gegenüber dem Vorjahr infolge der Preissenkungen durch den Regelverbrauchstarif zurückgegangen. Der Regelverbrauchstarif trat an Stelle des früheren 14-Rpf-Einheitstarifes für Haushaltgas. Der neue Tarif wurde mit 1. Mai 1939 eingeführt und steht zum Teil schon in Einklang mit den Vorschriften der Gastarifordnung. Er bestimmt einen Preis von 14 Rpf je Kubikmeter für den Regelverbrauch und von 10 Rpf für den Mehrverbrauch. Es wurden sieben verschiedene Regelverbrauchsmengen festgesetzt, die für ebenso viele verschiedene Wohnungsgrößen angewendet werden. Die als Folge des neuen Tarifes eingetretene Erlösminderung wurde aber durch die Umsatzsteigerung zum guten Teile wieder wettgemacht und betrug schließlich 2,9% im Vergleich zu 1938. Der durchschnittliche Verkaufspreis des Gases ist um rund 6,8% gefallen.

Der Erlös aus den anderen Erzeugnissen brachte eine beträchtliche Steigerung, vor allem der Erlös aus dem Koksverkauf. Der Koks durchschnittserlös ist zwar um ein kleines zurückgegangen, aber die abgesetzte Menge war um 11,4% größer als im Vorjahr. Der Anfall an Teer und Benzolkohlenwasserstoffen behielt den Umfang des Vorjahres annähernd bei.

Für wertvermehrnde Investitionen wurden RM 7,194.986.70 aus eigenen Mitteln aufgewendet. Die Erweiterung des Gaswerkes Simmering, besonders der Kühleranlage und der Koksauflaufanlage, wurde fortgesetzt, in Leopoldau der Umbau eines Teiles der Kammerofenanlage fertiggestellt und der Umbau des zweiten Teiles begonnen, ferner wurde eine große Anzahl neuer Hochleistungsgasmesser angeschafft.

Zu Ende des Jahres wurden aus dem Eigentum der Österreichischen Gasbeleuchtungs-A. G. die Gaswerke Wienerberg, Wiener Neudorf und Traiskirchen käuflich erworben und zahlreiche Neuanschaffungen und Neueinrichtungen durchgeführt.

Den Gaserzeugungsanlagen wurde auch im Jahre 1939 die ganze Aufmerksamkeit gewidmet, insbesondere wurde der Umbau des Gaswerkes Simmering auf großzügiger Grundlage in die Wege geleitet.

Für die öffentliche Beleuchtung standen Ende 1939 11.941 Laternen in Betrieb. Der Verbrauch der öffentlichen Beleuchtung ist infolge der Verdunklungsmaßnahmen in den letzten vier Monaten des Jahres 1939 um rund ein Drittel zurückgegangen.

Die Personalauslagen sind etwas höher als die des Jahres 1938. Als Ursache hierfür sind die Zuwendung zur Sanierung der Pensionskasse und die Fortbezahlung der Bezüge an die zur Wehrmacht Eingerückten zu nennen.

Für soziale Zwecke wurden nicht allein Beträge von fast 3 Mill. RM aufgewendet, sondern es wurden auch sonst Maßnahmen aller Art getroffen, die der sozialen Betreuung der Gefolgschaftsmitglieder dienen. Die Betriebsführung setzte ihre Bestrebungen fort, gesunde Arbeitsräume und Arbeitsbedingungen zu schaffen, die Verköstigung in Betriebsküchen bereitzustellen, die ärztliche Befürsorgung im Betrieb auszubauen, dem einzelnen Gefolgschaftsmitglied in persönlicher Notlage oder in sonstigen Schwierigkeiten zu helfen und ferner durch Schaffung und Unterstützung geeigneter Organisationen und Veranstaltungen die Betriebsgemeinschaft zu fördern und zu vertiefen. So wurden der Sportgemeinschaft die notwendigen Mittel zur Anschaffung von

Turn- und Sportgeräten, für die Sportplatzmiete, für den Ankauf einer Fußballausrüstung, von Trainingsanzügen, von Schachgarnituren usw. gegeben, der Photosektion, der Gefolgschaftsbücherei und der aus Gefolgschaftsmitgliedern gebildeten Musikkapelle die nötigen Räume zur Verfügung gestellt und diese Kulturgemeinschaften auch sonst weitgehend gefördert.

## Städtische Straßenbahnen

Das seit der Wiedervereinigung der Ostmark mit dem Reich als Folge des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwunges zu verzeichnende stete Ansteigen des Verkehrs und damit der Einnahmen hielt während des ganzen Jahres 1939 an und wurde auch durch den Ausbruch des Krieges nicht beeinträchtigt.

Die Zahl der Fahrgäste ist bei Ausschaltung der Arbeitslosenfahrten im Berichtsjahr um 12% gegenüber 1938 gestiegen. Im Jahre 1938 betrug die Steigerung 4,6% gegenüber 1937. Die größte Zunahme war bei den Schaffnerfahrtscheinen mit 24,1% zu verzeichnen. Der Verkauf von Vorverkaufsscheinen nahm um 23,5% zu, während die Fahrtenzahl mit Zeitkarten um 19% sank. Auch die Kleinzonenfahrten gingen um 13,5% zurück. Die Verminderung der Arbeitslosigkeit fand im Absinken der Arbeitslosenfahrten um 70,2% und in der außerordentlichen Steigerung der Fahrten mit Einzelfahrtscheinen Ausdruck.

Die Betriebseinnahmen des Jahres 1939 stiegen im Berichtsjahr um 15,4% gegenüber dem Vorjahr, während die Zunahme im Jahre 1938 gegenüber 1937 10,6% betrug. Die durchschnittliche Einnahme je Fahrgast betrug 15,1 gegen 14,1 Rpf im Jahre 1938, was einer Steigerung von 7,1% entspricht.

Auch der Omnibusbetrieb hatte trotz der mit Kriegsbeginn eingetretenen Drosselung eine Zunahme der Fahrgäste um 6,9% zu verzeichnen.

### I. Straßenbahn

#### Bahnbau und Bahnerhaltung.

Im Berichtsjahr wurden neben der erforderlichen Erneuerung betriebsuntauglich gewordener Gleisanlagen und den notwendigen Erhaltungsarbeiten auch die Gleisneu- und -umbauten durchgeführt, die noch für die im Vorjahr erfolgte Umstellung auf das Rechtsfahren nötig waren. Außerdem wurden, um der stets steigenden Anzahl der Fahrgäste Rechnung zu tragen und die Zugfolge auf einzelnen Linien verdichten zu können, neue Ausweichen und Schleifenanlagen an Stelle von Stockgleisen und Gleiszulegungen gebaut.

Im Zuge der Gleisarbeiten für das Rechtsfahren wurden 5 linke Umkehrweichen auf rechte umgebaut und 11 Verbindungsbögen teils neu gebaut, teils zweigleisig ausgestaltet. In den Endstellen Nußdorf und Triester Straße wurden die Stockgleisanlagen durch Gleisschleifen ersetzt. Beim Betriebsbahnhof Breitensee, bei dem für das Rechtsfahren im Jahre 1938 nur behelfsmäßige Gleisumbauten durchgeführt worden waren, wurde die endgültige Anordnung der Einbindungen der Zu- und Ausfahrtsgleise hergestellt. In der Schleife der Linie 31 durch die Zelinkagasse—Gonzagagasse—Eblinggasse wurde in der Eblinggasse eine Ausweiche neu gebaut. In Ergänzung des durch die Rechtsfahrordnung bedingten Baues neuer und der Verlängerung oder des Abtrages bestehender Haltestelleninseln wurden 1 Insel neu gebaut, 1 Insel verlängert, an 4 Stellen Saumberichtigungen durchgeführt und 4 bestehende Inseln abgetragen.

Insgesamt wurden im Zuge der Gleisbauten für das Rechtsfahren rund 1240 m Gleis, 29 Weichen und 13 Kreuzungen neu eingebaut, rund 1565 m Gleis, 18 Weichen und 6 Kreuzungen erneuert und 866 m Gleis, 26 Weichen und 3 Kreuzungen abgetragen.

In Ausgestaltung des Gleisnetzes zur Verdichtung des Zugsverkehrs auf Strecken mit starkem Fahrgästeandrang wurden rund 2594 m Gleis, 20 Weichen und 2 Kreuzungen neu eingebaut und rund 524 m Gleis und 4 Weichen erneuert. Zu diesen Gleisneubauten gehören die neuen Ausweichen Flugfeld, Englischfeld und Konrad-Kaserne auf der Linie nach Groß-Enzersdorf, das Umfahrgleis durch die Kliebergasse zwischen Wiedner Hauptstraße und Wiedner Gürtel, die Zulegung des zweiten Gleises in der Wagramer Straße zwischen Kapellenaustraße und Arbeiterstrandbadgasse und in der Prager Straße von Floridsdorf Am Spitz bis zur Kreuzung mit der Reichsbahn, die Verlegung und Vermehrung der Betriebsausweichen in derselben Straße zwischen Reichsbahnkreuzung und der Endstelle, die Schleifenanlage in der Endstelle Dresdner Straße und schließlich der Bau je eines Umformer-Aufstellgleises beim 2. Tor des Zentralfriedhofes und auf der Linie nach Mödling in Mauer bei der Rittlergasse. Mit der Verlängerung der Gleise in der Wolkersbergenstraße über die derzeitige Endstelle hinaus, deren Abschluß durch eine Gleisschleife geplant ist, wurde begonnen.

Es wurden insgesamt ungefähr 3834 m Gleis, 49 Weichen und 15 Kreuzungen neu gebaut und ungefähr 11.425 m Gleis, 84 Weichen und 34 Kreuzungen erneuert. Außerdem wurden im Zuge der Bahnerhaltungsarbeiten noch rund 3200 m Schienen, 44 Weichenzungenstücke, 14 Knotenpunkte und 2730 Schwellen ausgetauscht. Zur Beseitigung der Riffeln standen 6 Schienenschleifwagen fast das ganze Jahr in Verwendung.

Der Zuwachs an Gleislänge betrug im Berichtsjahr rund 2,930 km, dem ein durch den Abtrag entbehrllicher Stockgleise, Ausweichen und Verbindungsweichen entstandener Abfall im Gesamtausmaß von 0,660 km gegenübersteht.

Der Stand der Eigentümlänge, Betriebslänge und Eigentümlänge sämtlicher Gleise der Straßenbahn am Ende des Berichtsjahres ist aus der folgenden Zusammenstellung zu entnehmen:

Eigentümlänge . . . . .	266,33 km
Betriebslänge . . . . .	266,97 „
Eigentümlänge sämtlicher Gleise . . . . .	593,70 „

Die Eigentümlänge sämtlicher Gleise setzte sich zusammen:

Hauptgleise . . . . .	488,51 km
Nebengleise . . . . .	36,29 „
Bahnhofgleise . . . . .	26,35 „
Hallengleise . . . . .	38,45 „
Schleppgleise . . . . .	4,10 „

#### Elektrische Anlagen.

Im Rahmen der Erhaltungsarbeiten am Oberleitungsnetz wurden 43,3 km abgenützter Arbeitsdraht erneuert und 949 m Signalfahrdraht ausgetauscht.

Für Neuherstellungen wurden 9,8 km Fahrleitung und 2,5 km Signalfahrdraht aufgelegt.

Im Zuge der Umstellung der elektrischen Weichenstallanlagen auf das Rechtsfahren wurden 7 solche Anlagen neu errichtet.

Das Stromgebiet Floridsdorf am linken Donauufer wurde vom Dreileiter- auf Zweileiterbetrieb umgestellt und damit im Zusammenhang wurden ein neuer Speisepunkt und vier Rückleitungspunkte errichtet sowie mehrere Speisepunkte versetzt. Die Vermehrung der Rückleitungspunkte und Kabel stellt neben der Schienenstoßwiderstandsmessung eine wichtige Maßnahme zur Herabminderung abirrender Ströme dar und trägt dazu bei, bestehende Rohrstränge in der Nähe der Gleisanlagen vor Stromein- und -austritt zu schützen.



### Hochbauten.

In der Hauptwerkstätte wurden umfangreiche sanitäre Anlagen geschaffen, und zwar je eine Abortanlage für Wagenbau, Schmiede und Dreherei, ein Brausebad und ein Waschraum mit Kleiderablage für die Schmiede sowie ein Waschraum mit Kleiderablage für die Dreherei.

Neue Bade- und Waschanlagen wurden ferner errichtet in den Bahnhöfen Wienzeile und Grinzing, im Betriebsgebäude Babenberg und in den Bahnmeistereien Augartenbrücke, Brigittenau, Floridsdorf, Kagran und Erdberg.

Im Bahnhof Simmering wurde im Objekt XX ein großer Gefolgschaftsraum nebst Werkmeisterkanzlei und Bad eingebaut und die aus dem Weltkrieg stammende Entkeimungsanlage für die Schienenfahrzeuge neu instand gesetzt, im Bahnhof Erdberg der Gefolgschaftsraum beim Wagenauslauf vergrößert.

Auf dem Kagraner Platz wurde an Stelle der alten unzureichenden Wagenabfertigung für die Linie 317 das anlässlich der Einführung der Rechtsfahrordnung in der Franzensbrückenstraße abgetragene Abfertigungsgebäude neu aufgestellt.

## II. Stadtbahn

### Bahnbau und Bahnerhaltung.

Im Berichtsjahr wurden 5,922 km Fahrschienen erneuert und davon rund 2 km als Bogeninnenschienen mit Zwangschienen verlegt. Außerdem wurden im Vignoloberbau 3 Weichen, 2 Herzstücke und 2 Zungenstücke getauscht und 5 Zungenstücke und 1 Zunge elektrisch aufgeschweißt. Im Rillenschienenoberbau wurden 1 Gleisverbindung, 2 Knotenpunkte und 3 Spitzschienen ausgetauscht. Ferner sind 3,824 km Gleis unter teilweiser Schwellen- und Schottererneuerung reguliert worden, wobei 27 Extrahölzer und 2940 Schwellen getauscht wurden. Zur Beseitigung der Riffeln wurden rund 25 km Schienen gehobelt.

Auf der Galeriestrecke der Donaukanallinie, und zwar am Franz-Josefs-Kai bei der Dominikanerbastei und bei den gedeckten Einschnitten in der Reischachstraße, am Aspernplatz und nächst der Spittelauer Lände wurde auf eine Länge von insgesamt 320 m die Eisenbetondecke durch Verstärkung der Träger und deren volle Einspannung durch Ballastbeton instand gesetzt. Mit Einrechnung der bereits in den Vorjahren durchgeführten Instandsetzungsarbeiten wurden bis Ende des Berichtsjahres insgesamt 905 m der Stadtbahndecke verstärkt.

Im Zuge der Erhaltungsarbeiten an den Stadtbahnbrücken wurde die Hauptuntersuchung an 32 Brücken, die Buckelblechentrostung bei 1 Brücke vollständig, bei 3 Brücken teilweise, der Nietentausch bei 7 Brücken, die Lagerinstandsetzung bei 2 Brücken, die Rückenmauerinstandsetzung bei 5 Brücken und schließlich die Anbringung von Taubenschutzgittern bei 2 Brücken vorgenommen.

Der Stand der Eigentumslänge, der Betriebslänge und der Eigentumslänge sämtlicher Gleise der Wiener Stadtbahn war am Ende des Berichtsjahres folgender:

Eigentumslänge . . . . .	26,18 km
Betriebslänge . . . . .	26,18 „
Eigentumslänge sämtlicher Gleise . . . . .	60,89 „

Die Eigentumslänge sämtlicher Gleise setzte sich zusammen:

Hauptgleise . . . . .	52,36 km
Nebengleise einschließlich Bahnhofgleise . . . . .	5,23 „
Hallengleise . . . . .	3,30 „

#### Elektrische Anlagen.

Zur Erhaltung des Oberleitungsnetzes wurden 20,2 km abgenützter Arbeitsdraht erneuert; auf der Donaukanallinie wurden anlässlich der Deckenverstärkungen der Galerie-strecke Fahrleitungsprovisorien eingebaut und die Kettenfahrleitung auf diesen Teil-strecken neu verlegt.

#### Hochbauten.

In der Haltestelle Friedensbrücke wurden auf dem Bahnsteig Gefolgschaftsräume für die Bahnerhaltungsstrecke errichtet.

### III. Straßenbahn und Stadtbahn

#### Fahrbetriebsmittel.

Dem Ansteigen des Verkehrs konnte nur dadurch Rechnung getragen werden, daß alle verfügbaren abgestellten Wagen in Betrieb gesetzt wurden. Außerdem wurden 25 neue Triebwagen bestellt, doch mußte deren Herstellung wegen der Kriegsverhält-nisse auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

Wegen Überalterung wurden 2 Triebwagen und 23 Beiwagen für Personenbeförde-rung, 2 Schneekehren und 21 Anhängeschneepflüge ausgeschieden. 4 Lastwagen wurden in Personenbeiwagen und 37 alte Beiwagen zu Sanitätswagen umgebaut und letztere zur Beförderung von Verwundeten von den Bahnhöfen in die Lazarette eingesetzt. 3 Personenbeiwagen alter Bauart wurden durch Aufsetzen eines Geländers auf das Dach für Arbeiten an der Stadtbahneindeckung umgewandelt. An 139 Beiwagen, 9 Anhänge-schneepflügen und 6 einhängbaren Pflugscharen wurden, größtenteils durch fremde Firmen, die durch die Rechtsfahrordnung erforderlichen Änderungen vorgenommen.

5 Stadtbahntriebwagen erhielten die notwendige Ausrüstung für den Betrieb auf der Straßenbahnlinie 60, wo sich der Bedarf an Triebwagen von 21 auf 26 erhöhte. Bei den Motoren dieser Wagenart, die auf der Stadtbahn mit 800 Volt, im Straßenbahnbetrieb jedoch mit 600 Volt laufen, wurde die Fahrgeschwindigkeit durch Schwächung des Feldes mit einem an den Feldwicklungen im Nebenschluß liegenden Widerstand, der dauernd angeschlossen bleibt, erhöht. Diese Änderung ist bei 18 Triebwagen bereits durchgeführt.

An 66 Triebwagen wurde die Sandstreuvorrichtung derart geändert, daß sie ent-sprechend den Vorschriften der Straßenbahn-Bau- und Betriebsordnung vom Fahrer-stand aus bedienbar ist und auf beide Schienen wirkt.

Die im Vorjahr begonnene Ausrüstung mit Fahrtrichtungsanzeigern wurde bei allen im Straßenbahnverkehr stehenden Triebwagen durchgeführt.

#### Hauptwerkstätte.

In die Hauptwerkstätte wurden im Berichtsjahr 4558 Schienenfahrzeuge des elek-trischen Betriebes eingeliefert, und zwar 3245 Triebwagen, 1202 Beiwagen und 111 Hilfsfahrzeuge. Davon wurden 1375 Fahrzeuge der Hauptuntersuchung unterzogen.

An 5 Triebwagen wurden größere Wiederherstellungsarbeiten vorgenommen, an 1015 Trieb- und Beiwagen die Wagenkasten teilweise instand gesetzt. Ferner wurden 776 bei Zusammenstößen beschädigte Fahrzeuge wiederhergestellt.

Bei 9 Wagen ist der Anstrich vollständig, bei 442 Wagen teilweise erneuert worden, 314 Wagen wurden überfirnißt.

Außerdem haben fremde Firmen 6 Wagen der Hauptuntersuchung unterzogen, 4 Last-wagen in Personenbeiwagen umgebaut, an 6 Wagen größere Wiederherstellungsarbeiten vorgenommen und bei 115 Beiwagen den Wagenkasten überfirnißt.

## Betrieb.

In der Silvesternacht wurde ein Nachtverkehr auf 25 Linien unterhalten, der insbesondere auf den Linien der Arbeiterbezirke eine Frequenzsteigerung aufwies. Die Einnahme war gegenüber dem Vorjahr um 35,5% und die Fahrleistung um 36,1% größer.

Der Einsatz der arbeitsfähigen Volksgenossen in die Wirtschaft machte es notwendig, den Betriebsbeginn auf vielen Linien vorzuverlegen und die Betriebsdauer einzelner Linien zu verlängern. Mit Wirksamkeit vom 18. Februar wurde der Betrieb auf 23 Hauptlinien an Samstagen um eine Stunde verlängert.

In der Linienführung sind folgende Änderungen eingetreten:

Ab 13. Februar wurde die Linie 217 von der alten Gemeindegrenze bis Eßling-Schule verlängert, ab 2. Mai auf der Linie 317 die Zugfolge von 30 auf 15 Minuten verringert und gleichzeitig der Betrieb auf der Linie 217 eingestellt.

Infolge der Bauarbeiten zur Verstärkung der Stadtbahneindeckung auf dem Aspernplatz wurde mit 23. Mai die Linie T aufgelassen und als Ersatz in den letzten Betriebsstunden die Linie B und außerdem die Linie 78 auf der Strecke Hauptallee—Radetzkystraße geführt; ferner wurden vom gleichen Tage an die Pendellinien 74 und 75 statt über die Matthäusschleife über Weiskirchnerstraße—Parkring und über die neue Schleifenanlage am Schwarzenbergplatz geleitet.

Vom 2. Juni an wurde die Linie N über die neue Schleife am Schwarzenbergplatz und in der Rückfahrt über den Ring statt über die Linie 2 und die Alser Straße zum Bahnhof Gürtel geführt.

Vom 5. Juni an wurde die Zugfolge der Linie 360 auf zehn Minuten verringert und gleichzeitig die Linie 260 aufgelassen.

Die Züge der Linien 74 und 75 wurden vom 12. Juni an in den Frühstunden über die Linien 71 und 118 in den Bahnhof Erdberg eingezogen.

Vom 16. Juni an wurde die Linie 78 über die Schleife Zelinkagasse—Eßlinggasse geführt.

Mit dem Fortschreiten der Bauarbeiten an der Stadtbahneindeckung am Aspernplatz wurde vom 4. Juli an die Linie O über die Uraniastraße und Hintere Zollamtsstraße abgelenkt und gleichzeitig die Linie Nk eingestellt. Vom gleichen Zeitpunkt an wurde die Linie N nur bis 8.15 Uhr ab Bahnhof Brigittenau geführt und als Ersatz bis 20 Uhr die Pendellinie 33 eingelegt. Nach Beendigung der Bauarbeiten wurden vom 14. September an die Linien N und Nk von Betriebsbeginn bis 8.15 Uhr wieder über den Ring und Kai geführt.

Zur besseren Abwicklung des Verkehrs wurden folgende Maßnahmen getroffen:

Vom 29. Juni an wurde die Strecke Wagramer Straße bis zur Haltestelle Schießstätte zweigleisig befahren. Dieser Ausbau sowie die am 3. August in Betrieb genommenen Lichtsignalanlagen auf der Linie 16 schufen für die Verkehrsabwicklung der Linien 25 und 16 während des Bäderverkehres bedeutende Erleichterungen.

Mit 28. Oktober wurde zur Entlastung des Verkehrs auf dem Matzleinsdorfer Platz die Linie 62 über den Margaretengürtel und die neue Gleisanlage in der Kliebergasse zur Wiedner Hauptstraße geführt. Den gleichen Weg nehmen die Züge der Lokalbahn Wien—Baden.

In der Endstelle der Linie D, Zahnradbahnstraße—Schätzgasse, wurde eine neue Schleife gebaut und am 11. Juni in Betrieb genommen. Die neuen Schleifenanlagen der Linie O am Hochstädtplatz und der Linie 165 in der Triester Straße wurden am 28. Oktober dem Betrieb übergeben.

Als bemerkenswerte Verkehrsleistung ist die Beförderung von 65.000 Schulkindern an den Vormittagen der Werktagen in der Zeit vom 4. Mai bis 6. Juni in den Prater zum Besuch der Luftschutzausstellung und von 34.000 Kindern an Werktagen vom 2. Mai bis

2. Juni zum Flughafen Aspern gelegentlich der Rundflüge der Wiener Schuljugend zu erwähnen.

Anlässlich der Tagung des Reichskolonialbundes, an der zahlreiche Mitglieder aus dem Reich und dem Ausland teilnahmen, wurde der Verkehr vom 15. bis 19. Mai um eine Stunde, wie an Samstagen, verlängert.

Besondere Verkehrsvorsorgen an Sonn- und Feiertagen wurden bei folgenden Veranstaltungen getroffen:

Am 19. Februar: Faschingszug in der Inneren Stadt (250.000 Zuseher);

am 19. März: Tag der Wehrmacht, Schaufliegen in Aspern und Fliegerübung (30.000 Zuseher); ferner Mannschaftsfußballspiele im Stadion (40.000 Zuseher);

am 20. April: 50. Geburtstag des Führers, Parade der Wehrmacht;

am 1. Mai: Tag der Arbeit, von 8 bis 10 Uhr Aufmarsch von 60.000 Angehörigen der HJ., ab 11 Uhr Feier auf dem Trabrennplatz (200.000 Teilnehmer), nachmittags Volksfest im Prater und in den Abendstunden Feuerwerk am Trabrennplatz mit 150.000 Zusehern;

am 11. Juni: Autorennen auf dem Kahlenberg, Reiterderby in der Freudenau (insgesamt 250.000 Teilnehmer).

Die größte Fahrleistung auf der Straßenbahn im Laufe des Berichtsjahres war am Sonntag, dem 11. Juni, gelegentlich des Autorennens auf dem Kahlenberg, zu verzeichnen; an diesem Tage wurde mit 2598 Wagen eine Fahrleistung von 426.953 Wagennutzkilometern erzielt.

Auf der Stadtbahn wurde die größte Betriebsleistung im Berichtsjahr gleichfalls am 11. Juni mit 84.141 Wagennutzkilometern und einem Aufwand von 304 Wagen erreicht.

Die Höchstzahl an Fahrbetriebsmitteln der Straßenbahn war im Berichtsjahr an zwei Werktagen, dem 25. und 26. Mai, eingesetzt, an denen je 2685 Wagen (1170 Trieb- und 1515 Beiwagen) im Verkehr standen.

Einschränkungen im Verkehr sind erst gegen Ende des Berichtsjahres eingetreten, weil mit dem vorhandenen Personal trotz der Urlaubssperre und Einstellung von Schaffnerinnen nicht das Auslangen gefunden werden konnte.

Im Personenverkehr auf der Straßenbahn wurden im Berichtsjahr 119,945.020 Wagennutzkilometer und auf der Stadtbahn 18,469.894 Wagennutzkilometer geleistet. Der Stromverbrauch betrug bei der Straßenbahn 661 Wattstunden, bei der Stadtbahn 696 Wattstunden auf ein Wagennutzkilometer.

#### Verkehr.

Auf der Straßenbahn und Stadtbahn wurden im Berichtsjahr 531,71 Millionen Fahrgäste (ohne Freifahrer, aber einschließlich 8,14 Millionen Arbeitslosen) befördert. Von diesen Fahrgästen entfallen 84,67 Millionen auf den Kleinzonentarif, 44,22 Millionen auf Fahrten zu 14 Rpf und 16,58 Millionen auf Fahrten zu 20 Rpf.

#### Tarif.

Mit Wirksamkeit vom 8. Jänner wurde eine Wochenkarte zum Preise von RM 1.40 für sechs Fahrten eingeführt. Diese Wochenkarte wird nur im Vorverkauf abgegeben und berechtigt täglich zu einer Fahrt innerhalb einer Kalenderwoche im Nachtverkehr der Straßenbahn. Gleichzeitig wurde die Erkennungskarte, gültig für Fahrten im Nachtverkehr zum Tagesfahrpreis, aufgehoben.

Im Rahmen der von Gauleiter Bürckel angeregten Herabsetzung der Preise wurde am 19. März der Preis des Sonn- und Feiertagsfahr Scheines von 43 Rpf auf 40 Rpf, des Gepäckfahr Scheines für eine Kurzstrecke von 14 Rpf auf 10 Rpf und des Gepäckfahr Scheines zum Umsteigen von 20 Rpf auf 15 Rpf herabgesetzt.

Gleichzeitig wurde eine Wochenkarte zu RM 1.80 und eine Tagesnetz Karte zu RM 1.20 neu eingeführt. Diese Wochenkarte ist nur im Vorverkauf erhältlich und gilt vom Betriebsbeginn am Sonntag bis zum Betriebsschluß am Samstag für täglich eine Hin- und

Rückfahrt (ausgenommen am freien Tag). Sie ermöglicht den im Schichtdienst stehenden Volksgenossen die Fahrt ohne zeitliche Beschränkung. Mit der Tagesnetzkarte zu RM 1.20 wurde einem wiederholten Wunsche der Fahrgäste entsprochen. Die Tagesnetzkarte ist bei jedem Schaffner und bei den Kassen der Stadtbahn erhältlich und berechtigt zur beliebig oftmaligen Fahrt auf der Straßenbahn und Stadtbahn innerhalb des Tarifgebietes I während der ganzen Betriebszeit einschließlich des Nachtverkehrs.

Anlässlich der Luftschutzausstellung vom 6. Mai bis 4. Juni wurde den Besuchern auf Grund der Eintrittskarte eine Ermäßigung durch Ausgabe eines Hin- und Rückfahr-scheines zu 40 Rpf gewährt.

Mit Wirksamkeit vom 22. Mai wurde die Gültigkeit der Wochenkarte für den Nachtverkehr dahin erweitert, daß auch alle nach 0 Uhr noch verkehrenden Straßenbahnzüge benützt werden können.

Am 21. Juni wurde in Anpassung an die Übung bei anderen Straßenbahnen des Reiches eine Ausweiskarte eingeführt, die an Gefolgschaftsmitglieder fremder Straßenbahnen ausgegeben wird und den Vorzeiger zur freien Fahrt auf den städtischen Verkehrsmitteln während des Aufenthaltes in Wien berechtigt.

Anlässlich der Reichskleingartentagung vom 27. Juni bis 3. Juli wurden „2-Tage-Wien“-Netzkarten zum Preise von RM 1.65 und gelegentlich der Studentenweltspiele vom 20. bis 27. August „8-Tage-Wien“-Netzkarten zum Preise von RM 3.— ausgegeben.

Auf Grund der in der Ostmark in Kraft getretenen reichsrechtlichen Vorschriften kamen verschiedene Fahrpreisbegünstigungen, wie z. B. an städtische Angestellte und Pensionsparteien, an Gemeindefunktionäre und bestimmte Berufsgruppen in Wegfall. Die begünstigte Beförderung von blinden und körperbeschädigten Volksgenossen sowie der die Straßenbahn zum Schulbesuch in Anspruch nehmenden Pflichtschüler der städtischen Schulen wurde zwar aufrechterhalten, doch vergütet die Stadtverwaltung dem Eigenbetrieb den ihm daraus erwachsenden Einnahmenentgang. Auch die bisher freie Beförderung der Polizeivollzugsbeamten konnte auf Grund des Gesetzes vom 11. Mai 1937, RGBl. I, S. 577, aufgehoben werden; für die Beförderung dieser Organe, zu denen ab 19. September auch noch die Hilfspolizeibeamten kamen, erhält nunmehr unser Eigenbetrieb eine jährliche Pauschalsumme aus der Reichskasse.

Der Krieg machte auch Vorsorgen für die kostenlose Beförderung verwundeter Wehrmachtsangehöriger nötig. Der Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich verfügte, daß den Militärlazaretten für die dort untergebrachten oder behandelten verwundeten Wehrmachtsangehörigen Freifahrtausweise zur Verfügung gestellt werden, die zur Inanspruchnahme der freien Fahrt auf allen Straßenbahnlinien des Tarifgebietes I und II berechtigen. Für die Beförderung leicht verwundeter Wehrmachtsangehöriger, die Wien nur vom Zielbahnhof zum Abfahrtsbahnhof berühren, wurden mit einem roten Kreuz gekennzeichnete Tagesfahrtscheine unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Bis zum Ende des Berichtsjahres wurden 4000 Lazarett-Freifahrtausweise und 14.000 „Rotes-Kreuz“-Tagesfahrtscheine ausgegeben.

Am 1. Oktober wurde ein Soldatenfahrtschein eingeführt, der beim Schaffner um 15 Rpf erhältlich ist und Soldaten des Mannschaftsstandes und Unteroffiziere sowie gleichgestellte Angehörige der dem Oberkommando der Wehrmacht unterstellten Verbände der *W*-Verfügungstruppe und des Reichsarbeitsdienstes zur Fahrt auf der Straßenbahn und Stadtbahn im Tag- und Nachtverkehr innerhalb beider Tarifgebiete während der ganzen Betriebsdauer berechtigt.

Vom 19. September an wurde die Gültigkeit der konzessionsmäßigen Militärordonnanzkarte auf die ganze Betriebsdauer und beide Tarifgebiete ausgedehnt.

Schließlich wurde den Losverkäufern der Reichslotterie für Arbeitsbeschaffung und des Kriegswinterhilfswerkes die freie Fahrt auf allen städtischen Verkehrsmitteln zugestanden.

Während früher die Zuerkennung von Schülerfahrpreisbegünstigungen an Nichtpflichtschüler daran gebunden war, daß das Einkommen des Erhalters des Schülers ein gewisses Ausmaß nicht überstieg, wurde diese Beschränkung im Hinblick auf die damit verbundenen Härten mit Beginn des Schuljahres 1939/40 fallen gelassen.

Durch die angeführten Maßnahmen, insbesondere durch den Ausfall der den städtischen Angestellten und Pensionsparteien gewährten Begünstigungen verringerte sich deren Gesamtstand erheblich. Im Berichtsjahr waren 1900 Schülerfreikarten und 31.737 Schülerermäßigungsanweisungen im Umlauf. Außerdem wurden 376.491 Schüler und Lehrpersonen auf Grund von Anweisungen zur gemeinschaftlichen Fahrt kostenlos und 55.765 Schüler und Lehrpersonen gegen Entrichtung des Schülerfahrpreises in Gruppen zum gewählten Ziel und zurück befördert.

Die Zahl der von Arbeitslosen mit Arbeitslosenfürsorgefahrtscheinen zurückgelegten Fahrten betrug im Berichtsjahr 8,135.430 und ist gegenüber dem Vorjahr um 19,263.456 Fahrten gesunken.

#### Unfälle.

Die Zahl der Unfälle betrug im Berichtsjahr 4913 mit 722 Verletzten und 31 Toten gegen 4630 Unfälle mit 537 Verletzten und 34 Toten im Vorjahr. Von diesen Unfällen entfielen auf die Stadtbahn im Berichtsjahr 129 mit 15 Verletzten und 2 Toten und im Vorjahr 107 mit 13 Verletzten und 2 Toten. Im Berichtsjahr betrug die Zahl der Unfälle durch Stürzen beim Auf- und Abspringen während der Fahrt 1691 (davon auf der Stadtbahn 36) und die Zahl der Unfälle durch Niederstoßen 312 (davon auf der Stadtbahn 4).

An Haftpflichtentschädigungen und -renten wurden vom Unternehmen im Berichtsjahr für Körperverletzungen im Straßenbahnbetrieb RM 85.600,81, für Körperverletzungen im Stadtbahnbetrieb RM 1920,80 und an Entschädigungen für Sachschäden im Straßenbahnbetrieb RM 22.625,16, für Sachschäden im Stadtbahnbetrieb RM 21,40 ausgezahlt.

### IV. Kraftomnibus

Vom 13. Februar an wurde die Betriebsdauer der Linie 20 (Billrothstraße—Salmannsdorf) bis 24 Uhr ab Billrothstraße verlängert.

Mit Rücksicht auf die Durchfahrtsperre für die obere Wollzeile zwischen Rotenturmstraße und Strobelgasse mußte vom 22. Februar an die Taglinie 8 (Elterleinplatz—St. Marx) und die Nachtlinie E (Johann-Nepomuk-Berger-Platz—Stephansplatz—St. Marx) in der Richtung Landstraße vom Graben über Singerstraße und Riemergasse zurück zur Wollzeile und in der Richtung Elterleinplatz von der Wollzeile über Strobelgasse und Schulerstraße zum Stephansplatz geführt werden. Da in der Richtung zur Landstraße der Stephansplatz nicht mehr befahren wurde, ist die Teilstreckengrenze zur Haltestelle Graben—Spiegelgasse zurückverlegt worden.

Während der Frühjahrsmesse (12. bis 19. März) verkehrte, wie alljährlich, die Linie 9 (Kriemhildplatz—Praterstern) an Werktagen bis zur Südportalstraße nächst der Kaiserallee. An den beiden Messesonntagen wurde bis zum Betriebsbeginn (14 Uhr) der Sonntagslinie P (Hietzing Am Platz—Stephansplatz—Praterstern) ein Omnibusverkehr zwischen Westbahnhof und dem Messegelände im Prater geführt und in den Nachmittagsstunden die Sonntagslinie P bis zum Messegelände verlängert. Während der Herbstmesse (10. bis 17. September) fand infolge der durch den Krieg bedingten Einschränkungen kein Omnibusverkehr zum Messegelände statt.

Ab 24. April wurde die Linie 6 (Siebenbrunnenplatz—Aumannplatz) vom Aumannplatz bis zur Gersthofer Straße und vom Siebenbrunnenplatz bis zum Margaretengürtel verlängert.

Vom 1. Mai an wurde die Nachtlinie E (Johann-Nepomuk-Berger-Platz—Stephansplatz—St. Marx) in folgende zwei gleichzeitig verlängerte Linien geteilt: Linie E ab Stephansplatz über Singerstraße, Riemergasse, Wollzeile (Rückfahrt über Strobel-

gasse—Schulerstraße), Landstraßer Hauptstraße, Rennweg, Simmeringer Hauptstraße bis zum Enkplatz und Linie J ab Stephansplatz über Graben, Kohlmarkt, Schauflergasse, Löwelstraße, Ring, Stadiongasse, Josefstädter Straße, Neulerchenfelder Straße, Ottakringer Straße bis zur Maroltingergasse.

Am Pfingstsonntag, dem 28. Mai, wurde anlässlich der Motorbootregatta im Winterhafen ein Omnibusverkehr zwischen der Endstelle der Straßenbahnlinie 80 und dem Winterhafen eingerichtet.

Infolge der neuen Fahrordnung am Praterstern wurde vom 1. Juni an die Schleifenfahrt der Linie 9 (Kriemhildplatz—Praterstern) geändert und der Standplatz der Linie von der Verbindungsstraße in die Nordbahnstraße zur Gartenanlage verlegt.

Der Ausbruch des Krieges hatte eine stärkere Einschränkung des Linienverkehrs zur Folge, während der Gelegenheitsverkehr gänzlich eingestellt wurde. Vom 7. September an wurden die Linien 4 (Westbahnhof—Nordwestbahnhof), 5 (Stephansplatz—Floridsdorf Am Spitz), 22 (Linnéplatz—Döblinger Friedhof) und 23 (Pötzleinsdorf—Salmansdorf) eingestellt, der Verkehr der Linie 6 (Siebenbrunnenplatz—Aumannplatz) auf die Strecke Karlsplatz—Schottenring, der Linie 7 (Amalienbad—Franz-Josefs-Bahnhof) auf die Strecke Südbahnhof—Franz-Josefs-Bahnhof, der Linie 8 (Elterleinplatz—St. Marx) auf die Strecke St. Marx—Hernals Gürtel, der Linie 9 (Kriemhildplatz—Praterstern) auf die Strecke Bellaria—Schwedenplatz beschränkt und die Betriebsdauer der Linie 21 (Grinzing—Kahlenberg) gekürzt. Die Linie 7 wurde vom 20. September an auf die Strecke Südbahnhof—Börse und vom 13. November an auf die Strecke Karlsplatz—Börse, die Linie 8 vom 20. September an auf die Strecke Schottentor—Vordere Zollamtsstraße weiter eingeschränkt. Schließlich erfuhr auch die Linie 21 vom 27. November an noch eine weitere Kürzung ihrer Betriebsdauer.

Am 24. Dezember sowie an den beiden vorhergehenden Sonntagen (10. und 17. Dezember) wurden von 9 Uhr bis 17 Uhr die innerstädtischen Linien Karlsplatz—Stephansplatz—Börse, Schottengasse—Stephansplatz—Vordere Zollamtsstraße und Bellariastraße—Stephansplatz—Schwedenplatz betrieben.

Am Ende des Berichtsjahres standen folgende Linien im Betrieb:

### 1. Taglinien

a) Nur an Werktagen:

Linie 6 (Schottentor—Michaelerplatz—Karlsplatz),  
Linie 7 (Karlsplatz—Stephansplatz—Schottenring—Börse),  
Linie 8 (Schottenring—Stephansplatz—Vordere Zollamtsstraße),  
Linie 9 (Bellaria—Stephansplatz—Schwedenplatz).

b) An allen Tagen:

Linie 20 (Billrothstraße—Salmansdorf),  
Linie 21 (Grinzing—Kahlenberg).

### 2. Nachtlinien (an allen Tagen)

Linie A (Keplerplatz—Stephansplatz—Praterstern),  
Linie B (Stephansplatz—Grinzinger Allee oder Grinzing),  
Linie C (Stephansplatz—Hernals, Wattgasse),  
Linie D (Stephansplatz—Hietzing Am Platz),  
Linie E (Stephansplatz—Simmering, Enkplatz),  
Linie F (Stephansplatz—Floridsdorf Am Spitz),  
Linie G (Stephansplatz—Gersthofer Straße),  
Linie H (Stephansplatz—Philadelphiabrücke),  
Linie J (Stephansplatz—Ottakring, Maroltingergasse).

10 Omnibusse wurden für die Verwundetenbeförderung umgebaut und im Verkehr zwischen den Bahnhöfen und den Lazaretten eingesetzt.

Während bis zum 31. Dezember 1938 durch einen Erlaß des Reichsministers der Finanzen die Beförderungssteuer für den Ortslinienverkehr und den Mietwagenverkehr mit Kraftomnibussen innerhalb des Stadtgebietes aus Billigkeitsgründen erlassen und für den Mietwagenverkehr mit Kraftomnibussen über das Stadtgebiet hinaus auf den Steuersatz (5%) der früheren österreichischen Kraftwagenverkehrssteuer ermäßigt worden war, unterliegen diese Beförderungen seit dem 1. Jänner des Berichtsjahres der vollen Beförderungssteuer. Seit 1. April des Berichtsjahres ist ferner auch in der Ostmark die Kraftfahrzeugsteuer zu entrichten.

Im Zusammenhang mit der Einführung der Straßenverkehrs-Zulassungsordnung in der Ostmark mußten im Berichtsjahr zahlreiche zeitlich befristete Abänderungen an den Kraftfahrzeugen, insbesondere hinsichtlich der Beleuchtungsanlagen, vorgenommen werden.

Schließlich wurde auf Grund der Anordnung Nr. 51 der Reichsstelle für Kautschuk und Asbest vom 11. September des Berichtsjahres ein großer Teil der Bereifungen unserer Omnibusse und sonstigen Kraftfahrzeuge beschlagnahmt und eingezogen; gleichzeitig wurde für jedes zur Weiterbenützung zugelassene Fahrzeug eine Reifenkarte ausgestellt.

Im Laufe des Berichtsjahres wurden 15 neue Omnibusse beschafft, 8 Omnibusse verkauft, 17 Omnibusse von Benzin- auf Dieselbetrieb und 1 Omnibus in einen Straßenbahnrüstwagen umgebaut. Der Wagenpark bestand am Ende des Berichtsjahres aus 158 Omnibussen, von denen 135 im Betrieb und 23 abgestellt waren.

Der Tarif für die Personenbeförderung blieb im Berichtsjahr unverändert. Der Gepäcktarif wurde mit Wirksamkeit vom 19. März von 14 auf 10 Rpf und von 20 auf 15 Rpf ermäßigt.

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 3,818.126 Wagennutzkilometer geleistet und hiebei insgesamt 20,262.552 Personen befördert. Von den Wagennutzkilometern entfielen auf den Tagverkehr 3,283.554 km, auf den Nachtverkehr 424.746 km und auf den Sonderwagenverkehr 109.826 km, von den beförderten Personen auf den Tagverkehr 18,944.983 Personen, auf den Nachtverkehr 1,261.536 Personen und auf den Sonderwagenverkehr 56.033 Personen.

Im gesamten Omnibusbetrieb waren im Berichtsjahr 670 Unfälle mit 25 Verletzten und 2 Toten gegenüber 655 Unfällen mit 13 Verletzten und keinem Toten im Vorjahr zu verzeichnen.

An Haftpflichtentschädigungen für Körperverletzungen wurden RM 20.302.58 und an Sachschadenentschädigungen RM 13.251.76 ausgezahlt.

## V. Gesamtbetrieb

### Gefolgschaft.

Die Dienstrechts- und Besoldungsnormen blieben im Berichtsjahr im allgemeinen unverändert, lediglich Einzelheiten wurden sozial besser geregelt. So hat der Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich im Zusammenhang mit der Einführung der reichsrechtlichen Steuergesetze die seit Jahren bestandene Kürzung der nach den Arbeitsverträgen gebührenden Gehälter um 7% aufgehoben und Monatsgehälter unter RM 154.— durch die Gewährung einer Zulage für männliche Gefolgschaftsmitglieder auf RM 154.— erhöht. Den Vertragsangestellten wurde durch das Zugeständnis der sinngemäßen Anwendung der Allgemeinen Tarifordnung für die Gefolgschaftsmitglieder im öffentlichen Dienst (ATO.) und der Tarifordnung A für



die Gefolgschaftsmitglieder im öffentlichen Dienst (TOA.) eine weitgehende Besserstellung und die Gleichstellung mit den anderen öffentlichen Angestellten zuteil.

889 Gefolgschaftsmitglieder, die im Berichtsjahr und im Vorjahr 25 Dienstjahre vollendet hatten, wurden anlässlich einer Feier, die am 1. Dezember des Berichtsjahres in den Festsälen der Wiener Hofburg stattfand und bei der Gauleiter Bürckel die Festrede hielt, geehrt. Bei dieser Gelegenheit erhielten die nichtbeamteten Gefolgschaftsmitglieder ein Treuegeld von RM. 100.—, die Beamten eine Prachtausgabe des Werkes des Führers „Mein Kampf“.

Die wegen des fortschreitenden Aufschwunges des Wirtschaftslebens auch im Berichtsjahr anhaltende Zunahme der Fahrgästepzahl und der Verkehrsleistungen machte in größerem Umfang Neueinstellungen von Gefolgschaftsmitgliedern notwendig. Der Bedarf erfuhr seit Kriegsausbruch noch eine wesentliche Steigerung dadurch, daß zahlreiche Gefolgschaftsmitglieder zum Wehrdienst eingezogen wurden und infolge der kriegswirtschaftlichen Einschränkungen im privaten Kraftfahrzeugverkehr eine erhöhte Inanspruchnahme der öffentlichen Verkehrsmittel eintrat.

Im Laufe des Berichtsjahres wurden 2666 Gefolgschaftsmitglieder neu in den Dienst gestellt, und zwar 2489 durch Neuaufnahme (31 männliche und 54 weibliche Vertragsangestellte, 15 Feriatechniker, 2104 männliche und 265 weibliche Bedienstete, unter ihnen 225 Schaffnerinnen), 166 Personen durch Wiedereinstellung und 11 Personen durch Übernahme aus anderen Dienstzweigen der Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien.

Der Gesamtabgang an Gefolgschaftsmitgliedern betrug 1008 Personen; davon waren 73 gestorben, 224 Personen ausgetreten, 560 Personen wurden in den Ruhestand versetzt, 137 Personen teils wegen Nichteignung oder eigenen Verschuldens, teils nach Ablauf der vorgesehenen Verwendungsfrist ausgeschieden und 14 Personen an andere Dienstzweige der Gemeindeverwaltung übergeben. Der Unterschied zwischen Zuwachs und Abgang ergab eine Vermehrung des Gefolgschaftsstandes um 1658 Personen.

Der Gesamtstand aller beim Unternehmen (Straßenbahn, Stadtbahn und Kraftomnibus) beschäftigten Gefolgschaftsmitglieder betrug am Ende des Berichtsjahres 15.501 Personen, davon 14.853 männliche und 648 weibliche. Im definitiven Dienstverhältnis befanden sich 11.423, im ständigen Dienstverhältnis (das heißt mit Anwartschaft auf die definitive Anstellung) 1681 Personen; ferner waren 568 Personen ohne Anwartschaft auf ein ständiges Dienstverhältnis beschäftigt.

Die für das Ende des Berichtsjahres ausgewiesene Gefolgschaft von insgesamt 15.501 Mitgliedern, von denen 1962 zur aktiven Wehrdienstleistung eingerückt oder dienstverpflichtet waren, setzte sich folgendermaßen zusammen:

757 Beamte, die dem Deutschen Beamtengesetz unterstellt waren (512 männliche und 245 weibliche);

118 Vertragsangestellte (56 männliche und 62 weibliche);

14.626 Bedienstete, und zwar 408 Funktionäre, 7744 Fahrbedienstete (2213 im Fahrdienst, 4820 männliche und 192 weibliche im Schaffnerdienst, 85 Kontrollschaffner, 161 Autobuslenker, 82 Fahrscheinvorverkäufer und 191 Sperrenschaffner), 467 sonstige Bedienstete (32 Stellwerkwärter, 17 Kraftwagenlenker und 418 Bedienstete in verschiedener Verwendung, z. B. Wächter, Posttaschenträger, Kuppler, Dieneraus Helfer, Schreiber usw.), 4796 Werkstätten- und Wagenrevisionsbedienstete — davon 277 im ständigen Fahrdienst — (1654 Facharbeiter und 3142 Hilfsarbeiter), 1062 Bahnbau- und Bahnerhaltungsorgane und 149 Reinigungsfrauen (Wagen-, Werkstätten- und Kanzleireinigung).

Der Stand der Beamten-Pensionsparteien betrug am Ende des Berichtsjahres 235 männliche und 260 weibliche ehemalige Beamte, ferner 170 Witwenparteien und eine

Vollwaisenpartei. An diese Parteien, ferner an 11 Parteien aus dem Stande der Beamten und 13 Parteien aus dem Stande der Arbeiter, die außerordentliche Zuwendungen erhielten, wurden im Berichtsjahr insgesamt RM 1,912.599.18 aus Betriebsmitteln ausbezahlt. Schließlich erhielten ebenfalls aus Betriebsmitteln 2 ehemalige Beamtinnen Abfertigungen von RM 3083.37, 13 Beamten-Pensionsparteien Sterbegelder von insgesamt RM 9128.29, 45 Arbeiter-Pensionsparteien einmalige Aushilfen im Betrag von RM 1200.—.

Der Stand der Arbeiter-Pensionsparteien betrug am Ende des Berichtsjahres 5376 männliche und 65 weibliche ehemalige Arbeiter, ferner 3058 Witwen- und 43 Vollwaisenparteien. Diese Pensionsparteien bezogen im Berichtsjahr aus Mitteln der „Pensionskasse für die Bediensteten und Arbeiter der Stadt Wien und ihrer Unternehmungen“ insgesamt RM 14,191.390.60 und aus Betriebsmitteln RM 10.092.45. Außerdem wurden an 11 Parteien Abfertigungen von RM 10.420.91 und an 216 Parteien Sterbegelder von insgesamt RM 89.889.60 aus Mitteln der Pensionskasse ausgezahlt.

Im Berichtsjahr wurden 634 Gefolgschaftsmitglieder zu Fahrern, 1220 zu Schaffnern und 2108 für andere Dienstzweige des Betriebes ausgebildet.

Im September wurde mit der Aufnahme und Schulung von Schaffnerinnen als Ersatz für eingerückte Schaffner begonnen und bis Jahresschluß konnten 103 Schaffnerinnen dem Betrieb zur Dienstleistung überstellt werden.

Wie alljährlich, wurden auch im Berichtsjahr 800 Fahrer für den Allerseelenverkehr zum Zentralfriedhof auf der Strecke Schwarzenbergplatz—Zentralfriedhof eingefahren.

Eine größere Zahl von Vollzugsbeamten der Polizei wurde durch praktische Übungen im Fahren und durch Vorträge mit den Einrichtungen der städtischen Verkehrsmittel vertraut gemacht, eine kleine Gruppe erhielt eine eingehende Schulung zum Fahrer und stand gelegentlich des Polizeitages im selbständigen Dienst als Fahrer.

Alle zur Fahrdienstleistung herangezogenen Gefolgschaftsmitglieder wurden vor ihrer Ausbildung einer psychotechnischen Eignungsprüfung unterzogen.

Gefolgschaftsmitgliedern, die sich aus dienstlichen Anlässen vor den Strafgerichten zu verantworten hatten, wurde auf ihr Verlangen vom Unternehmen kostenlos Rechtsbeistand gewährt. Von insgesamt 469 anhängigen Fällen endeten im Berichtsjahr 296 mit Freispruch, in 132 Fällen wurden Gefolgschaftsmitglieder verurteilt und 41 Fälle blieben unerledigt.

#### Anfragen, Beschwerden und sonstige Parteivorbringen

Im Berichtsjahr sind 277 Beschwerden über das Benehmen und 1611 Beschwerden über das sonstige Verhalten vorwiegend von im Vollzugsdienst stehenden Gefolgschaftsmitgliedern, 93 Beschwerden über die Verkehrsabwicklung, 34 Beschwerden über das Nichtabwarten des Anschlusses, 3148 Beschwerden über Fahrscheinanstände, 70 Beschwerden über die Handhabung des Gepäcktarifes, 21 Beschwerden über die Handhabung des Kleinzonentarifes, 132 Anfragen, Mitteilungen, Anregungen und dergleichen und 7540 Ansuchen um Fahrpreisrückerstattung schriftlich eingebracht und erledigt worden. Die Gesamtzahl der schriftlichen Parteivorbringen betrug somit im Berichtsjahr 12.926 gegen 9278 im Vorjahr. Die Steigerung der Fahrscheinanstände ist in der Einführung neuer Fahrscheingattungen sowie in der Einstellung neuen Fahrpersonals begründet. Das stärkere Ansteigen der Fahrpreisrückerstattungen ist darauf zurückzuführen, daß in der Kriegszeit von den zum Wehrdienst Einberufenen die Fahrscheine zurückgenommen werden mußten.

Ungefähr 7000 Parteien sprachen, größtenteils mit Anfragen, persönlich vor und konnten im kurzen Wege befriedigt werden.

## Brauhaus der Stadt Wien

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat die Aufwärtsentwicklung in Erzeugung und Absatz, die mit der Eingliederung der Ostmark in die Wirtschaft des Deutschen Reiches im Jahre 1938 vielversprechend eingesetzt hatte, weiter angehalten. Diese Aufwärtsentwicklung wurde auch durch die Kriegsereignisse seit dem 1. September 1939 nicht berührt.

Die günstige Gestaltung des abgelaufenen Geschäftsjahres hat es auch möglich gemacht, die seit Jahren zurückgestellten Investitionen und Verbesserungen der Betriebsanlagen im Rahmen der durch die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen gebotenen Einschränkung in Angriff zu nehmen oder fortzuführen.

Es wurden im Berichtsjahr 300.393 hl Bier gegen 234.142 hl im Jahre 1938, das sind um 66.251 hl mehr, erzeugt. Der Absatz stieg von 209.900 hl im Jahre 1938 um 90.914 hl auf 300.814 hl Bier.

Den Gefolgschaftsmitgliedern des technischen Betriebes der Brauerei und Mälzerei in Rannersdorf wurde durch den Bau einer großen modernen Schwimmanlage die Möglichkeit geboten, während der warmen Jahreszeit nach Arbeitsschluß den Schwimmsport zu pflegen. Auch der Ausbau eines Schießstandes dient ebenso wie der in allen Zweigen ausgebaute Betriebssport dazu, den Wehrgedanken auch im Betrieb zu festigen.

Den eingerückten Arbeitskameraden wurde der volle Arbeitslohn in Anlehnung an die Regelung des Reiches und der Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien gegen Abzug eines Ausgleichsbetrages für die von der Wehrmacht gewährte Verpflegung, Besoldung, Unterbringung und Heilfürsorge weiterbezahlt, welcher Abzug bei ledigen Gefolgschaftsmitgliedern 20%, bei verheirateten Gefolgschaftsmitgliedern 10%, bei verheirateten Gefolgschaftsmitgliedern mit weniger als drei Kindern 6%, mit drei oder vier Kindern 3% beträgt. Damit sind die Frontkameraden unserer Betriebsgemeinschaft von jeder Sorge um das wirtschaftliche Schicksal ihrer Angehörigen befreit.

Auch bei der Auszahlung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes sowie bei der Gewährung der in der Betriebsordnung vorgesehenen Zuwendungen wurde ein Unterschied zwischen den betriebsanwesenden Gefolgschaftsmitgliedern und deren eingerückten Arbeitskameraden nicht gemacht.

## Lagerhäuser der Stadt Wien

Die Lagerhäuser der Stadt Wien, die durch die Befreiung der Ostmark vor ganz neue Aufgaben gestellt worden waren und eine vollständige Umstellung sowie einen bedeutenden Aufschwung ihres gesamten Verkehrs zu verzeichnen hatten, wurden im Jahre 1939 in noch weit höherem Maße als im Jahre 1938 im Dienste der Abwicklung des Lebensmittelverkehrs und der Vorratsbewirtschaftung in Anspruch genommen.

Der Personalstand des Jahres 1939 erfuhr gegen das Vorjahr folgende Erhöhung: Angestellte 145%, Arbeiter 63%, Aushilfskräfte 160%.

Die Einstellung von Aushilfskräften war insbesondere zur Durchführung von Sonderaufgaben auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft erforderlich. Solche Aufgaben ergaben sich durch die Schaffung und Bewirtschaftung von zahlreichen Behelfslagern, die teils in städtischen, teils in sonstigen Objekten untergebracht wurden.

Im Zuge der Anpassung an die Altreichsgesetzgebung wurde durch die Dritte Verordnung zur Einführung handelsrechtlicher Vorschriften im Lande Österreich vom 14. Oktober 1938 das Gesetz betreffend die Errichtung und den Betrieb öffentlicher Lagerhäuser, RGBl. Nr. 64 vom 28. April 1889, mit Wirksamkeit vom 31. März 1939 aufgehoben; dagegen wurden die Lagerhäuser der Stadt Wien zufolge Genehmigung des Ministers für Wirtschaft und Arbeit vom 31. März 1939 zur Ausgabe von Orderlager-

scheinen ermächtigt und die neue „Lagerordnung für die Lagerhäuser der Stadt Wien nebst Anhang I“ mit Wirksamkeit vom 1. April 1939 in Kraft gesetzt. Damit wurde für die Lagerung von Gütern, für die Orderlagerscheine ausgestellt werden, die Angleichung an das Altreichsrecht vollzogen.

Der bedeutende Aufschwung, den die Lagerhäuser der Stadt Wien durch die Machtübernahme des Nationalsozialismus schon im Jahre 1938 zu verzeichnen hatten, hat im Jahre 1939 eine weitere Steigerung erfahren. Der Gesamtgüterumsatz der Lagerhäuser ist im Jahre 1939 um 77,23%, der durchschnittliche Lagerstand um 101,15% gegen das Jahr 1938 gestiegen.

Am 23. März 1939 wurde in der Kaianlage der Lagerhäuser der Stadt Wien eine Silobegasungsanlage in Betrieb gesetzt, die der Schädlingsbekämpfung, insbesondere der Vernichtung des Kornkäfers, dient. Eine Reihe von Angestellten wurde theoretisch und praktisch für das Begasungsverfahren ausgebildet und hat die hierfür erforderliche Prüfung abgelegt. Diese Anlage war ständig voll ausgenützt und es mußte bald die Erweiterung derselben sowie die Errichtung neuer Gassilos durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß schon im Jahre 1927 in den Lagerhäusern der Stadt Wien das Modell der ersten Silobegasungsanlage hergestellt wurde. Die große Bedeutung dieser bahnbrechenden Neuerung war jedoch weder damals noch in der Systemzeit gewürdigt worden, und es war der nationalsozialistischen Betriebsführung vorbehalten geblieben, diese Silobegasungsanlage als erste derartige Anlage in der Ostmark zu errichten.

Besondere Aufmerksamkeit wurde auch den sozialen Einrichtungen für die Gefolgschaftsmitglieder zugewendet. Im Hauptbetrieb Kaianlage wurde eine geräumige Werkkantine mit Nebenräumen zur Verköstigung der Gefolgschaftsmitglieder eingerichtet. Die Eröffnung fand am 7. Dezember 1939 statt. Im Betrieb Schüttel wurde nach entsprechender Instandsetzung einer bereits bestehenden Kegelbahn eine Schießstätte und ein Sportplatz geschaffen.

## Städtische Leichenbestattung

Die im Herbst des Jahres 1938 erfolgte Schaffung von Groß-Wien stellte auch die Städtische Leichenbestattung vor große Aufgaben. Es mußten die in einigen der einbezogenen Orte bestehenden gemeindeeigenen Bestattungsunternehmungen unter tunlichster Berücksichtigung der ortsbedingten, nur allmählich abänderbaren Verschiedenheiten in der Ausstattung und Durchführung der Begräbnisse in den Gesamtorganismus des Unternehmens eingebaut werden.

Organisatorisch gliedert sich das Unternehmen wie folgt:

1. Direktion mit Personalstelle,
2. Wirtschaftsstelle,
3. Verwaltung und Kontrolle des Aufnahmedienstes,
4. Bestattungsdienst,
5. Buchhaltung mit Bestattungskostenevidenz und Lohnstelle,
6. Mahn- und Versicherungsstelle (Rechtsbüro),
7. Sargerzeugungsbetrieb,
8. Torfstreufabrik (verpachtet).

Außer den mit ständigem Personal besetzten und in eigenen Lokalen untergebrachten Zweigniederlassungen und Zweigstellen unterhält das Unternehmen 82 vertragsmäßige Anmeldestellen, eine davon außerhalb des Gemeindegebietes.

Der modernst eingerichtete und sehr leistungsfähige Sargerzeugungsbetrieb befindet sich Wien X, Absberggasse 2, die an die Admonter Torfindustrie G. m. b. H. verpachtete TorfstreuFabrik in Aigen bei Admont, Bahnhofstelle Frauenberg a. d. Enns, Steiermark.

Die wesentliche Ausdehnung des Wirkungsbereiches der Unternehmung brachte selbstverständlich auch eine entsprechende Erhöhung des Personalstandes mit sich.

	31. Dezember 1938	31. Dezember 1939
Reichsbeamte . . . . .	48	44
TOA.-Angestellte . . . . .	69	110
Bedienstete nach dem ehemaligen Kollektivvertrag . . . . .	84	74
Arbeiter im Sargerzeugungsbetrieb . . . . .	28	37
Reinigungsfrauen (TOB.) . . . . .	21	24
Sonstige und Saisonarbeiter (TOB.) . . . . .	5	25
Gesamtstand an ständigem Personal . . . . .	255	314
Fällweise beschäftigtes Personal . . . . .	284	237
Bezieher von Ruhe- und Versorgungsgenüssen oder Renten:		
Aus dem Stande der Beamten . . . . .	92	93
Aus dem Stande der Bediensteten . . . . .	127	122
Freiwillig gewährte Zuwendungen . . . . .	24	23
Renten an ehemalige Bestatter oder deren Witwen	8	9

### Bestattungen

Das Städtische Unternehmen bestattete Leichen:

Jahr	allein	im Verein mit anderen Bestattungsunternehmungen
1938 . . . . .	13.615	9.585
1939 . . . . .	15.883	11.614

Außer den in vorstehender Tabelle ausgewiesenen Geschäftsfällen führte das Städtische Unternehmen noch die Bestattung von 462 außerhalb Wiens Verstorbener und 159 Exhumierungen durch, erbrachte 442 sonstige in das Bestattungsgeschäft einschlägige Leistungen und intervenierte noch bei der Bestattung von 324 von anderen Bestattungsunternehmungen nach Wien gebrachten Leichen.

Insgesamt hat somit das Städtische Unternehmen im Jahre 1939 16.946 Bestattungsfälle, darunter 2062 oder rund 12% für die Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien als Trägerin der öffentlichen Fürsorge oder als Sanitätsbehörde kostenlos durchgeführt. Bei insgesamt 11.938 durch andere Unternehmungen aufgenommenen Bestattungen erbrachte die Städtische Leichenbestattung verschiedene Leistungen (vorwiegend Aufbahrungen auf den Friedhöfen).

Aus dem Titel der vor Eintritt der Inflation durch die Städtische Leichenbestattung gemeinsam mit der Städtischen Versicherungsanstalt abgeschlossenen und zum großen Teile während der Inflation in entwertetem Gelde ausbezahlten Bestattungs-, Grabstein- und Graberhaltungsversicherungen mußte das Unternehmen im Berichtsjahr Bestattungs- und sonstige Leistungen im tarifmäßigen Wert von rund RM 100.000.— erbringen, obwohl die seinerzeit zur Deckung dieser Leistungen seitens der Parteien eingegangenen Geldversicherungen vollständig wertlos geworden sind.

Im Berichtsjahr wurden in der Wiener Feuerhalle 3494 Leichen eingeäschert, was gegen 3043 im Jahre 1938 eine Steigerung um 14,8% bedeutet.

Die finanzielle Gebarung des Unternehmens zeigt in den Hauptposten folgendes Bild:

	1938 RM	1939 RM
Einnahmen . . . . .	4,445.231.84	5,234.360.—
Ausgaben . . . . .	4,318.502.22	5,082.372.36
Gebahrungsüberschuß . . . . .	126.729.62	151.987.64

An Handels- und Gewerbetreibende wurden im abgelaufenen Jahre Aufträge mit Fakturenbeträgen von über RM 900.000.— vergeben (gegenüber RM 486.000.— im Vorjahr).

Die Steuerleistung des Unternehmens betrug rund RM 454.000.— gegenüber RM 365.000.— im Vorjahr.

Der Kraftwagenpark der Städtischen Leichenbestattung bestand Ende 1939 aus folgenden Fahrzeugen:

- 3 Wagen zum Personentransport,
- 26 Wagen zum Transport von Leichen,
- 4 Wagen zum Transport von Aufbahrungen und Kränzen.

Mit diesen Kraftwagen wurden im Berichtsjahr 448.976 km gegenüber 378.426 km im vergangenen Jahr geleistet, wobei sich kein Unfall ereignete, bei dem an die Städtische Leichenbestattung Haftpflichtansprüche gestellt worden sind.

In baulicher Beziehung ist die Fertigstellung der nach den Plänen des akademischen Architekten Ubl vollständig neu gestalteten Schauseite des Betriebsgebäudes, die Vergrößerung und Ausgestaltung der Büroräumlichkeiten im 2. Stockwerk dieses Hauses und die Erbauung einer neuen Leimerei im Sargerzeugungsbetrieb zu erwähnen.

Die Privatbestattungsunternehmung Potoker im 7. Bezirk hat auf Grund einer mit der Städtischen Leichenbestattung getroffenen Vereinbarung auf die weitere Ausübung ihres Gewerbes verzichtet.

## „Gewista—“Städtische Ankündigungsunternehmung

Das Gesamtvermögen des Unternehmens beträgt rund RM 948.000.—, hievon entfielen RM 876.000.—, das sind 92,5%, auf Betriebsvermögen und RM 72.000.—, das sind 7,5%, auf gebundenes Anlagevermögen.

Die in barem Geld gedeckten Rücklagen sind zu 93% als Eigenmittel zu werten.

Für das Jahr 1939 bestanden Anzeichen, die zu der Annahme berechtigten, daß dieses Betriebsjahr dem Geschäft eine Aufwärtsbewegung bringen werde. Die guten Erwartungen hatten sich auch insofern erfüllt, als im ersten Halbjahr eine Umsatzsteigerung von rund 16% erfolgte. Der Ausbruch des Krieges in Verbindung mit dem Warenmangel zwang aber die Reklametreibenden, insbesondere die Markenfirmen, ihre Werbepläne den gegebenen Verhältnissen entsprechend abzuändern oder gar aufzulassen, Maßnahmen, die sich für das Unternehmen bis zum Jahresschluß in einem 15prozentigen Umsatzrückgang auswirkten. Dieser Hundertsatz ist allerdings nur scheinbar, wenn man in Betracht zieht, daß im Umsatz des Vorjahres durch die Aufwertung der „Ravag“-Aktien eine außergewöhnliche Einnahme von rund RM 73.000.— enthalten ist. Berücksichtigt man ferner, daß sich durch die Volksabstimmungspropaganda der Ostmark im Jahre 1938 eine zusätzliche Einnahme von rund RM 83.000.— ergab, so ergibt sich für das Berichtsjahr eine tatsächliche Umsatzverminderung von rund 4%.

## Betriebsergebnis

	RM
Gesamtumsatz . . . . .	1,191.915.02
Ausgaben . . . . .	1,171.737.75
Die Gebarung schloß mit einem an die „Eigenen Gelder“ der Gemeinde Wien abzuführenden Überschuß von . . . . .	20.177.27

Der Gefolgschaftsstand der „Gewista“ betrug am 31. Dezember 1939 21 Beamte, 8 Beamtinnen, 2 Inkassanten, 66 Arbeiter, 1 Chauffeur und 2 Bedienerinnen, zusammen 100.

## Marktwesen

Mit Ende des Jahres 1939 wurde die Abt. II/4, welcher die Verwaltung des Markt- und Veterinärwesens oblag und der das Marktamt der Stadt Wien angeschlossen war, aufgelöst.

### Personalstand

Dienststelle	am 1. Jänner 1939							am 31. März 1940						
	Beamte			TOA.	TOB.	Sonstige	Zusammen	Beamte			TOA.	TOB.	Sonstige	Zusammen
	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst					Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst				
Direktion . . . . .	12	2	2	1	—	—	17	14	2	2	3	—	—	21
I. . . . .	7	—	2	—	1	—	10	6	—	2	—	1	—	9
II. . . . .	7	—	2	1	—	—	10	8	—	3	—	—	—	11
III. . . . .	5	—	1	1	—	—	7	4	1	2	—	—	—	7
IV./V. . . . .	6	—	2	1	—	—	9	6	—	3	—	1	—	10
VI./VII. . . . .	5	1	3	3	—	—	12	5	1	—	2	1	1	10
VIII./IX. . . . .	5	—	2	—	1	—	8	6	—	3	2	—	1	12
X. . . . .	5	—	2	—	—	—	7	7	—	2	—	—	1	10
XI. . . . .	4	—	1	—	—	—	5	4	—	1	—	1	—	6
XII. . . . .	5	—	1	—	—	—	6	6	—	1	—	1	—	8
XIII. . . . .	3	—	—	—	—	—	3	4	—	—	—	—	—	4
XIV. . . . .	5	—	—	—	—	—	5	8	—	1	—	—	—	9
XV. . . . .	8	—	3	—	1	—	12	8	—	3	—	1	—	12
XVI. . . . .	9	—	5	—	—	—	14	7	—	4	1	—	—	12
XVII. . . . .	4	—	—	1	—	—	5	5	—	1	—	—	—	6
XVIII. . . . .	4	—	1	—	—	—	5	5	—	1	—	—	—	6
XIX. . . . .	4	—	1	—	—	—	5	4	—	2	1	—	—	7
XX. . . . .	4	—	—	1	—	—	5	4	—	1	1	—	—	6
XXI. . . . .	7	—	3	—	—	—	10	9	—	2	—	1	1	13
XXII. . . . .	3	—	—	—	—	—	3	3	—	—	1	—	—	4
XXIII. . . . .	3	—	1	—	—	—	4	3	—	1	—	—	—	4
XXIV./XXV. . . . .	4	3	—	—	—	—	7	3	2	—	2	1	1	9
XXVI. . . . .	3	—	—	2	—	—	5	3	—	1	2	1	—	7
Großmarkthalle für Viktualien . . . . .	1	—	4	—	—	—	5	2	—	3	2	1	1	9
Naschmarkt . . . . .	6	2	8	—	1	—	17	6	3	5	—	1	1	16
Zusammen . . . . .	129	8	44	11	4	—	196	140	9	44	17	11	7	228
Großmarkthalle für Fleischwaren . . . . .	6	6	52	3	13	—	80							
Zentralviehmarkt . . . . .	8	5	39	1	4	23	80							
Zusammen . . . . .	143	19	135	15	21	23	356							

Der Rückgang der Zahl des Personals erklärt sich aus der Abgabe des Zentralviehmarktes und der Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, an das Veterinäramt.

## Aufgabenbereich des Marktamtes

Der Aufgabenbereich des Marktamtes der Stadt Wien gliedert sich in folgende Hauptgruppen:

- Marktverwaltung und Marktpolizei;
- Marktbeobachtung, Markt- und Preisberichterstattung, Statistik über Zufuhren und Preise der wichtigsten Lebensmittel und Versorgungsartikel, Festsetzung der Höchstpreise für einheimisches Gemüse und Obst;
- Preisüberwachung;
- Lebensmittelpolizei;
- Eichpolizeilicher Überwachungsdienst;
- Gewerbepolizeilicher Außendienst;
- Straßenstände (Grundsätzliches und Überwachung);
- Überwachung der kriegswirtschaftlichen Bezugscheinvorschriften;
- Wirtschaftlicher Erhebungsdienst;
- Städtische Brückenwaagen;
- Überschwemmungsangelegenheiten (Mitarbeit);
- Lebensmittelkundliche Aufklärung.

Marktverwaltung und Marktpolizei, Ausgestaltung der Märkte, Standvergebung, Festsetzung, Vorschreibung und Einhebung der Marktentgelte, Marktpolizei.

Zu den vom Marktamt verwalteten Großmärkten zählen:

Der Naschmarkt, der seinem Umfang und seiner Anlage nach der bedeutendste Gemüse- und Obstmarkt Wiens ist, auf dem nahezu zwei Drittel der Wiener Import- und Großverteiler untergebracht sind. Für die Versorgung der Bevölkerung mit Obst und Gemüse ist noch der Großmarkt auf dem Yppenplatz, der Großmarkt in der Schwendergasse und die Großmarkthalle, Abteilung für Viktualien, von Bedeutung.

An Spezialgroßmärkten verwaltet das Marktamt den Zentralfischmarkt, den Blumen- großmarkt und den Heu- und Strohmarkt am Meiselmarkt im 15. Bez.

An Kleinhandelsmärkten, die teils in Straßen, auf Plätzen oder in Markthallen abgehalten werden, zählt Wien 39. Hierzu kommen schließlich noch Spezial- und Gelegenheitsmärkte, wie der Allerheiligenmarkt am Zentralfriedhof, sowie die in fast allen Wiener Bezirken zur Aufstellung gelangenden Kirchweih- und Friedhofstände. Weitere Spezialmärkte sind: der Fastenmarkt in der Kalvarienberggasse, der Peregrini- markt im 9. Bez., der Firmungsmarkt um den Stephansdom, der Christkindlmarkt Am Hof, die in allen Bezirken aufgestellten Stände der Christbaumverkäufer und der Leopoldmarkt im 26. Bez. (Klosterneuburg). Seit Schaffung von Groß-Wien kamen auch noch die anderen Jahrmärkte in den neu eingemeindeten Gebieten hinzu.

In Wien werden insgesamt derzeit folgende Märkte und Markthallen vom Marktamt verwaltet:

1. Bez. Kleinhandelsmarkt Freyung;  
Großmarkt Zentralfischmarkt;  
Großmarkt Blumenmarkt.
2. Bez. Kleinhandelsmarkt „Im Werd“;  
Kleinhandelsmarkt Volkertplatz;  
Kleinhandelsmarkt Vorgartenstraße.
3. Bez. Kleinhandelsmarkt Rochusplatz;  
Kleinhandelsmarkt Radetzkyplatz;  
Großmarkt Großmarkthalle, Abteilung für Viktualien.



- 4. Bez. Groß- und Kleinhandelsmarkt Naschmarkt;  
Kleinhandelsmarkt Elisabethplatz;  
Markthalle Leebplatz.
- 5. Bez. Kleinhandelsmarkt Platz am Hundsturm.
- 7. Bez. Markthalle Burggasse.
- 9. Bez. Markthalle Nußdorfer Straße;  
Kleinhandelsmarkt Zimmermannplatz.
- 10. Bez. Kleinhandelsmarkt Horst-Wessel-Platz.
- 11. Bez. Kleinhandelsmarkt Lorystraße.
- 12. Bez. Kleinhandelsmarkt Niederhofstraße.
- 15. Bez. Groß- und Kleinhandelsmarkt Schwendergasse;  
Kleinhandelsmarkt und Spezialmarkt (Heu- und Strohmarkt) Meiselmarkt;  
Kleinhandelsmarkt Reithofferplatz.
- 16. Bez. Groß- und Kleinhandelsmarkt Yppenplatz;  
Kleinhandelsmarkt Brunnengasse;  
Kleinhandelsmarkt Johann-Nepomuk-Berger-Platz.
- 17. Bez. Kleinhandelsmarkt Dornerplatz.
- 18. Bez. Kleinhandelsmarkt Kutschkergasse;  
Kleinhandelsmarkt Johann-Nepomuk-Vogel-Platz;  
Kleinhandelsmarkt Gersthofer Markt.
- 19. Bez. Kleinhandelsmarkt Heiligenstädter Straße;  
Kleinhandelsmarkt Sonnbergplatz;  
Obstmarkt Nußdorfer Lände (Gasthof „König von Bayern“).
- 20. Bez. Kleinhandelsmarkt Hannovermarkt;  
Kleinhandelsmarkt Mortaraplatz;  
Obstmarkt Brigittenauer Lände.
- 21. Bez. Kleinhandelsmarkt Schlingerhof.
- 22. Bez. Kleinhandelsmarkt Gennochplatz;  
Kleinhandelsmarkt Groß-Enzersdorf.
- 23. Bez. Kleinhandelsmarkt Schwechat.
- 24./25. Bez. Kleinhandelsmarkt Mödling;  
Kleinhandelsmarkt Liesing;  
Kleinhandelsmarkt Gramatneusiedl.
- 26. Bez. Kleinhandelsmarkt Klosterneuburg.

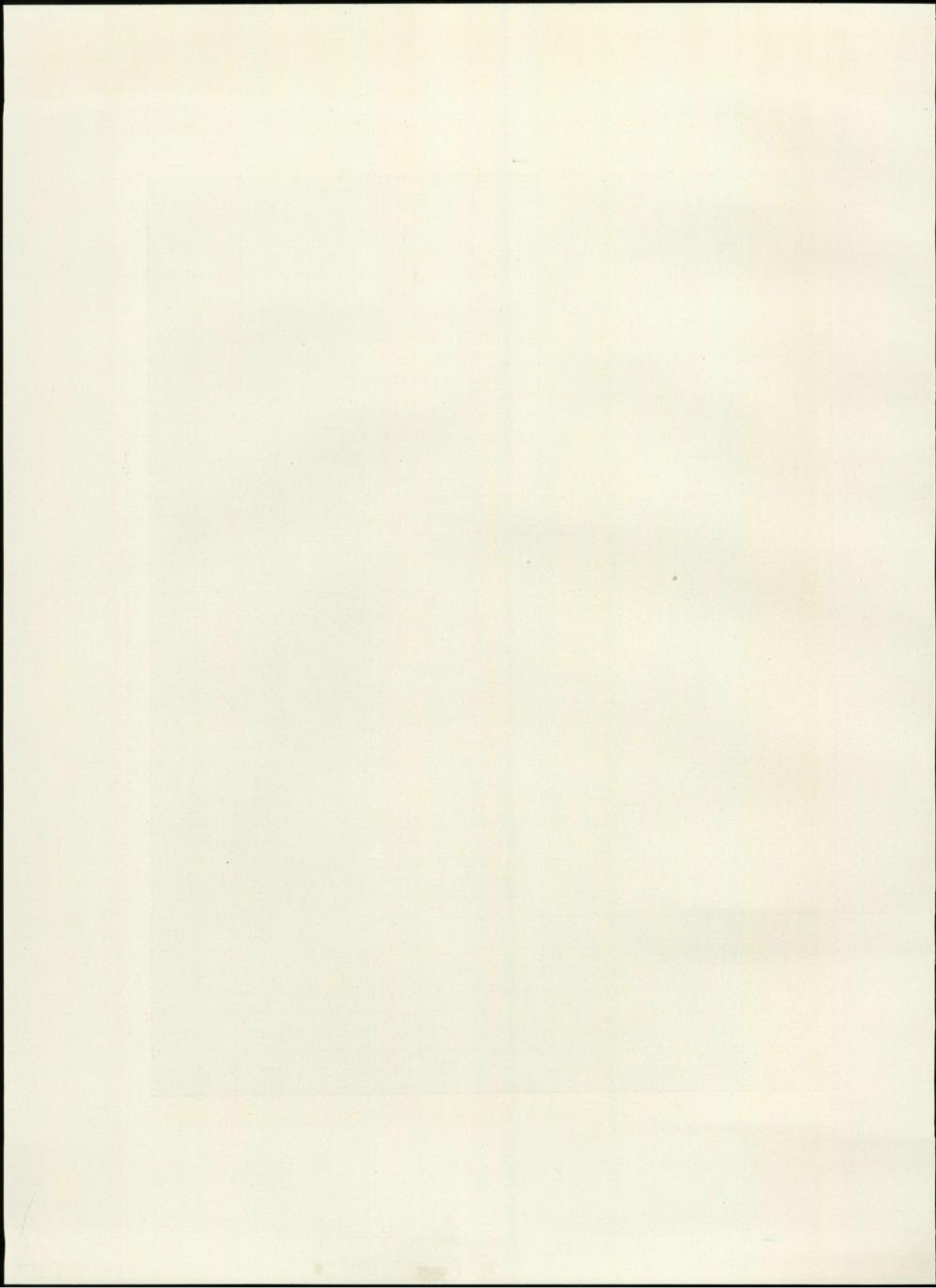
Die Tätigkeit des Marktamtes der Stadt Wien bei der Verwaltung der ihm anvertrauten Märkte beginnt mit der Ausgestaltung und Instandhaltung der Märkte und ihrer Einrichtungen und mit der Verwaltung des Marktbudgets. Es obliegt dem Marktamt ferner die Standvergebung, wobei mit besonderer Sorgfalt auf die Auswahl der Parteien nach ihrer Leistungsfähigkeit und Vertrauenswürdigkeit Bedacht genommen werden muß. Zur Verwaltung des Marktes gehört die Festsetzung, Vorschreibung und Einhebung der Marktentgelte. In Ausübung der Marktpolizei obliegt dem Marktamt die Handhabung der Marktordnung, die Regelung des Beziehens der Märkte, die Überprüfung der Marktbezieher, die lebensmittelpolizeiliche Überwachung der zu Markt gebrachten Waren und die Pilzbeschau.

Für die Bevölkerung von großer Bedeutung ist die dem Marktamt obliegende Aufsicht der Preisbildung und Preisanschrift. In Handhabung der Marktpolizei hat es die Einhaltung des Pflanzenschutzgesetzes, des Vogelschutzgesetzes, des Wildverkehrsgesetzes, des Fischschonzeitgesetzes, des Eichgesetzes usw. zu beobachten.

Eine nicht unbedeutende Aufgabe kommt dem Marktamt neben der Marktverwaltung als Mittler bei Streitfällen zwischen Käufern und Verkäufern zu. Diese Tätigkeit, die von den Parteien immer wieder in Anspruch genommen wird, wirkt sich für diese sehr



Der gänzlich erneuerte Zuschauerraum der Wiener Volksoper



vorteilhaft aus. Den Parteien werden durch diese Vermittlung Gerichtsprozesse und damit Zeit und Geld erspart.

#### Marktbeobachtung, Markt- und Preisberichterstattung, Statistik

Beobachtung der Versorgungsanlage, Berichterstattung an alle zuständigen Stellen behufs entsprechender Veranlassung der jeweils notwendigen Verfügung, Preiserhebung auf den Märkten und in den Ladengeschäften, Erhebung des Preismaterials für die Indexfestsetzung, Preiserhebungen nach den Anordnungen des Reichskommissars für die Preisbildung in Berlin, Verwertung und Auswertung des Materials, Festsetzung der amtlichen Höchstpreise für einheimisches Gemüse und Obst.

Um alle Amts- und Parteistellen über die jeweilige Versorgungslage der Stadt zu unterrichten, wurde ein Nachrichtendienst eingerichtet. Auf Grund der täglich von den Marktamtsabteilungen einlangenden fernmündlichen Meldungen über die Markt- und Versorgungslage in den einzelnen Bezirken wird in der Marktamtsdirektion für ganz Wien ein übersichtlicher Situationsbericht zusammengestellt, der nicht nur der Unterrichtung des Bürgermeisters der Stadt Wien und der Gemeindeverwaltung dient, sondern überdies an mehrere staatliche und Parteidienststellen geht.

Diese Berichte haben eine rasche Unterrichtung über die jeweilige Versorgungs- und Preislage auf den verschiedenen Gebieten zu vermitteln, über das Angebot Aufschluß zu geben und so nicht nur Grundlage für die Verbrauchlenkung zu sein, sondern auch durch die darin enthaltenen Anträge des Marktamtes den maßgebenden Stellen die notwendigen Maßnahmen vorzuschlagen.

Die Statistik des Marktamtes dient zahlreichen Amtsstellen, die sich mit Wirtschaftsfragen, mit Konjunkturbeobachtung und Marktlenkung zu befassen haben, aber auch der Wirtschaft selbst. Die marktamtliche Statistik liefert sowohl die Mengen als auch die Preise der zugeführten Waren auf den einzelnen Märkten wie auch die Preise in den Bezirksgeschäften. Die Preiserhebung ist entsprechend planmäßig ausgestaltet, um eine richtige Beobachtung der Preisbewegung zu ermöglichen und ein brauchbares Ergebnis zu gewinnen.

Allwöchentlich wird ein zusammenfassender Bericht über die Lebensmittelbewegung vom Marktamt verfaßt. Dieser enthält folgende Rubriken: Grünwaren, Kartoffeln, Obst, Agrumen, Verbraucherhöchstpreise für einheimisches Obst und Gemüse, Pilze, Butter, Eier, Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, Zentralviehmarkt und Zentralfischmarkt.

Außer den Marktberichten, die von den Groß- und Spezialmärkten täglich oder an deren Markttagen geliefert und durch die Tageszeitungen sowie durch den Rundfunk verbreitet werden, wird allwöchentlich ein umfangreicher Ausweis über die Preise der wichtigsten Lebensmittel verfaßt und veröffentlicht. Ämter, Parteistellen, Wirtschaftsfaktoren und Zeitungen des In- und Auslandes sind Bezieher dieser Marktberichte.

Sodann hat das Marktamt folgende Indexerhebungen durchzuführen:

Reichsindex des Statistischen Reichsamtes in Berlin.

Dieser besteht aus der Abfassung der zwei Erhebungsbögen A und B. Ersterer befaßt sich im wesentlichen mit den Preisen für Lebensmittel, letzterer mit den Preisen für Kleider und diverse Gebrauchsgegenstände. Dieser Index wird seit Jänner 1939 erhoben, ursprünglich zweimal im Monat, seit Kriegsbeginn nur einmal monatlich. Der Stichtag ist der 15. des Monats. Jeder Bezirk hat die gefragten Preise in drei bis vier Geschäften zu erheben, aus den Preiserhebungen wird das arithmetische Mittel gebildet und diese Ziffern dem Marktamt der Stadt Wien berichtet. In der Direktion wird das arithmetische Mittel sämtlicher Bezirke errechnet und diese Ziffern dem Statistischen Reichsamt sowie dem Statistischen Amt für die Reichsgaue der Ostmark bekanntgegeben.

Index des Statistischen Amtes für die Reichsgaue der Ostmark.

Dieser Index wird als Fortsetzung des ehemaligen österreichischen Indexes erhoben und dient zur Berechnung der häufigsten Preise einer Anzahl wichtiger Lebensmittel. Jeder Bezirk erhebt die Preise in zehn einschlägigen Geschäften und gibt sämtliche erhobenen Preise nebst der Anzahl der auf die einzelnen Waren entfallenden Notierungen bekannt. In der Marktamtsdirektion wird dann der für Wien häufigste Preis errechnet.

Index des Reichskommissars für die Preisbildung.

Dieser Index umfaßt zehn verschiedene Warengruppen, in jedem Bezirk werden Preise bei zwei bis drei Geschäften jeder Warengruppe erhoben und die Erhebungsbogen der einzelnen Geschäfte in die Direktion gesandt. Hier werden die einzelnen Notierungen in eigene Preisbücher eingetragen, da dieser Index dem doppelten Zweck einer Preisberichterstattung und einer Preisüberwachung dient. Errechnet wird weiter der häufigste Preis; falls ein solcher nicht deutlich herausfällt, tritt als Ersatz das arithmetische Mittel an seine Stelle. Gleichzeitig wird ein Bericht über die allgemeine Preis- und Versorgungslage ausgearbeitet und zusammen mit den häufigsten Preisen der Preisüberwachungsstelle und dem Statistischen Amt für die Reichsgaue der Ostmark übermittelt.

Außerdem wurde die Marktbewegung noch festgehalten:

1. durch wöchentlich, monatlich und jährlich erscheinende Ausweise über den Zentral-fischmarkt;
2. durch wöchentlich und monatlich erscheinende Ausweise über den Blumengroßmarkt;
3. durch wöchentlich und monatlich erscheinende Ausweise über den Heu- und Strohmarkt;
4. durch wöchentlich erscheinende Ausweise über den Kleintiermarkt.

Die Preisbildungsstelle hat dem Marktamt mit Rücksicht auf die in diesem Amte gegebenen sachlichen Voraussetzungen das Recht auf Festsetzung der amtlichen Höchstpreise für einheimisches Obst und Gemüse weitergegeben. Die Höchstpreise werden allwöchentlich nach Anhören der Preiskommission, welcher Vertreter der Erzeuger, des Handels, der Verbraucher (NS.-Frauensschaft) und anderer Parteidienststellen angehören, festgesetzt.

Preisüberwachung.

Preisüberwachung auf den Märkten und in den Ladengeschäften, Überwachung der qualitätsentsprechenden Preisfestsetzung bei Bezirksabgabestellen, Abgabe von Gutachten in Wirtschafts- und Preisfragen.

Schon im Weltkrieg und in der Nachkriegszeit war das Marktamt der Stadt Wien mit der Preisüberwachung und der Kontrolle der Einhaltung der kriegswirtschaftlichen Bestimmungen (übrigens auch teilweise mit der Aufbringung und Verteilung wichtiger Lebensmittel) betraut. Es war daher begreiflich, daß bei der Erlassung der Preisstoppverordnung das Marktamt der Stadt Wien, das über einen großen, fachlich durchgebildeten Beamtenapparat verfügt, zur Preisüberwachung herangezogen wurde. Über Verlangen des Polizeipräsidenten wurde der Personalstand stark vermehrt, um den erhöhten Anforderungen entsprechen zu können. Es wurde ein eigenes Preisreferat errichtet, das durch fortlaufende schriftliche Weisungen für eine entsprechende Unter-richtung der Beamten in allen Belangen und für ein einheitliches Vorgehen bei der Preisüberwachung sorgt. Diese amtlichen Weisungen dienen der raschen Unterweisung aller Beamten über die für den marktamtlichen Dienst maßgebenden Gesetze, Verordnungen, Kundmachungen und sonstigen Vorschriften. So wird erreicht, daß alle Beamten stets auf dem laufenden sind und in ganz Wien einheitlich gearbeitet wird. Die amtlichen

Weisungen haben sich als wertvoller Behelf für ein schlagkräftiges Arbeiten des Amtes erwiesen. Zur Erhöhung dieser Schlagkraft wurde auch ein besonderer Nachrichtendienst eingerichtet, der es ermöglicht, binnen 30 Minuten alle Abteilungen über besondere Vorkommnisse zu verständigen, um ein rasches und wirksames Eingreifen zu veranlassen. Dies gilt im besonderen Maße auch bezüglich der Preisentwicklung auf dem Großmarkt. Eine genaue Kenntnis der Vorgänge dortselbst ist für ein richtiges Arbeiten der Preisüberwachung begreiflicherweise unbedingt notwendig.

Über Ersuchen der Preisbildungsstelle wurden diesem Amte Beamte des Marktamtes als Fachberater und Sachbearbeiter zugeteilt.

Bei Einsetzen einer scharfen Preisüberwachung wird stets versucht, bei ziffernmäßiger Einhaltung der Stopp- oder Höchstpreise durch Herabsetzung der Qualität ungerechtfertigten Nutzen zu ziehen und den Verbraucher zu übervorteilen. Es ist daher unbedingt notwendig, daß Hand in Hand mit der Preisüberwachung auch die lebensmittelpolizeiliche Kontrolle geht, um solche Umgehungen festzustellen und die Schuldtragenden zur Verantwortung zu ziehen. Da der Marktkommissär Preisüberwachungsorgan und Lebensmittelpolizeibeamter in einer Person ist, wird er dieser Forderung unschwer entsprechen.

#### Lebensmittelpolizei

Überwachung der Produktion und des Handels mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen, Probeentnahme und Untersuchungsveranlassung, planmäßige Milchkontrolle, allgemeine Pilzkontrolle, Überprüfung der gewerblichen Betriebsanlagen betreffend Eignung und sanitäre Zustände.

Die Kontrolle der Lebensmittel und Bedarfsgegenstände (Geschirre, Reinigungsmittel, Bekleidungsgegenstände, Spielwaren, Tapeten, Petroleum, Farben usw.) wird in Wien vom Marktamt systematisch durchgeführt. Welchen Umfang die lebensmittelpolizeiliche Tätigkeit hat, kann daraus ersehen werden, daß nicht nur auf den Märkten eine tägliche Aufsicht vorgesehen ist, sondern außerdem in Wien rund 42.000 Gewerbetreibende einer laufenden Kontrolle unterzogen werden müssen. Nicht nur alle Lebensmittelverschleißer, sondern auch alle Lebensmittelerzeugungsbetriebe, wie Molkereien, Fleischselcher, Großwurstereien, Bäcker, Zuckerbäcker, Gefroreneserzeuger, Brotfabriken, Zuckerwarenfabriken, Feigenkaffee Fabriken, Essigerzeuger, ferner die vielen Gastwirtsbetriebe usw. müssen einer gesetzlich vorgeschriebenen, planmäßigen und periodischen Kontrolle unterzogen werden, um festzustellen, ob die feilgehaltenen Lebensmittel einwandfrei sind, ob die verwendeten Rohstoffe und Fertigprodukte den Vorschriften des Lebensmittelgesetzes entsprechen und schließlich auch, ob bei der Erzeugung und beim Verkauf der Lebensmittel die notwendige Reinlichkeit herrscht. Außerdem werden diese Betriebe auch fallweise spontan oder bei bestimmten Anlässen (Beschwerden usw.) überprüft. Bei der Kontrolle wird vom Marktamt stets darauf gesehen, daß nicht nur eine polizeiliche Tätigkeit ausgeübt wird, die zur Anzeige und Bestrafung des Geschäftsmannes führt, sondern der Marktkommissär ist stets darauf bedacht, als Lebensmittelpolizeibeamter den Geschäftsmann, sofern er einwandfrei zu arbeiten bestrebt ist, zu beraten.

Zur Durchführung besonderer lebensmittelpolizeilicher Aufgaben (Aufdeckung größerer Fälschungen usw.) verfügt das Marktamt über eigene auf diesem Gebiet der Lebensmittelpolizei geschulte Marktkommissäre. Sie werden von der Marktamtsdirektion im Bedarfsfall eingesetzt.

Eine gesundheitlich sehr bedeutungsvolle Kontrolle ist auch die Pilzschau, die auf allen Wiener Märkten während der Pilzzeit täglich durchgeführt wird. Aber auch privaten Pilzsammlern werden die Pilze kostenlos begutachtet. Dieser eingehenden Pilzschau auf Märkten ist es zu danken, daß in Wien Pilzvergiftungen zu den Seltenheiten

gehören und daß keine der wenigen vorgekommenen Pilzvergiftungen auf Pilze zurückzuführen waren, die der marktamtlichen Beschau auf Märkten unterlagen.

#### Eichpolizeilicher Überwachungsdienst

Kontrolle der Einhaltung der maß- und gewichtspolizeilichen Bestimmungen.

Die eichpolizeiliche Kontrolle wird vom Marktamt nicht nur bei den Lebensmittelhändlern auf den Märkten und in den Bezirksgeschäften, sondern überall dort durchgeführt, wo Waagen, Maße und Gewichte im öffentlichen Verkehr Verwendung finden. Die eichpolizeiliche Revisionstätigkeit erstreckt sich auf die vorschriftsmäßige Beschaffenheit dieser Waagen, Gewichte, Zimente, Hohlmaße, Milchkanen, Maßstäbe, Petroleumschankapparate, Benzinzapfstellen und alle sonstigen Maß- und Meßgeräte, auf deren zeitgemäße Eichung und auf die Hintanhaltung von Eichstempelfälschungen. Auch die Schankgläser in den Gastwirtschaften müssen auf die Richtigkeit ihrer Maßhaltigkeit und des Füllstriches kontrolliert werden.

#### Gewerbepolizeilicher Außendienst

Überwachung der Einhaltung der gewerbepolizeilichen Vorschriften, Durchführung gewerberechtlicher Erhebungen, Überwachung der Arbeiterschutzbestimmungen.

Neben dem fachlichen Dienst haben die Marktamtsbeamten als Organe der Gewerbe- polizei und im sonstigen Außendienst der Bezirkshauptmannschaften zu fungieren. Hiezu gehört die Durchführung der notwendigen Erhebungen bei Gewerbean- und -abmeldungen oder -verlegungen, die Überprüfung der Wettbewerbsverhältnisse, die Überwachung der Einhaltung der Gewerbebefugnisse, der Ladenschluß- und Sonntagsruhevorschriften, die Feststellung der Eignung von Betriebsstellen und die Überwachung von Arbeiterschutzbestimmungen.

Das Marktamt kontrolliert auch die Einhaltung der mannigfaltigen Vorschriften und gesetzlichen Bestimmungen, wie sie beispielsweise auf Grund des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb erlassen wurden, ferner Vorschriften über den Kohlen- und Koksverkauf und den Milchverkehr.

#### Straßenstände

Die Marktamtsabteilungen vergeben im Auftrag der Bezirkshauptmannschaft die Straßenstände mit Ausnahme der Zeitungsverkaufsstände. Im Rahmen des marktamtlichen Außendienstes werden die Straßenstände ständig kontrolliert.

#### Überwachung des Verkehrs mit bezugscheingebundenen Waren

Wie bereits im Weltkrieg, fällt auch diesmal dem Marktamt der Stadt Wien die Überprüfung des Verkehrs mit bezugscheingebundenen Waren (Lebensmittelkarten) zu.

#### Wirtschaftlicher Erhebungsdienst

Die langjährige Tätigkeit des Marktamtes auf den verschiedenen Gebieten der Wirtschaft und die dadurch erworbene Einsicht in wirtschaftliche Verhältnisse haben dazu geführt, daß das Marktamt zu fast allen Erhebungen wirtschaftlicher Natur herangezogen wird. Diese Erhebungen betreffen z. B. die Überprüfung von Übersiedlungsgut zwecks Verhinderung der Verschleppung von Vermögenswerten ins Ausland, Ehestandsdarlehenansuchen, Überprüfung der Lebensfähigkeit von Betrieben wegen allfälliger Rücknahme des Gewerbeberechtigtes, Erhebungen zwecks Einstufung der Obst- und Gemüsehändler, Überprüfungen bei Berufsbereinigungen im Handel und Gewerbe, Erhebungen über die Erwerbs- und Wirtschaftsverhältnisse, über die Vertrauenswürdigkeit von Firmen, in Krankenkassenangelegenheiten und in Fürsorgeangelegenheiten.

Die besondere Vertrautheit der Marktkommissäre mit allen Fragen der Wirtschaft führt dazu, daß dem Marktamt die Durchführung besonderer wirtschaftlicher Aufgaben übertragen wird. Hieher zählt z. B. die vom Marktamt durchgeführte Aufnahme und Schätzung der Warenvorräte jüdischer Geschäftsbetriebe.

## Brückenwaagen

In Verwaltung des Marktamtes standen in Alt-Wien 13 städtische Brückenwaagen. Ende 1938 wurden von den neu einverleibten Gemeinden Groß-Wiens 41 Brückenwaagen übernommen; von diesen wurden 2 eingestellt und 23 an Privatparteien verkauft. Nachstehende Brückenwaagen werden nunmehr vom Marktamt unterhalten: 2. Bez.: Markt „Im Werd“; 3. Bez.: Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, Vordere Zollamtsstraße (die Verwaltung obliegt der Abt. II/5); 4. Bez.: Naschmarkt, Rechte Wienzeile nächst Kettenbrückengasse; 5. Bez.: Heu- und Strohmarkt, Reinprechtsdorfer Straße nächst dem Matzleinsdorfer Platz; 10. Bez.: Markt Horst-Wessel-Platz im Zuge der Pernerstorferstraße; 11. Bez.: Markt an der Geiselbergstraße, Ecke Lorystraße; 12. Bez.: Markt Niederhofstraße im Zuge der Niederhofstraße; 15. Bez.: Markt an der Hütteldorfer Straße gegen Salzergasse zu; 16. Bez.: Markt Yppenplatz im Zuge der Yppengasse; 17. Bez.: Rötzergasse, Ecke Hormayrgasse; 19. Bez.: Geistinger-gasse; 20. Bez.: Markt Hannovergasse im Zuge der Hannovergasse; 21. Bez.: Schlingerhofmarkt und Enzersfeld; 23. Bez.: Fischamend, Gramatneusiedl und Schwechat; 24. Bez.: Dornbach, Gumpoldskirchen, Hinterbrühl, Münchendorf und Wöglerin; 25. Bez.: Breitenfurt, Inzersdorf, Laab im Walde, Mauer, Perchtoldsdorf und Vösendorf; 26. Bez.: Klosterneuburg.

## Überschwemmungsangelegenheiten — Mitarbeit

Sicherstellung der Verpflegung bei Überschwemmungen für evakuierte Personen und deren Viehstand sowie von Notstallungen für die Nutztiere. Die Marktamtsdirektion nimmt an den Vorbereitungsarbeiten teil und stellt für jede der aufgestellten 16 Expositionen der Überschwemmungskommission je einen Marktamtsbeamten und einen Stellvertreter auf.

## Lebensmittelkundliche Schulung

Die Leitung des Marktamtes der Stadt Wien muß darauf Bedacht nehmen, die Marktkommissäre, den stets wechselnden Anforderungen der Lebensmittelkontrolle entsprechend, ständig zu schulen und fachlich auszubilden. Es besitzt zu diesem Zwecke nicht nur eine umfangreiche Fachbibliothek, sondern auch eine Sammlung von interessanten Schauobjekten aus den Gebieten der Warenkunde, der Lebensmittelerzeugung und der Lebensmittelfälschungen. Waren diese Behelfe vorerst auch nur für den angeführten Zweck der internen Schulung bestimmt, so wurden sie anlässlich der Hundertjahrfeier des Marktamtes der Stadt Wien systematisch geordnet und ergänzt und in eine jedermann frei zugängliche Ausstellung gebracht. Diese Ausstellung, an deren Vervollständigung noch gearbeitet wird, dient der Aufklärung der Bevölkerung über die wichtigsten Nahrungsmittel, ihre Qualitäten, Nährwert, Fälschungen usw. Durch ausgezeichnete Nachbildungen der marktgängigen sowie der ungenießbaren oder giftigen Pilze soll auch die Ernährung des Volkes aus dem Walde zweckdienlich gefördert und unterstützt werden. Diese Ausstellung, die täglich von 8 bis 18 Uhr zugänglich ist, wird unter fachlicher Führung sehr gern von Schulen und Verbänden der NSDAP. (DAF., NS.-Frauensschaft) besucht.

Die Fachbeamten des Marktamtes müssen das Abitur einer höheren Schule nachweisen und vor Einsetzung zum vollen Marktamtsdienst folgende Prüfungen ablegen:

1. Fachprüfung für Verwaltungsbeamte;
  2. Staatliche Prüfungen für Organe der Lebensmittelpolizei (chemische Technologie der Nahrungs- und Genußmittel, Botanik, Mikroskopie mit praktischen Laboratoriumsübungen, Laienvieh- und Fleischbeschau);
  3. Fachprüfung für Eichpolizei;
  4. Besondere Fachprüfung für den marktamtlichen Dienst (Marktkommissärsprüfung).
- Außerdem ist eine ständige fachliche Fortbildung der Marktamtsorgane vorgesehen.



## Referatseinteilung

Hinsichtlich der Referatseinteilung ist zwischen Innerer und Äußerer Verwaltung zu unterscheiden. Die Verwaltung besteht aus

- a) Der Abt. II/2 und Leitung des Marktamtes der Stadt Wien (Innere Verwaltung) und
- b) 22 Marktamtsabteilungen von Bezirkshauptmannschaften, dem Marktamt Großmarkthalle, Abteilung für Viktualien und dem Marktamt Naschmarkt (Äußere Verwaltung).

Die Referatsabteilung in der Zentraleitung ist:

Leiter der Abt. II/2 und des Marktamtes der Stadt Wien.

Stellvertreter: Sachbearbeiter für Marktangelegenheiten einschließlich Marktpolizei, Zuweisung und Entziehung der Marktstände des Naschmarktes und der Großmarkthalle, Abteilung für Viktualien, Festsetzung der Marktentgelte, bauliche Veränderungen auf Märkten und in Markthallen, Gewerbewesen, Naturschutz, Bezirksinspektion, allgemeine Direktionsangelegenheiten.

Referat I: Personalangelegenheiten, Marktamtsorganisation und -einrichtung, Fachbeamtschulung.

Referat II: Preise, Marktbeobachtung, Preisbildung für Obst und Gemüse, Markt- und Preisberichterstattung, Preisüberwachung, Presse, amtliche Weisungen allgemeiner Natur (allgemeine Richtlinien für die Bezirksabteilungen), Verbindung zum Reichsnährstand und den Preisbehörden.

Referat III: Lebensmittelpolizei, Einrichtung und Fachdienst, Beamtschulung für die Lebensmittelpolizei, Herausgabe der Amtlichen Weisungen lebensmittelpolizeilichen Inhalts, Lebensmittelkundliche Aufklärung.

Referat IV: Lebensmittelpolizeileitstelle, Verbindung zur Lebensmitteluntersuchungsanstalt und zur Staatsanwaltschaft, Lebensmittelkundliche Sammlung, Schauausstellung und Führungen.

Referat V: Kriegswirtschaftliches Bezugscheinwesen, Eichwesen, Jagdpolizei, Tierschutz, Überschwemmungsangelegenheiten, städtische Brückenwaagen, Archiv und Bibliothek.

Referat VI: Markt- und Lebensmittelstatistik (Statistik über Zufuhren und Preise der wichtigsten Lebensmittel und Versorgungsartikel), Bearbeitung der Reichsindexgrundlagen, Inventarführung.

Referat VII: Straßenstände (Grundsätzliches und Überwachung), Laboratorium für Lebensmittelproben.

Zwei Sachbearbeiter sind zur Staatlichen Verwaltung des Reichsgaues Wien-Preisbildungsstelle delegiert.

Die Referatseinteilung in den Marktämtern der Äußeren Verwaltung ist unter Berücksichtigung dessen, daß 1 Beamter Abteilungsleiter, 1 Beamter dessen Stellvertreter und mehrere Fachbeamte einer Amtsstelle zugeteilt sind, im allgemeinen folgende:

Die Führung der Abteilung obliegt dem Abteilungsleiter. Diesem untersteht das Personal, er hat den Früh-, Journal- und Sonntagsdienst zu kontrollieren, die Akten zuzuweisen und zu fertigen. Der Abteilungsleiter vertritt die Abteilung nach außen, legt Rechnung für sämtliche Marktgebühren. Ihm obliegen ferner die Vorarbeiten für den Haushaltplan, die Veräußerung und Evidenzhaltung beschlagnahmter Waren. Oft hat jedoch auch der Abteilungsleiter die unmittelbare Verwaltung eines Marktes, einer Markthalle oder eines Bezirksteiles in markt-, eich-, lebensmittel-, gewerbepolizeilicher

und wirtschaftspolizeilicher Hinsicht. In diesen Fällen obliegt dem Leiter auch der Erhebungsdienst der Bezirkshauptmannschaft und anderer Behörden und sonstiger Stellen.

Dem Stellvertreter des Abteilungsleiters obliegt die Verwaltung eines Marktes, einer Markthalle und eines Bezirksteiles in markt-, eich-, lebensmittel-, gewerbepolizeilicher und wirtschaftspolizeilicher Hinsicht. Er ist ferner Referent für die zahlreichen Erhebungsakten der Bezirkshauptmannschaft und anderer Stellen. In vielen Fällen war der Stellvertreter Vorsitzender der Obst-Einstufungskommission, Referent der Berufsbereinigungsmaßnahmen und Sachberater in Reichsverteidigungsangelegenheiten und Mitglied der Weinbewertungskommission.

Die zugewiesenen Referenten haben die Verwaltung eines Marktes, die Arbeiten in lebensmittel-, eich-, wirtschaftspolizeilicher und gewerbepolizeilicher Hinsicht durchzuführen. Im Rahmen der statistischen Arbeiten sind ferner allwöchentlich ein Wochenanweis und allmonatlich drei Indexerhebungen durchzuführen. Auch werden die Referenten bei Überschwemmungen den Kommissionen zwecks Durchführung der Verpflegung der evakuierten Personen und der Unterbringung des Nutzviehes zugewiesen. Über die den Referenten unterstehenden Lebensmittel unterrichtet der Lebensmittelkataster. Eine Hauptaufgabe bildet während des Krieges auch die Durchführung der Bezugscheinvorschriften des Haupternährungsamtes, Abteilung A und B, und des Hauptwirtschaftsamtes.

Den Marktaufsehern obliegt die einfache Marktaufsicht, wie z. B. hinsichtlich Einhaltung der Ruhe und Ordnung auf dem Markte, die Bedienung der Brückenwaagen und sonstiger städtischer Marktwagen und die Erstattung von Meldungen über verschiedene Anstände. Die Marktaufseher haben das Inkasso der Marktentgelte gegen Marken durchzuführen, ferner Leihgegenstände, wie Waagen, Gewichte und Bänke, gegen Einhebung der hierfür entfallenden Entgelte auszugeben.

Der Erlaß des Hauptverwaltungs- und Organisationsamtes, Abt. 2, vom 24. November 1939 brachte grundlegende Änderungen in den Vorschriften für die Behandlung von Angelegenheiten auf dem Gebiet des Marktwesens im Bereich der Bezirkshauptmannschaften. Es hatte nämlich die vorläufige Geschäftseinteilung der Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien den Bezirkshauptmannschaften auf dem Gebiet des Marktwesens folgende Angelegenheiten zugewiesen:

Markthütten und Standplätze auf offenen Märkten und in den Markthallen, ausgenommen die Großmarkthalle und den Naschmarkt, Vergebung und Entziehung, Einhebung der Marktgebühren.

Bewegliche ständige Straßenverkaufsstände (mit Ausnahme der Zeitungsstände), Vergebung und Entziehung.

Standorte auf Straßen zur Ausübung eines persönlichen Dienstleistungsgewerbes, Vergebung und Entziehung.

Nichtständige Standplätze für Verkaufsstände auf Märkten, öffentlichen Straßen und Plätzen, Vergebung und Entziehung, Einhebung der Gebühren.

Diese Angelegenheiten werden grundsätzlich von den Marktamtsabteilungen der Bezirkshauptmannschaften behandelt, die das Einvernehmen mit dem Marktamt zu pflegen haben.

Die Erledigungen werden grundsätzlich vom Leiter der Marktamtsabteilung „Für den Bezirkshauptmann:“ unterfertigt.

Mit 1. Jänner 1940 ging die Verwaltung des Zentralviehmarktes, der Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, des Pferdemarktes und des im 22. Bez. gelegenen Ferkelmarktes in die der Abt. II/5, der Veterinärverwaltung, über.

Durch die Zusammenziehung von Kompetenzen ist eine Vereinfachung in der Führung der Verwaltungsgeschäfte und daher eine Verkürzung des Dienstweges eingetreten. Allerdings sind durch die Auflösung der Bezirksvorstehungen neue Erhebungsakten den Marktämtern der Bezirkshauptmannschaften zugewachsen.

#### Verzeichnis der nachgeordneten Stellen

Der Abt. II/2 ist das Marktamt der Stadt Wien (Sitz: I, Rathausstraße 14—16, 1. Stock) angegliedert.

Diesem unterstehen folgende Marktämter:

Bezirkshauptmannschaft I, Marktamtsabteilung, I, Wipplingerstraße 8.

(Eine weitere Marktkanzlei befindet sich auf dem Zentralfischmarkt bei der Salztorbrücke und am Blumengroßmarkt, I, Parkring 12.)

Bezirkshauptmannschaft II, Marktamtsabteilung, II, Karmelitergasse 9.

(Eine weitere Marktkanzlei befindet sich auf dem Markt Im Werd.)

Bezirkshauptmannschaft III, Marktamtsabteilung, III, Karl-Borromäus-Platz 3.

(Eine weitere Marktkanzlei befindet sich am Augustinermarkt, III, Landstraßer Hauptstraße.)

Marktamt Großmarkthalle, Abteilung für Viktualien, III, Invalidenstraße 2.

Marktamt Naschmarkt, IV, Naschmarkt, bei der Stadtbahnhaltestelle Kettenbrückengasse.

Bezirkshauptmannschaft IV/V, Marktamtsabteilung, V, Schönbrunner Straße 54.

Bezirkshauptmannschaft VI/VII, Marktamtsabteilung, VII, Burggasse 78/80.

Bezirkshauptmannschaft VIII/IX, Marktamtsabteilung, IX, Nußdorfer Straße 22.

Bezirkshauptmannschaft X, Marktamtsabteilung, X, Laxenburger Straße 43.

(Eine weitere Marktkanzlei befindet sich am Horst-Wessel-Markt im 10. Bez.)

Bezirkshauptmannschaft XI, Marktamtsabteilung, XI, Geiselbergstraße-Markt, Lorystraße.

Bezirkshauptmannschaft XII, Marktamtsabteilung, XII, Schönbrunner Straße 259.

(Eine Marktkanzlei befindet sich ferner noch auf dem Markt Niederhofstraße im 12. Bezirk.)

Bezirkshauptmannschaft XIII, Marktamtsabteilung, XIV, Penzinger Straße 49.

Bezirkshauptmannschaft XIV, Marktamtsabteilung, XIV, Hütteldorfer Straße 188.

Bezirkshauptmannschaft XV, Marktamtsabteilung, XV, Dadlergasse 7.

(Eine Marktkanzlei befindet sich noch auf dem Meiselmarkt im 15. Bez.)

Bezirkshauptmannschaft XVI, Marktamtsabteilung, XVI, Yppenplatz-Markt.

Bezirkshauptmannschaft XVII, Marktamtsabteilung, XVII, Leopold-Ernst-Gasse 37.

Bezirkshauptmannschaft XVIII, Marktamtsabteilung, XVIII, Martinstraße 100.

Bezirkshauptmannschaft XIX, Marktamtsabteilung, XIX, Gatterburggasse 14.

Bezirkshauptmannschaft XX, Marktamtsabteilung, XX, Brigittaplatz 10.

(Eine Marktkanzlei befindet sich noch auf dem Hannovermarkt im 20. Bez.)

Bezirkshauptmannschaft XXI, Marktamtsabteilung, XXI, Schlingerhof.

Bezirkshauptmannschaft XXII, Marktamtsabteilung, XXII, Stadlauer Straße 20.

Bezirkshauptmannschaft XXIII, Marktamtsabteilung, XXIII, Wiener Straße 23.

Bezirkshauptmannschaft XXIV/XXV, Marktamtsabteilung, XXIV, Dr.-Seipel-Gasse 12.

Bezirkshauptmannschaft XXVI, Marktamtsabteilung, XXVI, Hofkirchnergasse 5.

#### Weitere Ausdehnung der Verwaltungstätigkeit auf den Landbezirk

Nach der im Jahre 1938 erfolgten Einverleibung von 97 Gemeinden in das Wiener Gemeindegebiet wurde auch die Tätigkeit des Marktamtes auf die neuen Gebiete ausgedehnt. Es gab dort auch noch in der Berichtszeit nicht geringe Schwierigkeiten hin-

sichtlich einer strafferen Verwaltungsführung in lebensmittel-, eich-, markt-, gewerbe- und wirtschaftspolizeilichen Dingen; es kostet eben große Mühe, die Betriebsinhaber in Neu-Wien von der Notwendigkeit des seit langer Zeit in Alt-Wien bestehenden Überwachungs- und sonstigen Erhebungsdienstes des Marktamtes zu überzeugen.

Die Ausdehnung der Verwaltungstätigkeit gestaltete sich auch schon aus dem Grunde schwierig und war mit großer Arbeit und großem Zeitaufwand verbunden, weil in diesen Gebieten keinerlei brauchbare Aufzeichnungen, wie sie zur Durchführung der Marktamtsagenden erforderlich sind, vorhanden waren. Solche Übersichten wurden nun in der Berichtszeit geschaffen. Sämtliche Lebensmittelbetriebe mußten erfaßt werden und die einzelnen Gewerbetreibenden, deren Geschäfte bisher noch nie kontrolliert worden waren, zuerst in Umrissen über ihre Verpflichtungen bei der Führung ihrer Betriebe belehrt werden. Dem Großteil der Gewerbetreibenden war der Begriff Marktamt und Marktkommissär überhaupt nicht bekannt. Später wurde dann damit begonnen, die Lebensmittelgewerbetreibenden genau bezüglich ihrer Pflichten zu unterweisen. Es geschieht dies auf die Art, daß nach Geschäftsschluß (in den Abendstunden oder an Sonntagen vormittags) die Betriebsinhaber einer Gemeinde zu einer Besprechung eingeladen werden und ihnen hiebei alles Wissenswerte aus dem Gebiet des behördlichen Marktwesens mitgeteilt wird.

Auch die früher im Besitz der einzelnen Gemeinden befindlichen Brückenwaagen — es waren 41 Waagen — mußten von der Mag. Abt. 42 übernommen werden. Diese Waagen wurden von den Marktämtern Neu-Wiens gemeinsam mit dem zuständigen Referenten der Bauabteilung (Mag. Abt. 31, nunmehr Abt. IV/13) hinsichtlich ihrer Beschaffenheit überprüft. Die einzelnen Privatwaagmeister, denen die Betreuung dieser Brückenwaagen obliegt, wurden von den Marktämtern über die Einhebung und Abfuhr der für die Benützung entfallenden Brückenwaag-Entgelte unterwiesen. Da nun die Waagen im Vergleich zu den großen Ausgaben, welche für ihre Adaptierung und Erhaltung erforderlich sind, meist kleine Einnahmen haben, wurde bereits vom früheren Marktamt getrachtet, einen Teil dieser Waagen zu verkaufen.

#### Zusammenarbeit mit der NSDAP.

Mit der NSDAP. steht die Abt. II/2, Marktamt, in engster Fühlungnahme. Mit den Parteistellen, insbesondere den wirtschaftsamtslichen Stellen, finden fallweise Besprechungen über aktuelle Fragen, in erster Linie der Kriegsbewirtschaftung, statt. Auch laufen vielfach Dienststücke ein, die Beschwerden oder Ersuchschreiben um Intervention bei Anzeigen betreffen, welche bei der NSDAP. eingelangt sind und von dort an das Marktamt weitergeleitet werden. Diese Beschwerden betrafen insbesondere Preisüberschreitungen der verschiedensten Art, Verkaufsverweigerungen, Warenschiebungen, Hamsterei. Über das schließliche Ergebnis der Erhebungen wird der NSDAP. berichtet. Erwähnt muß auch werden, daß auf verschiedenen Märkten sogenannte Beobachter der NSDAP. anwesend waren, auf deren Intervention hin das Marktamt Übelstände abstellt.

Auf den Märkten des 10., 11., 15., 20. und 21. Bez. wurden auch eigene Marktberatungsstellen geschaffen. In diesen Stellen werden von der NS.-Frauenschafter an Hausfrauen Auskünfte der verschiedensten Art, wie über Haushaltsführung und Kochrezepte, erteilt. Das rege Interesse der Frauenschaft des Gaus Wien an den Bestrebungen des Marktamtes zur Einhaltung der Höchstpreise für Obst und Gemüse in Wien ersieht man auch daraus, daß an jedem Freitag im Marktamt Naschmarkt Preiskommissionen zur Festsetzung von Höchstpreisen für Obst und Gemüse tagen. An diesen Kommissionen nimmt auch ständig eine Vertreterin der NS.-Frauenschafter des Gaus Wien teil.

Die Deutsche Arbeitsfront wirkt bei der Aufstellung von neuen Markthelfertarifen mit. ferner werden bei Standumschreibungen politische Unbedenklichkeitszeugnisse eingeholt.

## Kriegsverwaltung

Die besonderen Aufgaben des Krieges begannen für das Marktamt keineswegs mit dem Ausbruch des Krieges am 1. September 1939, sondern schon bedeutend früher. Denn schon monatelang vor dem Kriege war eine Knappheit an gewissen Lebensmitteln festzustellen. Um nun hierin eine Regelung zu bringen, wurde bereits im Jahre 1938 mit einer Gemüse- und Obstverteilung im Kleinhandel begonnen. Diese Rayonierung, welche auf der Einstufung der Betriebe nach 5 Klassen durch eigens hiezu aufgestellte, von den Marktämtern der Bezirke geleitete Kommissionen beruhte, wurde bis Juni 1939 fortgesetzt.

Eine neue Phase in der Bezugsregelung trat durch die Einrichtung von Kundenlisten und Haushaltsnachweisen für Fett mit 1. April 1939 ein, zu welchem Zeitpunkt in der Ostmark die Bewirtschaftungsmaßnahmen des Altreiches für Fette eingeführt wurden.

Diese Maßnahmen brachten eine Unsumme von Arbeit für das Marktamt schon dadurch mit sich, daß die Marktämter als Auskunftsstellen für solche Aktionen wie geschaffen waren. Dazu kam noch, daß sich immer wieder Verkäufer weigerten, die Fettverbilligungsscheine minderbemittelter Volksgenossen einzulösen und daher durch die Marktkommissäre belehrt werden mußten. Die Ausstellung von Betriebsnachweisen über den Fettbezug durch Gastwirtschaften, Speisewirtschaften, Bäckereien und Konditoreien durch das Marktamt ging in tausende Stück.

Um die Verwaltung für die besonderen Aufgaben des Krieges zu befähigen, waren ferner schon im Frühjahr 1939 verschiedene Erhebungen nötig. So mußten geeignete Objekte unter Angabe der Zahl der vorhandenen Betten für die Errichtung von Notspitälern ausfindig gemacht werden, ferner waren alle Gaststätten dahin zu überprüfen, wie groß ihre Leistungsfähigkeit für Ausspeisungen war, bei den Pferdebesitzern mußte an Hand eines Verzeichnisses über die Pferdevidenz eine Überprüfung der assentierten und der noch für den Militärdienst eventuell in Aussicht genommenen verwendbaren Pferde durchgeführt werden, gleichzeitig mußten die Einstellmöglichkeiten für Pferde festgestellt werden. Da die Schulen anlässlich einer Mobilisierung größtenteils für das Militär bereitzustellen waren, mußten geeignete Lokale für die Unterbringung von Kartenstellen namhaft gemacht werden.

Für die Aufgaben der Kriegsbewirtschaftung wurden 10 Kreismarktämter geschaffen. Es waren dies:

Kreismarktamt I mit dem Sitz in der Markthalle, VII, Burggasse 78, für die Bezirke I, VI, VII, VIII und IX.

Kreismarktamt II mit dem Sitz in der Bezirkshauptmannschaft II, Marktamt, II, Karmelitergasse 9, für die Bezirke II, XX.

Kreismarktamt III mit dem Sitz im Marktamt, IV, Naschmarkt, für die Bezirke III, IV und V.

Kreismarktamt IV mit dem Sitz in der Bezirkshauptmannschaft X, Laxenburger Straße 43, für die Bezirke X, XI und XIII.

Kreismarktamt V mit dem Sitz in der Bezirkshauptmannschaft XXIV/XXV, Marktamt Mödling, Ignaz-Seipel-Gasse 12.

Kreismarktamt VI mit dem Sitz in der Bezirkshauptmannschaft XII, Marktamt, XII, Hufelandgasse 2, für die Bezirke XII und XIII.

Kreismarktamt VII mit dem Sitz in der Bezirkshauptmannschaft XIV, Marktamt, XIV, Hütteldorfer Straße 188, für die Bezirke XIV und XV.

Kreismarktamt VIII mit dem Sitz im Marktamtgebäude Yppenplatz, für den Bezirk XVI.

Kreismarktamt IX mit dem Sitz in der Bezirkshauptmannschaft XVIII, Marktamt, XVIII, Martinstraße 100, für die Bezirke XVII, XVIII, XIX und XXVI.

Kreismarktamt X mit dem Sitz in der Bezirkshauptmannschaft XXI, Marktamt, XXI, Schlingerhof, für die Bezirke XXI und XXII.

Bereits im Frühjahr 1939 wurden in diesen Kreismarktämtern die Merkblätter über die abzugebenden Warenmengen für die Händlerschaft und die Kartenblätter über die bezugscheinpflichtigen Waren aufbewahrt. Jeder Bezirk wurde in Rayone eingeteilt, für jeden Rayon ein vertrauenswürdiger Händler vom Marktamt bestimmt, der auf Grund eines von den Marktämtern angelegten eigenen Händlerverzeichnisses — in einem eigenen Mob-Kataster waren nämlich sämtliche Geschäfte, in denen lebenswichtige Waren geführt wurden, nach besonderen Richtlinien aufgenommen — die erwähnten Merkblätter sowie auch Musterkarten am 27. August 1939 (einem Sonntag) verteilen mußte. Mit der Ausgabe der Bezugskarten am 27. und 28. August 1939, durch die in Voraussicht der kommenden kriegerischen Ereignisse die strenge Rationierung der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsgegenstände durch Bezugscheine eingeführt wurde, ergab sich in der Folge ein bedeutender Verkehr mit Parteien, die Rat und Hilfe beim Marktkommissär suchten. Eine gewisse Unterstützung fand das Marktamt in den Merkblättern, Rundbriefen und sonstigen Verlautbarungen, die vom Hauptwirtschaftsamt und vom Haupternährungsamt, Abt. B, herausgegeben wurden.

Besondere Arbeitsleistung erforderte die Erfassung der Verbraucher und deren Eintragung in die Kundenlisten der Händlerschaft für Obst und Gemüse im November 1939 und die Überwachung einer gerechten Warenverteilung durch die Groß- und Kleinverteiler. Dasselbe traf zu bei der Geflügel-, Wild- und Fischrayonierung im November 1939. Die Rayonierung des Brennmaterials nahm zunächst das Marktamt direkt weniger in Anspruch, doch ergab sich infolge der Zufuhrschwierigkeiten, der lang andauernden großen Kälte und des starken Schneefalles die Notwendigkeit zahlreicher Interventionen der Marktämter beim Kleinverteiler.

Mitte März 1940 begannen die Stilllegungen von Betrieben im Zuge der Berufsvereinigungen. Das Marktamt war hiebei mit der Überprüfung der restlichen Lagerbestände an bewirtschafteten Artikeln und mit der Aufteilung der rayonierten Kunden auf andere Kleinverteiler stark beschäftigt.

Die Mangelerscheinungen der Berichtszeit brachten es mit sich, daß immer wieder die zuständigen Stellen in speziellen Berichten oder in den täglich verfaßten und an die kompetenten Stellen weitergeleiteten Situationsberichten darauf aufmerksam gemacht wurden.

Zusätzliche Arbeiten machten auch die zahlreichen Akten betreffend Fürsorgeunterstützungen der Angehörigen Eingerückter und die Wirtschaftsbeihilfe-Erhebungen.

Die Abt. II/2 hatte auch für die Nachsicht der Zahlung der Marktentgelte bei Nichtbetrieb von Marktständen durch Inhaber, die zum Wehrdienst einberufen wurden, Überprüfungen vorzunehmen.

### Hundertjähriges Amtsjubiläum

Wenn es auch Märkte und damit Markt- und Lebensmittelkontrolle schon im Altertum und Mittelalter gegeben hat und für Wien Nachweise in reicher Menge seit dem 12. Jahrhundert vorliegen, so wurde doch das Marktamt der Stadt Wien in seiner heutigen Gestalt erst vor hundert Jahren unter dem Bürgermeister Czapka geschaffen.

Es traten damit an Stelle der durch mehrere Jahrhunderte bestandenen Einrichtung des Marktrichters und seiner Unterorgane (Brot-, Mehl-, Fisch-, Fleischbeschauer und dergleichen) einheitliche Marktkommissäre, denen nicht nur die Marktverwaltung und Marktpolizei anvertraut ist, sondern insbesondere die Lebensmittelpolizei obliegt. Ihre

Tätigkeit ist sehr vielseitig und schließt außerdem noch die Gewerbe- und Eichpolizei und einen umfassenden Tätigkeitsbereich auf wirtschaftlichem Gebiet ein.

Zur Feier des hundertjährigen Jubiläums wurde die reiche Schausammlung des Marktamtes der Stadt Wien vom damaligen Bürgermeister Dr.-Ing. Neubacher eröffnet, ferner wurde unter Anwesenheit der Spitzen der Behörden ein Festabend gegeben und außerdem eine Festschrift unter dem Titel: „100 Jahre Marktamt der Stadt Wien, 1839—1939“ herausgegeben.

### **Marktverwaltung und Marktpolizei**

#### **Marktvorschriften.**

Es wurden im Jahre 1939 folgende Kundmachungen erlassen:

Durch die Kundmachung vom 29. April 1939 wurde die Dauer des Marktverkehrs und der Marktparteienverkehr auf dem Blumengroßmarkt im 1. Bezirk neu geregelt.

Durch die Kundmachung vom 29. April 1939 wurde ein Teil-Blumengroßmarkt im 4. Bez. geschaffen.

Durch die Kundmachung vom 27. Juni 1939 wurden die Großhandelszeiten auf dem Naschmarkt in Wien IV und auf dem Markte Yppenplatz in Wien XVI abgeändert.

Durch die Kundmachung vom 22. September 1939 wurden die Großhandelszeiten auf dem Markt Schwendergasse abgeändert.

Durch die Verordnung des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich — Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien — über die Einführung der Allgemeinen Marktordnung für Wien und des Wiener Marktgebührentarifes in den eingemeindeten Gebietsteilen wurde die Allgemeine Marktordnung und der Wiener Marktgebührentarif auf Neu-Wien ausgedehnt.

Durch die Verordnung des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 23. Oktober 1939 wurden die Bestimmungen der Marktordnung für den Allerheiligenmarkt vor dem Wiener Zentralfriedhof sinngemäß auf den Marktverkehr zur Allerheiligenzeit vor sämtlichen Wiener Friedhöfen ausgedehnt.

Durch die Kundmachung vom 23. November 1939 wurden die Großhandelszeiten auf den Wiener Großmärkten neuerlich abgeändert.

#### **Märkte und Markthallen.**

Die Bestrebungen, nicht lebensfähige Märkte und Markthallen abzusiedeln, wurden auch im Berichtsjahr fortgesetzt.

So wurden im Jahre 1939 die Markthalle Damböckgasse im 6. Bez. mit 63 Marktparteien und der Hohe Markt im 1. Bez. mit 40 Marktparteien abgesiedelt. Ende März 1940 wurde dann mit der Absiedlung von 5 Parteien des Marktes Freyung im 1. Bez. begonnen. Der Markt XV, Robert-Hamerling-Platz, löste sich selbst im November 1939 auf.

Der Großhandel auf dem Naschmarkt konnte in seinen Verkaufsständen und Lagerräumen die durch die Wiener Bezirksabgabestelle dem Versand- und Importhandel im Jahre 1939 angelieferten Warenmengen nicht mehr unterbringen. Es erwies sich daher als notwendig, geeignete Räumlichkeiten zu schaffen, um den Handel auf dem Markte und daher die Versorgung von Groß-Wien mit Gemüse, Kartoffeln und Obst aufrecht erhalten zu können. Aus diesem Grunde wurde eine Massenumsiedlung der Kleinhändler des Groß- und Mittelmarktes auf den Kleinmarkt und den unteren Teil des Mittelmarktes vorgenommen. Diese Bewegung erstreckte sich über den größten Teil des Jahres 1939, ist wohl im großen und ganzen beendet, aber in ihren Auswirkungen noch immer nicht zum Stillstand gekommen. Die frei werdenden Stände wurden dem Großhandel zur Verfügung gestellt und dadurch die zur Unterbringung der Ware notwendigen

Räumlichkeiten gewonnen. Mit diesen Umsiedlungen ging eine Erneuerung der Verkaufshütten vor sich. So konnte der Großmarkt ohne weiteres die Anlieferungen der Wiener BAST., des Importhandels und der Versandhändler, welche sich meist aus unternehmungslustigen ehemaligen Marktfahrern rekrutierten, aufnehmen.

#### Blumengroßmarkt, I, Parkring 12.

Auf dem Blumengroßmarkt, I, Parkring 12, wurden während der Zeit vom 1. Jänner 1939 bis 21. März 1940 außer den üblichen Instandhaltungsarbeiten, wie Reinigung, Fußbodenausbesserung, Planierungsarbeiten usw., keine größeren baulichen Herstellungen durchgeführt.

Der Marktverkehr spielte sich wie in den früheren Jahren saisongemäß bedingt ab. Die Muttertagswoche und die Woche vor Allerheiligen bildeten die Höhepunkte; während der übrigen Zeit zeigte der Marktverkehr das durch die Jahreszeiten bedingte An- und Abschwellen. Hier wäre zu erwähnen, daß der besonders strenge und lange Winter 1939/40 sich auch auf dem Blumengroßmarkt ungünstig auswirkte.

Aus dem Ausland (vorwiegend aus Italien und Holland) wurden vorwiegend Rosen, Nelken, Narzissen, Mimosen, Flieder, Anemonen, Margueriten, Freesia, Levkojen, Lilien, Tulpen, Veilchen und Wicken angeliefert.

Über Wunsch der Kreisbauernschaft Wien wurde im Einvernehmen mit der Fachgruppe Blumenbindereien die Marktverkehrsdauer für die Zeit vom 15. April bis 14. Oktober um eine Stunde gekürzt und auf die Zeit von  $\frac{1}{2}$ 7 Uhr früh bis  $\frac{1}{2}$ 10 Uhr vormittags verlegt.

Alle auf dem Blumengroßmarkt vorhandenen Verkaufskojen sind vergeben und es mußten bereits Vormerkungen von mehreren Gärtnern und Händlern auf frei werdende Kojen vorgenommen werden.

Die finanzielle Gebarung des Marktes wies einen Rückgang gegenüber dem Jahre 1938 auf. Die Einnahmen betragen im Jahre 1939 RM 19.096.20 gegenüber RM 20.626.27 im Jahre 1938. Der Einnahmerückgang ist darin begründet, daß ein Großteil der Waldgeher es vorzog, in andere Berufe überzutreten. Die Einnahmen in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. März 1940 betragen RM 3290.15.

#### Zentralfischmarkt, I, Salztorbrücke.

Auf dem Zentralfischmarkt betragen in der Zeit vom 1. Jänner 1939 bis 31. März 1940 die Zufuhren an

	q
a) Seefischen . . . . .	26.527
b) Süßwasserfischen . . . . .	20.239
c) Adria-fischen . . . . .	32

Daher insgesamt . . . 46.798

Bei der Nordsee, einem Unternehmen, welches allerdings außerhalb des Zentralfischmarktes gelegen ist, waren die Anlieferungen an Seefischen 20.826 q. Die Zufuhren waren um ein Erhebliches größer als im Jahre 1938.

Der Grund der Mehranlieferung ist in der Intensivierung der Fischfänge und in den besonders ergiebigen Fängen zu suchen. Trotz dieser gesteigerten Zufuhren ist der flotte Absatz der angelieferten Ware, welcher in der seit dem Umbruch gebesserten wirtschaftlichen Lage seine Ursache hat, besonders zu beachten. Eine zweite Ursache ist darin zu suchen, daß Fische seit dem Kriegsausbruch eine begehrte Ware geworden sind, zu deren Bezug die Eintragung in eine Kundenliste notwendig geworden ist und die deshalb, wie alle Lebensmittel, die der Bewirtschaftung unterliegen, von der Konsumentenschaft sehr stark gefragt werden. Hiebei spielt auch die Stabilität der Preise eine große Rolle.



Die Preise der inländischen Süßwasserfische wurden für das Gebiet des Gaues Wien mit der Verordnung der Preisüberwachungsstelle Wien vom 13. Dezember 1939 neu geregelt.

Für Süßwasserfische, die ausländischer Herkunft sind, gilt nach wie vor die Ausland-Warenpreisverordnung.

Für die Seefischpreiserstellung wurde von der Preisüberwachungsstelle Wien die Preisregelung für Ostseekabeljau (Ostseedorsch) getroffen, womit gleichzeitig auch die Preise für die Edelfische (Heilbutt, Steinbutt, Scholle, Seezunge, Tarbutt usw.) eine endgültige Regelung erfuhren.

Was die Qualität betrifft, ist zu sagen, daß dieselbe im großen und ganzen gegen früher unverändert geblieben ist. Gewisse Vorkommnisse, wie die bisweilen in Erscheinung tretende mangelhafte Zurichtung der Seefische (Kabeljau, die mit dem an dem Fischkörper noch anhaftenden Kopf zur Auslieferung gelangen), sind durch die Kriegsverhältnisse, durch den Mangel an Arbeitern in den an der Küste gelegenen Fischverarbeitungsstätten zu erklären. Zu unterscheiden von dem oben beschriebenen Mangel ist die Beurteilung des Zustandes der eingelangten Fische. Im allgemeinen ist der Zustand der eingelangten Fische einwandfrei. Die Heranziehung modernster Kühlwaggons, die doppelte Eiskühlung beim Transport, sorgen dafür, daß die Ware einwandfrei einlangt. Nur so ist es zu erklären, daß in der Berichtszeit insgesamt nur 700 kg Fische wegen Verdorbenheit von der Marktamsabteilung noch vor der Auslieferung an die Konsumentenschaft beschlagnahmt und der Thermochemischen Anstalt zur Verwertung übergeben werden mußten.

Die ostmärkische Fischwirtschaft steht unter der Führung der Hauptvereinigung der Deutschen Fischwirtschaft in Berlin. Die seinerzeitige Aufsichtsstelle, die Außenstelle der Deutschen Fischwirtschaft, die ihren Sitz in I, Riemergasse 14 hatte, wurde aufgelassen.

Die Warenverteilung auf dem Zentralfischmarkt wird derart abgewickelt, daß von jeder angelieferten Warenmenge jede Firma ihren prozentualen Anteil erhält. Nach dem durchschnittlichen Monatsbezug, den die einzelne Firma vor dem Umbruch gehabt hat, wurde ihr prozentualer Anteil errechnet und die Bezugsquote hienach festgesetzt. Langt übermäßig viel Ware ein, so erhöht sich naturgemäß die der einzelnen Firma zufallende Warenmenge, langt wenig Ware ein, so verringert sich diese. Diese Art der Warenverteilung wurde auf Anordnung der früheren Außenstelle durchgeführt und hat sich bisher sehr bewährt.

Die Zahl der am Zentralfischmarkt bestehenden Firmen ist acht.

Für den Weihnachtsverkehr 1939 standen in Wien zur Verfügung an

a) Karpfen . . . . .	400.000 kg
b) sonstigen Süßwasserfischen . . . . .	50.000 „
c) Seefischen . . . . .	300.000 „

Es wurde daher gleich wie in den früheren Jahren von den Händlern des Zentralfischmarktes vorsorglich ab September begonnen, eine Reserve in den Kaltern anzulegen, welche dann mit den laufenden Anlieferungen ausgegeben wurden.

Eine Erschwernis der Anlieferungen an Seefischen im Winter 1939/40 war der starke Frost sowie die durch die Kriegsverhältnisse (Minengefahr, Requirierung von Fangdampfern für Zwecke der Kriegsmarine, Blockade usw.) hervorgerufene zeitweilige Unmöglichkeit des Fischfanges.

Pferdemarkt, V, Siebenbrunnenfeldgasse.

Mit 1. Jänner 1940 wurde die Verwaltung und Überwachung dem städtischen Veterinärdienst übergeben.

Aufgetrieben wurden 3298 Gebrauchspferde und 4268 Schlachtpferde, zusammen 7566 Pferde.

Der Markt wurde zweimal wöchentlich (Dienstag und Freitag) abgehalten und litt an den allgemein bekannten Auswirkungen des aufgezwungenen Krieges (Verknappung). Bauliche Veränderungen wurden im Verwaltungsjahr nicht durchgeführt.

Erwähnenswert ist ferner:

Die Einrichtungen des Pferdemarktes wurden ständig durch Belegen von Ställen mit durchschnittlich 20 bis 30 Versuchspferden des Staatlichen Serotherapeutischen Instituts Wien in Anspruch genommen. Die Pferde- und Viehverkehrsstelle in Berlin führte am Wiener Pferdemarkt ihre Verteilung von hochwertigen Importgebrauchspferden durch. Diese Tiere kamen fast ausschließlich aus Ungarn.

Beim Schlachtviehverkehr nahm die zuständige Innung gemeinsam mit dem Marktamt eine nichtoffizielle Lenkung des Marktverkehrs mit Erfolg vor. Jeder Schächtermeister erhielt die Menge seines möglichen Einkaufes, gemessen am Marktauftrieb, vorgeschrieben und damit war für eine planmäßige Verteilung gesorgt. Die Militärkommission führte ihre Pferdemonsterungen am hiesigen Pferdemarkt durch.

Ferkelmarkt im 22. Bez.

Die Verwaltung des Ferkelmarktes im 22. Bez., Groß-Enzersdorf, ging mit 1. Jänner 1940 auf die Abt. II/5 über. Der Bericht über den Ferkelmarkt endet daher mit 1. Jänner 1940.

Nachdem der Markt, welcher in Groß-Enzersdorf auf dem Marktplatz abgehalten wird, ein Jahr lang gesperrt war, wurde er am 8. Februar 1939 wieder eröffnet. Er fand lebhaftes Interesse, war gut beschickt, mußte jedoch vom 21. Februar bis 21. März 1939 und vom 17. August bis 19. September neuerlich gesperrt werden. Der Gesamtauftrieb an Ferkeln bis zur Übergabe betrug 6435 Stück.

Jahrmärkte.

An erwähnenswerten Jahrmärkten wurden in der Berichtszeit abgehalten:

1. Der Fastenmarkt im 17. Bez. zur Osterzeit mit 140 Ständen.
2. Der Peregrinimarkt im 9. Bez. zu Peregrini mit 51 Ständen.
3. Der Firmungsmarkt im 1. Bez. zu Pfingsten mit 24 Ständen.
4. Der Allerheiligenmarkt vor dem Zentralfriedhof im November mit 313 Ständen.
5. Der Leopoldimarkt in Klosterneuburg Mitte November mit 216 Ständen.
6. Der Neustifter Kirtag im 19. Bez. im August mit 81 Ständen.
7. Der Weihnachtsmarkt Am Hof im 1. Bez. mit 128 Ständen.

Naschmarkt.

Die Tätigkeit der Wiener BAST., das ist die Wiener Bezirksabgabestelle für Obst und Gemüse, wurde auch in der Berichtszeit fortgesetzt. Da nunmehr diese Stelle sämtliches Gemüse von den Wiener Gärtnern übernahm, verließen die Wiener Gärtner im Jahre 1939 den Gärtnerplatz des Wiener Naschmarktes. Die Gärtner standen der Neuerung der Schaffung der BAST. wohl im Anfang mißtrauisch gegenüber. Hiedurch war anfänglich die Versorgung des Marktes mit Gemüse gefährdet, um so mehr, als ja die Sammelstellen der BAST. anfänglich nur ein Provisorium darstellten. Diesem Mißstand, welcher eine Verknappung von Gemüse im Winter 1938/1939 herbeiführte, wurde im Laufe des Jahres 1939 durch Einarbeitung der verschiedenen Stellen abgeholfen. Es erfolgte im Sommer 1939 infolge des guten Erntejahres ein Riesenanfall an Gemüse, welcher sich stoßweise zu verschiedenen Schwemmen entwickelte. Durch die Organisation der BAST. gelang es, große Teile von Gemüse durch Verschickung in auswärtige Gebiete vor dem Verderb zu bewahren.

Die noch Anfang 1939 auf den Markt fahrenden wenigen Kartoffelbauern blieben allmählich aus und verschwanden gänzlich. Als letzter Rest der verschiedenen nicht selbsthaft auf dem Markt verweilenden Berufszweige blieben nur mehr die Marktfahrer der

Butterrampe und die Wiener Marktfahrer. Im Laufe des Jahres 1939 wurden diese durch verschiedene wirtschaftliche Maßnahmen, wie Errichtung von Eiersammelstellen und Einführung der Butterkontingentierung, immer mehr in ihrem Handel gehemmt und verringerten sich immer mehr. Im Frühjahr des Jahres 1940 war ihre Zahl auf drei zusammengeschmolzen, welche jedoch auch nur fallweise erschienen und schließlich ganz ausblieben. Damit war der letzte für Marktfahrer vorgesehene Teil des Naschmarktes ebenfalls ausgestorben.

Die im Jahre 1938 geschaffene Höchstpreisliste für Gemüse wurde im Jahre 1939 weiter ausgebaut und auf Obst ausgedehnt. Dadurch wurden die Preise auf einer sowohl Verbraucher als auch Händler und Erzeuger zufriedenstellenden Höhe gehalten. Es wurden auch im Jahre 1939 weitere Höchstpreislisten für Kartoffeln aufgestellt.

Nachdem bereits im Jahre 1938 mit der Rayonierung von Obst und Gemüse durch Ausgabe von Karten, welche den Kleinhändler zum Bezug beim Großhändler berechtigten, begonnen worden war, wurde mit der vollkommenen Rayonierung von Gemüse und Obst an Hand des Einkaufspasses im Herbst 1939 begonnen. Hiedurch entstanden Schwierigkeiten, die sich hauptsächlich auf den Märkten und insbesondere auf dem Naschmarkt zeigten. Infolge des Mangels an Käufern — diese scheuten nämlich den meist weiteren Weg auf den Markt, da sie keine Auswahl mehr hatten und bei dem ihrem Wohnsitz am nächsten liegenden Händler dasselbe erhielten — war die Existenz der Kleinhändler für Obst und Gemüse auf das höchste bedroht. Es mußten daher Maßnahmen getroffen werden, um doch durch Zuweisung von Ware diese Kleinhandelsbetriebe aufrechtzuerhalten.

Durch die 1939 durchgeführte Berufsbereinigung wurden 11 Fleischhauer- und Selcherstände, 2 Milchstände und 1 Lebensmittelhändler eingestellt.

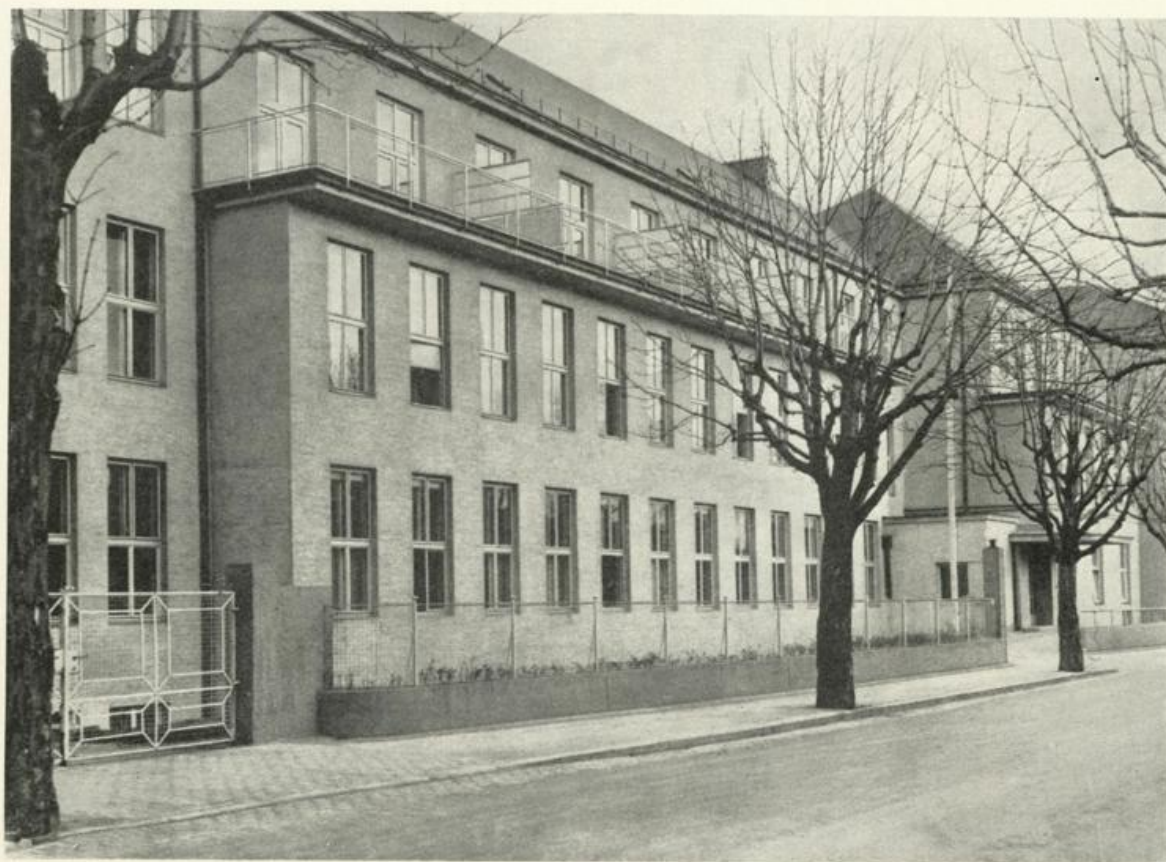
Hinsichtlich der einzelnen auf dem Naschmarkt zum Verkauf gelangenden Waren ist zu bemerken:

#### Gemüse.

Die Gemüsezufuhren des Jahres 1939 waren wesentlich geringer als im Vorjahr. Die bedeutende Verminderung hat verschiedene Ursachen. Bei der inländischen Ware wurde durch die Mitwirkung der Wiener BAST. der Überschuß an Gemüse zur Versorgung des Altreiches verwendet. In erster Linie ist aber die Verminderung auf die Verpflegung der Truppenteile der deutschen Wehrmacht zurückzuführen. Die diesem Zweck zugeführten Gemüsemengen scheinen unter den Zufuhren nicht mehr auf, während früher fast alle Gärtner den Naschmarkt besuchten und daher auch das gesamte Gemüse, das zur Anlieferung gelangte, aufgezeichnet wurde. Eine weitere Rolle spielt auch die Tatsache, daß die Marktfahrer, die früher Wiener Märkte aufsuchten, und zwar vor allem den Naschmarkt, weil sie hier am ehesten ihre Ware verkaufen konnten, jetzt vielfach in die Provinz oder ins Altreich dirigiert werden. Auch die Versorgung der bei der Reichsautobahn beschäftigten Arbeiter und der Arbeiter des Westwalls hat auf die Ablenkung der Gemüsemengen von den Wiener Märkten einen Einfluß gehabt.

Auch die Zufuhren aus dem Ausland erlitten Einschränkungen, welche teils durch die Devisenbewirtschaftung, teils durch den Krieg und die Unterbindung der überseeischen Zufuhren bedingt sind.

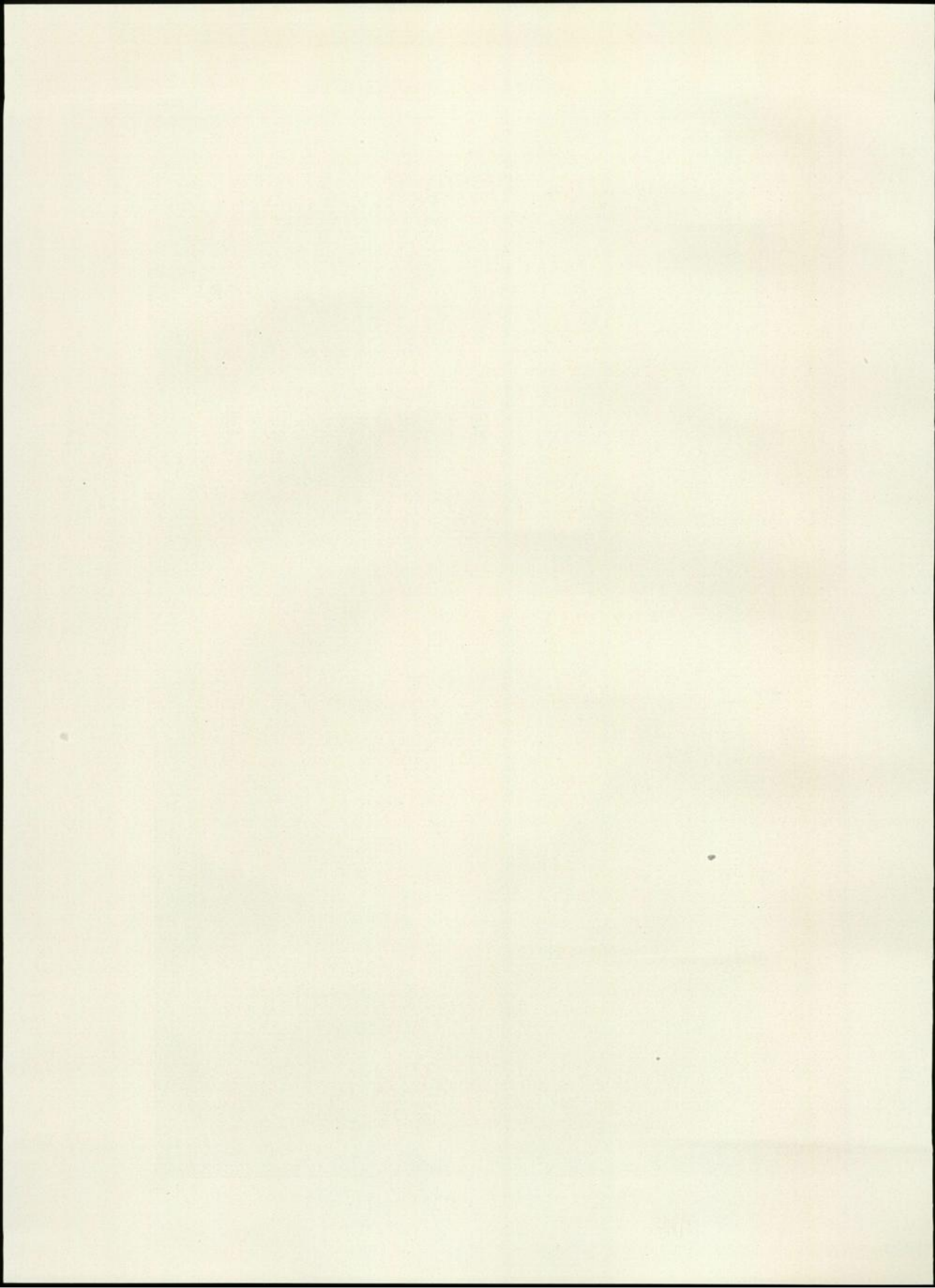
Im allgemeinen folgte auf die Knappheit des Winters 1938/39 ein gutes Gemüsejahr, das nur durch den Ausfall des Neusiedler Grundsalates, welcher eine Mißernte zu verzeichnen hatte, etwas verschlechtert war. Es waren auch einige Schwemmen zu verzeichnen, und zwar eine Spinat-, Häuptelsalat-, Erbsen-, Fisolen-, Tomaten- und Gurkenschwemme. Der Winter 1939/40 wies wieder eine Verknappung auf, die aber durch die Kontingentierung der anderen Lebensmittel stärker als im vorhergehenden Winter ins Gewicht fiel.



Das Krankenhaus in Mödling nach dem Zu- und Umbau



Erweiterung der Siedlung Lockerwiese in Lainz



#### Kartoffeln.

Die Gesamtzufuhren des Jahres 1939 betragen 306.508 q. Die Zunahme gegen das Vorjahr erklärt sich aus dem Einlangen von verstärkten Zufuhren an italienischen heurigen Kartoffeln, an schlesischen, Rheinländer, sudetendeutschen und slowakischen Kartoffeln. Trotzdem traten im Frühjahr und Winter Verknappungserscheinungen auf, die durch Militärtransporte, die dadurch verursachten Verzögerungen der Warenanlieferungen und durch Frost ihre Erklärung finden.

#### Obst.

Die Obstzufuhren des Jahres 1939 betragen 525.962 q. Die Vermehrung gegen das Vorjahr hätte allerdings weitaus größer sein können, wenn nicht große Mengen unserer Erzeugung zur Versorgung des Altreiches herangezogen worden wären. Es war nämlich 1939 infolge der guten Blüte ein vorzügliches Erntejahr. Die Ernte an Ananaserdbeeren und Johannisbeeren war derart groß, daß eigene Werbeaktionen eingeleitet wurden, in denen die Verbraucher zum Kauf größerer Mengen dieser Beerenfrüchte für Einsiedezwecke aufgefordert wurden, um ein Verderben der Ware zu verhindern. Ärgernis erregte nur in vielen Fällen die schlechte Qualifikation so ziemlich aller Obstsorten durch die einzelnen Sammelstellen. Vorzüglich war der Anfall an Zwetschken, die in derart ungeheuren Mengen auftraten, daß die Äste der Bäume abbrechen und infolge des Mangels an Arbeitskräften nicht ganz abgeerntet werden konnten.

#### Agrumen.

Die Zufuhren des Jahres 1939 betragen wesentlich mehr als im Jahre 1938. Die Vermehrung ist darauf zurückzuführen, daß fast das ganze Jahr hindurch Orangen, vorwiegend aus Spanien, das seinen Bürgerkrieg beendet hatte, angeliefert wurden. Im Frühjahr 1940 war hingegen eine Abnahme von 56.511 q zu verzeichnen, die durch den Krieg verursacht wurde.

#### Pilze.

Die Jahreszufuhr 1939 betrug 833 q, das ist um 5098 q weniger als im Vorjahr. Diese Abnahme ist auf den fast vollständigen Ausfall an Pilzen in diesem Jahre zurückzuführen. Abgesehen vom Mangel an Pflückern waren infolge der für Pilze den ganzen Sommer über andauernden ungünstigen Wetterlage Schwämme fast in keiner Gegend in größeren Mengen zu finden. Auf dem Markte langten nur geringe Mengen von Eierschwämmen und noch geringere von Herrenpilzen und auch diese nur während eines kurzen Zeitraumes ein.

#### Butter.

Die Butterzufuhren betragen 680 q. Die Abnahme gegen 1938 ist auf die kriegsmäßige Kontingentierung zurückzuführen.

#### Eier.

Die Gesamtzufuhren an Eiern betragen im Jahre 1939 7.193.000 Stück, das sind um 13.071.000 Stück weniger als im Vorjahr. Auch diese große Abnahme ist auf die Kontingentierung zurückzuführen. Aus dem Ausland langten diesmal nur im Frühjahr 1939 Kalkeier aus China ein. Im Frühjahr 1940 blieben auch diese infolge des Krieges aus.

#### Markteinrichtungen.

Auf dem ehemaligen Gärtnermarkt wurde von der Bezirksabgabestelle Wien eine Kistenauffangstelle errichtet und zu diesem Zweck das dort befindliche Waaghaus der BAST. zur Verfügung gestellt. Der Großteil der der Marktamtsabteilung Naschmarkt gehörenden Waagen wurde abgeliefert, da diese infolge des Ausbleibens der Gärtner und Marktfahrer unnötig geworden waren.

Es ergab sich die Notwendigkeit, im Marktamtsgebäude durch bauliche Umgestaltungen einen Raum zu schaffen, in dem die Sitzungen und Besprechungen mit der Preisbildungs- und Überwachungsstelle und sonstigen Funktionären abgehalten werden konnten. Diese Besprechungen fanden bisher in dem kleinen Zimmer des Abteilungsleiters statt.

#### Kassenbericht.

Die Kassengebarung des Naschmarktes wies im Jahre 1939 einen Rückgang gegenüber dem Jahr 1938 auf. Diesem Rückgang liegen verschiedene Ursachen zugrunde. So machte sich die Berufsbereinigung, der Wegfall des Gärtnermarktes und die Auflösung des Landparteienplatzes auf die Gebarung bei den Marken durch eine fühlbare Verringerung bemerkbar. Auch die Einnahmen für Dezimalwaagen (Ausleihwaagen) und Einsatzgebühren verringerten sich aus diesen Ursachen. Die Zahl der Christbaumstände war in diesem Winter ebenfalls geringer als im Vorjahr.

#### Großmarkthalle, Abteilung für Viktualien.

Durch den am 1. Jänner 1940 erfolgten Übergang der Verwaltung der Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, in die Verwaltung der Abt. II/5 wurden aus dem sonstigen Geschäftsbereich der dortigen früheren Marktamtsabteilung die Preisüberwachung, die Preisberichterstattung und die Überwachung der kriegswirtschaftlichen Vorschriften dem Marktamt Großmarkthalle, Abteilung für Viktualien, übertragen.

#### Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren.

Das Jahr 1939 brachte für die Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, grundlegende Änderungen, die zum Teil auf dem Gebiet der inneren Verwaltung, zum Teil durch den Eintritt des Kriegszustandes auf dem Gebiet der Versorgung von größter Bedeutung für die fernere Entwicklung waren.

Durch das Ende der freien Bewirtschaftung zwecks Sicherung des lebenswichtigen Bedarfes des deutschen Volkes unmittelbar vor Kriegsbeginn ergaben sich hinsichtlich der Beschickungsverhältnisse der Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, derartige Verschiebungen, daß die Vergleichszahlen nur problematischen Wert haben und der Bedeutung dieses Marktes als größtem Fleischmarkt der Ostmark keineswegs gerecht werden. Trotzdem sollen die wichtigsten Zahlen festgehalten werden, um die Wichtigkeit der Großmarkthalle auch in außergewöhnlichen Zeiten vor Augen zu führen. Im Jahre 1939 wurden in die Fleischhallen insgesamt 54,800.141 kg Fleisch und Fleischwaren eingebracht.

Unter den Einfuhrstaaten erscheint erstmalig die Slowakei auf, welche wohl nicht beträchtliche Mengen lieferte, aber in einer Zeit eines empfindlichen Kälbermangels vor Beginn der Grünfütterung hilfreich einsprang.

Auch Rumänien, das im Vorjahr aus verschiedenen Gründen kein Fleisch einfuhrte, nahm die Lieferbeziehungen wieder auf und nahm unter den Einfuhrstaaten die erste Stelle ein.

Eine ganz bedeutende Veränderung gegen das Vorjahr ergab sich in der Belieferung mit den einzelnen Fleischsorten.

Trotz Verminderung der Gesamtbelieferung um rund ein Drittel erhöhten sich die Rindfleischzufuhren um 627.180 kg, das ist um 4,61%. Einer Minderbelieferung von 598.866 kg aus dem Inland standen Mehrzufuhren im Ausmaß von 1,226.046 kg aus dem Ausland gegenüber. Die Ursache dieser Steigerung des Rindfleischkonsums trotz der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen im letzten Jahresdrittel lag zum Teil in der bewußten Umstellung von Schweinefleisch auf Rindfleisch, zum Teil in den vermehrten Rinderschlachtungen infolge der Maul- und Klauenseuche.

Die gesamte Zufuhr an Schweinefleisch verringerte sich gegen das Vorjahr um 6,682.940 kg oder 28,61%. Hierbei wurden aus dem Ausland um 427.643 kg mehr eingeführt, während das Inland um 7,110.583 kg weniger lieferte.

Die Gesamtbelieferung mit Kälbern verringerte sich gegen das Vorjahr um 58.652 Stück, das ist um 29,92%; an dem Ausfall war das Inland mit 53.497 Stück, das Ausland mit 5155 Stück beteiligt.

Bei gestochenen Schweinen (Weidner Schweine) ging die Anlieferung ganz außerordentlich, und zwar um 140.897 Stück oder 45,57% zurück. Aus dem Inland kamen um 165.185 Stück weniger; dieser Verlust wurde durch eine vermehrte Einfuhr aus dem Ausland um 24.188 Stück nur zu einem kleinen Teil wettgemacht. Gewichtsmäßig ergab sich bei den gestochenen Schweinen ein Ausfall von 15,268.163 kg.

Auch die übrigen Fleischzufuhren gingen im Berichtsjahr empfindlich zurück. Sie betragen 2,170.177 kg oder 3,96% der Gesamtzufuhren und waren um 1,158.175 kg kleiner als 1938; besonders fühlbar war der Ausfall an Rauchfleisch und Innereien, während bei Schafen, Ziegen und Kitzen ein leichter Zuwachs zu verzeichnen war.

Die bereits im Jahre 1938 begonnene Preisentwicklung in der Richtung zum Höchstpreis machte bei allen Fleischsorten Fortschritte und führte zur Angleichung der Preise an die Altreichsätze. Diese Entwicklung begann zunächst beim Erzeuger und im Großhandel, während die Kleinverteiler lange Zeit ihre Stopppreise einhalten mußten. Während nun die Kleinverteiler mit absolut hohen Stoppreisen ihr Auskommen fanden, wurde die Situation für die Verteiler mit niedrigen Stoppreisen immer unhaltbarer. Unter dem Zwange der Verhältnisse wurden nach langwierigen Verhandlungen von der Hauptvereinigung der Deutschen Viehwirtschaft mit Anordnung 10 vom 19. April 1939 zunächst Höchstpreise für Rinder- und Schweinehälften im Großhandel festgesetzt.

Bei Rindfleisch wurden für Ochsen, Färsen, Kühe und Bullen Höchstpreise in drei Güteklassen, bei Schweinefleisch ein Höchstpreis ohne Unterschied von Güteklassen festgesetzt.

Diese Maßnahme war für einen Teil der Kleinverteiler eine Erleichterung, der größere Teil konnte aber nach wie vor sein Auslangen nicht finden.

Am 28. September 1939 wurden nun mit Anordnung des Polizeipräsidenten, Preisüberwachungsstelle, Kleinhandelshöchstpreise für Rindfleisch in zwei Güteklassen und für Schweinefleisch festgesetzt und so ein stark umstrittenes Gebiet der Preisfragen zur Ruhe gebracht.

Am 13. November 1939 folgte, wieder mit Anordnung der Preisbildungsstelle, die Festsetzung der Höchstpreise für lebende Kälber und Schafe sowie für gestochene Kälber im Großhandel und gleichzeitig die Festsetzung von Kleinhandelshöchstpreisen für Kalbfleisch in zwei Güteklassen und für Schaffleisch.

Die Höchstpreise für Wurst unter gleichzeitiger Erlassung bestimmter Herstellungsvorschriften wurden bereits am 8. August 1939 festgesetzt.

Die Einführung der Deutschen Schlachtviehmarktordnung und der deutschen Fleischmarktordnung, welche im Oktober 1938 begonnen wurde, fand im Mai 1939 im allgemeinen ihren Abschluß. Mit diesem Zeitpunkt wurden die Großverteiler auf dem Fleischgroßmarkt, und zwar als Fleischagenten oder Großschlächter, vom Viehwirtschaftsverband Donauland förmlich zugelassen.

Anläßlich dieser Zulassung wurde ein Teil der bisherigen Vieh- und Fleischagenten, die auch Lebendvieh treuhändig verkauft hatten, auf den Zentralviehmarkt verwiesen, eine Anzahl zur Gänze ausgeschieden. Auch im Wege der Berufsbereinigung wurden nach und nach Großschlächter und Kleinverteiler (Fleischer und Fleischselcher) zur Auffassung ihres Geschäftsbetriebes verhalten und so ihre Anzahl verringert.

Zu Beginn des Jahres 1939 gab es in der Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, noch 22 Vieh- und Fleischkommissionäre, 64 Großschlächter und 88 Kleinverteiler.



Ende des Verwaltungsjahres, nach Durchführung obiger Maßnahmen, gab es nur mehr 14 Fleischagenten, 47 Großverteiler und 75 Kleinverteiler.

Durch die Einführung der Deutschen Fleischmarktordnung in der Ostmark hat die Marktordnung für die Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, Magistratskundmachung vom 9. November 1927, in wesentlichen Punkten ihre Bedeutung verloren. Obwohl sie formell noch aufrecht besteht, wird sie nur in jenen Punkten gehandhabt, die sich auf die Selbstverwaltung des Objekts beziehen.

Mit Beginn des Kriegszustandes im September 1939 ging die Aufgabe der Belieferung und Zuteilung von Fleisch auf den Viehwirtschaftsverband Donauland und auf die Marktgemeinschaft für Schlachtviehverwertung über.

Die reichseinheitliche Regelung der Bezugsvorschriften brachte eine empfindliche Einschränkung der zum Verkauf gelangenden Fleischmengen, aber auch an Schweine-schmalz und damit einen fühlbaren Rückgang des Geschäftsverkehrs. Mit Einführung der Kundenrayonierung und Stabilisierung der Preise wanderte auch auf dem Kleinmarkt ein ziemlich großer Hundertsatz der Käufer in die Bezirke ab, so daß die Frequenz stark nachließ.

Zu Ende des Jahres 1939 setzte auch eine Regelung des Verkaufes von Geflügel und von Fischen ein. War vorher ein ungeheurer Andrang von Käufern bei diesen Lebensmitteln die Regel, so wurde durch die Einführung der Kundenlisten dieser Zustand wesentlich verbessert. Allerdings haben die Zufuhren an Geflügel sehr stark nachgelassen und sanken die Zuteilungen in der Weihnachtswoche auf etwa 25% des Vorjahres. Der gleiche Rückgang ergab sich für Wildbret, wovon das Niederwild wie Geflügel, das Hochwild auf Grund der Reichsfleischkarte abgegeben werden darf.

Größere bauliche Arbeiten wurden im Jahre 1939 nicht durchgeführt. Zur Erhaltung der Bedachung wurden Ausbesserungsarbeiten vorgenommen und das Innendach in den Baulosen VI und VII gestrichen. Ferner wurde ein barackenähnlicher Anbau an der Stadtparkseite der Großmarkthalle, welcher als Verloaderampe für Fleisch Verwendung gefunden hatte, aus hygienischen und feuerpolizeilichen Gründen abgebrochen. Die dort untergebrachten Fuhrwerker fanden in der sogenannten Fuhrwerkerhalle und in einem Teil der frei gewordenen Verkaufsstände im Baulos Va Unterkunft. Ansonsten wurden nur laufende Ausbesserungs- und Instandsetzungsarbeiten durchgeführt.

Erwähnenswert ist auch die Schaffung einer Lautsprecheranlage zur Übermittlung wichtiger Nachrichten an die Halleparteien. Nebst einem Empfangsgerät und einer Verstärkeranlage, die in der Verwaltungskanzlei installiert sind, wurden in den einzelnen Hallenteilen insgesamt 19 Lautsprecher angebracht.

#### Zentralviehmarkt St. Marx.

Zu Beginn des Jahres 1939 traten wichtige Punkte der Anordnung 8 der Hauptvereinigung der deutschen Viehwirtschaft auf dem Zentralviehmarkt in Wirkung, so daß nach und nach Bestimmungen der Marktordnung für den Zentralviehmarkt und Usancen des Zentralviehmarktes vom Marktbeauftragten der Marktgemeinschaft St. Marx des Viehwirtschaftsverbandes im Einvernehmen mit der Marktverwaltung geändert oder außer Kraft gesetzt wurden.

Noch nicht wirksam wurden vorerst die Wertklassen-Festviehpreise, es galten noch immer die Stopppreise vom März 1938. Da aber die neueinzuführenden Verordnungspreise für die Verkäufer insbesondere bei Stieren und Kühen günstiger schienen, wurde immer wieder versucht, im Wege der Qualitätsverschlechterung die Stopppreise zu umgehen, also Preiserhöhungen vorzunehmen. Immer wieder mußte das Marktamt vermittelnd und mit Anzeigen einschreiten, ohne ganz verhindern zu können, daß eine leichte Preiserhöhung auf dem Umweg der Qualitätsverminderung allmählich eintrat. Ruhiger

wurde der Markt, als ab 3. April 1939 die Preisbestimmung der Anordnung 1 für Schlachtvieh in Kraft trat. Danach wurden sämtliche Rinder von gemischten Kommissionen (Viehhändler, Viehagent, Fleischhauer) nach Wertklassen A, B, C und D geschätzt und je nach Klassifikation zu amtlichen Festpreisen vom Fleischhauer oder Fleischselcher übernommen. Noch bestand ein Drängen nach besseren Tieren der B-Qualität, welche verhältnismäßig am preiswertesten waren. Dieser letzte Unruheanlaß wurde von der Marktgemeinschaft durch die Zuteilung jedes einzelnen Stückes an einen bestimmten Käufer abgestellt. Ähnlich verhielt es sich auf dem Schweinemarkt, wo allerdings keine Schätzungskommissionen notwendig waren, da für den Preis im allgemeinen weniger die Qualität als ein bestimmtes Gewicht (Gewichtsklasse) maßgebend war. Da die Zuteilung nicht nach Gewicht, sondern nach Stück erfolgte, war hier wieder bei dem Fleischmangel der Drang nach schweren Tieren vorherrschend und gab Anlaß zu mancher Störung.

Auf dem Jung- und Stechviehmarkt galten auch nach dem April noch weiter die Stopppreise. Die äußerst geringe Beschickung und die stürmische Nachfrage verursachten recht lebhaftere Märkte, so daß schließlich über Ersuchen des Marktamtes vom Marktbeauftragten provisorisch Zuteilungs- und Preisregelungen (Schätzungskommissionen von Viehagenten und Fleischhuern) durchgeführt wurden. In erster Linie wurden stets an jene Käufer Kälber abgegeben, die Spitalsbelieferungen nachweisen konnten. Da die Zufuhren immer belangloser wurden, veranlaßte der Marktbeauftragte ab 1. Mai 1939 die Verlegung des Jung- und Stechviehmarktes (Weidner Ware) in die Großmarkthalle, was auch für die Marktgemeinschaft eine bessere Zuteilung ermöglichte.

Kurz nach Kriegsbeginn traten die für den Mobilisierungsfall vorgesehenen kriegswirtschaftlichen Maßnahmen auf dem Gebiet der Fleischversorgung in Kraft. Danach wurden die Fleischhauer und Selcher vom direkten Einkauf von Lebendvieh ausgeschaltet und sämtliches Vieh im Zuteilungsweg der Fleischerinnung, Schweine auch einigen entsprechend eingerichteten Großschlächtern, zur Schlachtung übergeben. Diese besorgten wieder die Verteilung des anfallenden Fleisches an die Kleinverteiler im Rahmen der Rationierungsvorschriften.

Als Vorkehrung für eventuelle Fliegerangriffe wurde vom Marktbeauftragten im Einvernehmen mit der Marktverwaltung die Einteilung der Markttage mehr oder weniger aufgelassen und das ankommende Vieh nach Tunlichkeit stets sofort nach dem Ausladen gewogen, zugeteilt und zur Schlachtung abgeführt, um so eine größere Ansammlung von Vieh in den gefährdeten Ställen und Hallen zu vermeiden. Auch diente diese Maßnahme der Ersparnis von Futter- und Streumitteln. Ein Fliegerwarndienst bei Tag und Nacht wurde eingerichtet. Die Lagerräume für Getreide in den ehemaligen Schaf-, Jung- und Stechviehhallen wurden vom Militär, später vom Sicherheits- und Hilfsdienst bewacht.

Viele Schwierigkeiten hatte die Unterbringung und Betreuung der zeitweise in überaus großer Menge angelieferten Rinder (Transitanlieferung für das Altreich) verursacht, noch dazu, als fünf Stallgebäude an die Heeres-Pferdesammelstelle abgetreten werden mußten. Es war daher notwendig, daß Rinder zeitweise auch bei Kältegraden Tag und Nacht in der offenen Rinderhalle eingestallt werden mußten, noch dazu bei ungenügender Fütterung (zeitweise stand nur Futterstroh zur Verfügung) und bei ungünstigen Seuchenverhältnissen. Es kam daher zu Beschwerden von seiten der Viehbesitzer (Gewichtsverluste!) und der Tierschutzorgane. Verschärft wurde dieser unleidliche Zustand noch zur Zeit der Truppentransporte durch den Waggonmangel. Dadurch konnte das Fleisch von den Schlachthäusern nicht abtransportiert werden, die Kühlräume blieben überfüllt, die Rinder konnten nur verspätet geschlachtet werden, da für das anfallende Fleisch keine Kühlräume oder Transportmöglichkeiten zur Verfügung standen.

In der Schafhalle war wieder für die Reichsstelle Getreide der Firma Schivitz u. Co. eingelagert. Die Jung- und Stechviehhalle wurde ab 1. Mai 1939 dem Lagerhaus der Stadt Wien ebenfalls zur Getreideeinlagerung vermietet.

Neben den laufenden Reparaturen und Anschaffungen ist die Herstellung von Gefolgschaftsräumen für die Reinigungsarbeiter und eines Aufenthalts- und Kleiderablage-raumes für die Heu- und Strohbinden zu erwähnen. Die am Zentralviehmarkt anfallende, von den Markthelfern gemolkene Milch wurde im Einvernehmen mit dem Haupt-ernährungsamt und dem Milchwirtschaftsverband der Gefolgschaft der Markthelfer und dem städtischen Personal unentgeltlich überlassen. Sie muß wegen Seuchengefahr unter Aufsicht auf dem Markte gekocht und nach einem Schlüssel verteilt werden.

Das Pachtverhältnis mit dem Pächter des Marktgastrhauses wurde ab 1. Juli 1939 gelöst und ein neuer Pachtvertrag mit einem neuen Pächter abgeschlossen.

Laut Gangochsenmeldepflicht mußten ab 23. September 1939 sämtliche Gangochsen-verkäufe von Händlern Groß-Wiens dem Marktamt Zentralviehmarkt, III, St. Marx, zwecks Überwachung der Preisangemessenheit gemeldet werden.

#### Rindermarkt.

Aus dem Inland wurden im Jahre 1939 einschließlich der Kontumazanlage und der Außermarktbezüge um 15.070 Stück Rinder weniger angeliefert als im Vorjahr 1938; auch im Vorjahr war gegenüber 1937 bereits ein Minus von 1811 Stück zu verzeichnen. Diese Minderbelieferung ist vor allem in der Beschickungsänderung auf Grund der plan-wirtschaftlichen Maßnahmen, wonach die Einzugsgebiete Salzburg, teilweise Oberdonau, vom Wiener Markt abgeschaltet wurden. Die Unterbelieferung wurde auch zu Jahres-beginn teilweise dadurch verursacht, daß die Viehbesitzer Oberdonaus und Salzburgs in den näheren Altreichsgauen sowohl bezüglich der Preise als auch des Transports gün-stigere Verhältnisse fanden.

Bedeutend haben sich die Zufuhren aus dem Südostraum erhöht, was in den neuen Handelsverträgen seine Erklärung findet. Hierbei sei besonders die starke Außermarkt-beschickung des Wiener Zentralviehmarktes durch die Reichsstelle für Tiere und tierische Produkte mit Rindern aus Rumänien, Ungarn und Jugoslawien erwähnt. Letztere Bezüge kommen aber für den Wiener Verbrauch nicht in Betracht. Die Tiere werden im Auftrag der Reichsstelle in Wien nur gewogen und geschlachtet und ge-langen als Fleisch in das Altreich. Diese „Transitmarktbezüge“ stiegen von 2666 Stück im Jahre 1938 auf 49.326 Stück im Jahre 1939. Gerade die markttechnische Behandlung dieser zusätzlichen stoßweise anrollenden Zufuhren bedeutete für das gesamte Markt- und Schlachthäuserpersonal oft ziemliche Schwierigkeiten und zusätzliche Überstunden-leistung.

Die Durchschnittspreise zogen wie im Vorjahr etwas an, insbesondere aber seit In-krafttreten der höheren Wertklassenpreise im Sinne der Anordnung. Die neuen Preis-bestimmungen waren vor allem bei Stieren und Kühen für die Verkäufer günstiger, so daß ab April die Durchschnittspreise um 3 bis 10 Rpf höher lagen als in den Monaten vorher. Gegen Ende war wieder eine Ermäßigung der Durchschnittspreise zu ver-zeichnen, was aber nicht auf eine tatsächliche Verbilligung, sondern auf eine Be-schickung mit minderem Vieh zurückzuführen ist.

#### Schweinemarkt.

Die starke Minderbelieferung im Jahre 1938 aus dem Inland kam im Jahre 1939 zum Stillstand und wurde mit einem Plus von rund 7000 Stück gegenüber 1938 etwas ver-bessert. An der Mehrbeschickung ist besonders Niederdonau, das nunmehr eigentliche Einzugsgebiet für den Wiener Markt, beteiligt, während Oberdonau aus den beim Rindermarkt erwähnten Gründen weiterhin stark gegenüber 1938 unterbelieferte. Sehr

verringert haben sich die Auslandszufuhren, was hauptsächlich durch den Ausfall der polnischen Schweine verursacht wurde. Die polnischen Schweine wurden in die Grenzschlachthöfe des näher gelegenen Altreiches dirigiert und blieben Ende August 1939 wegen des Krieges gänzlich aus.

So wie bei den Rindern hat auch bei den Schweinen die Reichsstelle ihre Außermarktzufuhren für den Altreichsverbrauch bedeutend verstärkt.

Die Preise hielten sich im ersten Viertel etwas erhöht auf dem Stand des Vorjahres, stiegen aber mit Einführung der Gewichtsklassen-Richtpreise ab April um 8 bis 10 Rpf pro kg an. Im letzten Viertel kamen mehr geringgewichtige Schweine auf den Markt.

#### Jung- und Stechviehmarkt.

Der Jung- und Stechviehmarkt wurde, wie bereits erwähnt, mit der Weidner Ware ab 1. Mai 1939 in die Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, verlegt, weshalb kein richtiger Vergleich mit dem Vorjahr gezogen werden kann. Im allgemeinen war der Verkehr zufolge der geringen Beschickung stets sehr lebhaft und konnten daher Preis erhöhungen im Umwege der Qualitätsverschlechterung nicht immer verhindert werden. Die Beschickung mit lebenden Kälbern war besser als im Vorjahr, was wieder mit der Einführung der Schlachtsteuer und einer Ausgleichsabgabe für Weidner Kälber (Spesen-erhöhung bei Lieferung von Weidner Tieren) begründet erscheint. Der Viehwirtschaftsverband will eben die Produzenten zwingen, ihre Tiere möglichst lebend auf den Wiener Markt zu bringen. Ab 16. Oktober 1939 traten auch für das Stechvieh die Schlachtwertklassen-Festpreise in Kraft. Da diese Preise höher waren als die Stopp-preise vorher, belebten sich die Zufuhren nach Wien.

#### Marktbeobachtung

Neben den laufenden statistischen Arbeiten wurden in der Berichtszeit noch verschiedene andere von Zeit zu Zeit durchgeführt. So wurden die Zahlen der Geschäfte Wiens erhoben, die Flächengröße und die Ständeanzahl der Markthallen, der offenen und Straßenmärkte festgestellt, ein Verzeichnis nach Datum und Art der Märkte dem Statistischen Reichsamte in Berlin übersendet und die in Verwaltung der Gemeinde Wien, Abt. II/2, stehenden Gebäude zusammengefaßt.

Auch an der am 17. Mai 1939 durchgeführten Volks-, Berufs- und Betriebszählung nahm eine große Zahl von Marktamtsbeamten als Oberzähler und Zähler teil, es wurden aber auch durch das Amt selbst Vorarbeiten zur Erfassung der Marktstandinhaber schon vor der Zählung durchgeführt.

#### Preisüberwachung

Eine umfangreiche und wichtige Arbeitsleistung war vom Marktamt auf dem Gebiet der Preisüberwachung zu vollbringen. Die Preisüberwachung wird in Zusammenarbeit mit der Preisüberwachungsstelle durchgeführt, wobei das Marktamt nach wiederholten Feststellungen auf dem Ernährungssektor die überwiegende Zahl der Anzeigen erstattet.

Das Marktamt der Stadt Wien wurde bald nach Erlassung der Preisstoppverordnung mit der Festsetzung der Höchstpreise für einheimisches Gemüse und Obst betraut. Es ist das eine Aufgabe, der sich begreiflicherweise die größten Schwierigkeiten entgegenstellen. Gilt es doch, gleichermaßen den berechtigten Forderungen der Erzeuger, der Groß- und Kleinverteiler wie der Verbraucher gerecht zu werden, wobei noch erschwerend die Beeinflussung der Produktion durch die jeweilige Wetterlage wirkt.

Die Änderung der Verhältnisse in der Versorgungslage bedingte, wie vorauszusehen war, eine wesentliche Verschärfung der Preisüberwachung, weil die Beschränkung des Angebotes und des Bezuges stärkeren Anreiz zu überhöhten Preisforderungen gaben. Aber auch versteckte Preiserhöhungen in Form von Qualitätsverminderungen oder bei

den bald nach Kriegsbeginn in immer stärkerem Maße auftretenden neuen Ersatzmitteln mußten scharf bekämpft werden, wozu das Marktamt als Lebensmittelpolizei befähigt und berufen ist. Da der Marktkommissär in gleichem Maße Lebensmittelpolizei- und Preisüberwachungsbeamter ist, sind die für diese Kontrolle unbedingt notwendigen Voraussetzungen gegeben. Die bisher vollbrachte Arbeitsleistung ist auch als zufriedenstellend zu bezeichnen. Das Amt vermag bereits auf eine Reihe guter Erfolge hinzuweisen.

### Lebensmittelpolizei

Die Einführung des deutschen Lebensmittelgesetzes und der Durchführungsbestimmungen in der Ostmark machte eine neuerliche Schulung der Beamtenschaft notwendig, die in Form von Vorträgen und amtlichen Weisungen diesen vermittelt wurde.

Innerhalb der gesamten Lebensmittelkontrolle, welche sich nicht nur auf Lebensmittel, sondern auch auf Bedarfsgegenstände (Geschirre, Reinigungsmittel, Bekleidungsgegenstände, Spielwaren, Tapeten, Petroleum, Farben usw.) erstreckt, nimmt die Milchkontrolle einen bedeutenden Anteil. Die Kontrolle erfolgte nicht nur an Werktagen, sondern auch an Sonn- und Feiertagen. Außerdem wurden die Molkereien durch Entnahme von Milchproben aus den verschiedenen Phasen des Betriebsanges kontrolliert, so daß Mängel hinsichtlich der Reinhaltung an irgendeiner Stelle des Molkereibetriebes mit Sicherheit festgestellt und entsprechend eingestellt werden konnten. Durch die Einführung der Einrichtung der Milchsondergeschäfte und die Reduzierung der Molkereien von ungefähr 200 auf 13 konnte die Durchführung der Revisionen planmäßiger durchgeführt werden, jedoch ist wegen Verminderung der Revisionsstellen auch die Probenmenge gegenüber dem Vorjahr gesunken. Die Revisionen bei den Milchsondergeschäften mußten nach Einführung der sogenannten entrahmten Frischmilch (Magermilch) als hauptsächlichste Konsummilch so durchgeführt werden, daß nicht nur Proben von Magermilch, sondern auch von der an Bezugschein gebundenen Vollmilch gezogen werden, da sich herausstellte, daß Vollmilch mit Magermilch vermindert und Magermilch gewässert in den Handel gebracht wurde. Bei argen Verfälschungen wurde nicht allein die lebensmittelpolizeiliche Anzeige, sondern auch eine in preislicher Hinsicht erstattet. Mit besonderer Schwierigkeit waren die Revisionen der Milchsammelstellen in den eingemeindeten Bezirksteilen verbunden, weil die Erfassung und die Fahrtverbindungen zeitraubend waren.

Von den im Jahre 1939 zur Untersuchung gelangten Milchproben wurden 213 Proben, das sind 3,6%, beanstandet (gegenüber 4,68% im Vorjahr).

Von den beanstandeten Proben waren verfälscht: gewässert 139, entrahmt 37, gewässert und entrahmt 6. Gesundheitsschädlich waren: mit Soda neutralisiert 7, von euterkranken Tieren 2. Verdorben (verschmutzt) waren 7. Der Milchordnung entsprachen nicht: falsch bezeichnet 2, nicht entsprechend pasteurisiert 13.

Nach Einführung der Bestimmungen für die Durchführung aller Butterprüfungen und der Grundsätze für die Beurteilung von Butter durch die Hauptvereinigung der deutschen Milchwirtschaft im Gau Wien werden nunmehr solche Prüfungen von Butter fallweise vorgenommen, um festzustellen, ob die Ware qualitativ, unter richtiger Bezeichnung, in den Handel gebracht wird. Anschließend an die Prüfung, die ein Vertreter der Hauptvereinigung des Milch- und Fettwirtschaftsverbandes, ein Vertreter der Staatlichen Anstalt für Lebensmitteluntersuchung und ein geschulter Butterprüfer des Marktammtes vornehmen, erfolgt die chemische Untersuchung der Butter. Diese Art von Überprüfungen wird sich in der Folge auch auf Käse und Schmalz ausdehnen. Eine gesundheitlich ebenso bedeutungsvolle Kontrolle ist auch die Pilzbeschau, welche auf allen Wiener Märkten während der Pilzzeit täglich durchgeführt wird. Aber auch privaten Pilzsammlern werden Pilze kostenlos begutachtet. Gesundheitsschädliche und verdorbene Waren werden außer Verkehr gesetzt und beschlagnahmt. Im Interesse des in

Kriegszeiten besonders gebotenen Kampfes gegen den Verderb wurde von der Oberstaatsanwaltschaft dem Marktamt die Möglichkeit einer sofortigen Verwertung von beschlagnahmten Waren noch vor Vorliegen gerichtlicher Einziehungserkenntnisse gegeben. Außerdem obliegt den Marktkommissären als Unterstützung der Polizeibehörden die Aufgabe, die Begutachtung der Waren durchzuführen, welche durch die Polizeibehörde beschlagnahmt wurden. Auch mußten Begutachtungen über Warenlager vorgenommen werden in Geschäften, welche in Liquidation standen (Judengeschäfte). Weiter wurden Beschlagnahme und Überprüfung von angehäuften Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen vorgenommen und diese einer Verwertung zugeführt. Ständige Kontrollen in den Humanitätsanstalten, insbesondere die Überwachung der Lebensmittelager dieser Anstalten wurden durchgeführt. Im Laufe des Jahres 1939 wurden gelegentlich der lebensmittelpolizeilichen Revisionen 9221 Lebensmittelproben und 5728 Milchproben untersucht. Unter diesen Lebensmittelproben waren eine Menge Ersatzmittel von Gewürzen, Teesorten und Seifen. Bei den letztgenannten Proben handelt es sich hauptsächlich um minderwertige Fabrikate, welche zu hohen Preisen angeboten wurden, wogegen die Preisanzeige erstattet wurde.

#### Eichpolizeilicher Überwachungsdiens t

Durch die Kundmachung des Reichskommissars für die Wiedervereinigung, Gesetzblatt für das Land Österreich vom 13. September 1939, Nr. 1084, wurde das Maß- und Eichrecht des Altreiches in der Ostmark eingesetzt und mußten die Bestimmungen des Eichrechtes gerade in Kriegszeiten besonders scharf überwacht werden, da gerade jetzt die Kunde das unbedingte Vertrauen haben muß, ein gerechtes Maß und Gewicht zu erhalten.

Anlässlich der Kontrollen wurde darauf gesehen, daß die Meßgeräte im öffentlichen Verkehr vorschriftsmäßig nachgeeicht waren, daß die Maß- und Gewichtsgeräte in den Verkaufsstellen vollkommen frei und übersichtlich aufgestellt wurden, daß die Meßgeräte waagrecht nach Augenmaß auf fester Unterlage stehen und, falls mit Lot oder Wasserwaage versehen, nach dieser eingestellt waren, daß jede Waage in offener Verkaufsstelle bei Nichtbenützung unbelastet war und vor den Augen des Kunden einspielte und Waagen, Gewichte und alle sonstigen Meßgeräte dauernd in sauberem Zustand gehalten wurden.

#### Gewerbepolizeilicher Außendienst

Eine neue und sehr umfangreiche Aufgabe brachte für das Marktamt die in die Berichtszeit fallende Berufsbereinigung, anlässlich der Tausende von Betrieben stillgelegt wurden, mit sich. Das Marktamt wurde nicht nur zu den verschiedenen Vorbesprechungen mit den Vertretern des Handels eingeladen, sondern hatte auch die Schließung der stillgelegten Geschäfte durchzuführen und zu überwachen.

#### Straßenstände

Nach der neuen Geschäftseinteilung wurde die Vergebung und Entziehung von Straßenständen vom Besonderen Stadtamt III an die Bezirkshauptmannschaften übertragen und die Marktamtsabteilungen mit dieser Agende beauftragt. Praktisch werden diese Agenden im Einvernehmen mit dem Hauptverwaltungs- und Organisationsamt weiter zentral durchgeführt und die fertig bearbeiteten Akten dem Abteilungsleiter zur Kenntnisnahme und Fertigung übermittelt. Eine Dezentralisierung wurde wegen der hiedurch bedingten unterschiedlichen Behandlung nicht vorgenommen.

Die Anzahl der Straßenstände wurde in der Berichtszeit durch Abbau und Verzicht um 114 vermindert, so daß in Wien nur mehr 648 Straßenstände auf öffentlichem Grund aufstellung nehmen.

In der Berichtszeit wurden auf Drängen der Verkehrspolizei alle in der Simmeringer Hauptstraße vor den Toren des Zentralfriedhofes und Krematoriums gelegenen Jahresstände auf die Plätze vor diesen Toren verlegt. Diese Verlegung bedingte zahlreiche Augenscheinsverhandlungen und Amtsbesprechungen, um eine Befriedigung der Standinhaber herbeizuführen und deren Verkaufsmöglichkeiten zu sichern.

### Überschwemmungsangelegenheiten

Anlässlich des Eisstoßes der Donau Anfang März 1940 mußte in einer Reihe von Exposituren durch Marktamtsbeamte der Dienst aufgenommen werden, der allerdings infolge des raschen Abganges des Eisstoßes nur kurze Zeit dauerte. Trotzdem mußten in Klosterneuburg eine große Anzahl von am Donauufer Wohnenden delogiert und gepflegt werden. Auch Tiere wurden evakuiert und in Notstallungen untergebracht und dort gepflegt.

### Lebensmittelkundliche Aufklärung

Der ursprünglich auf zwei Monate beschränkte Lebensmittelpolizeikurs wurde bei der ab März 1939 abgehaltenen Vortragsreihe auf drei Monate ausgedehnt. Die Hörer wurden von der Leitung des Marktamtes dadurch unterstützt, daß im Marktamt für die Hörer eine Skriptensammlung verfaßt wurde, die aus drei Teilen besteht, nämlich aus allgemeiner Lebensmittelkunde, aus Botanik und aus Fleischhygiene.

Große Unterstützung findet die Beamtenschaft in der Vermittlung des Wissens und Könnens auch in der reichhaltigen Schausammlung des Marktamtes, in der Bibliothek und im Laboratorium. Dieses wurde so weit ausgestaltet, daß es möglich ist, Untersuchungen, vornehmlich für die Abteilung für Beschaffungsangelegenheiten, aber auch Vorproben und Informationsuntersuchungen für preispolizeiliche Anzeigen vorzunehmen. Die Schaustellung ist nicht nur für Marktkommissäre, sondern auch für die Allgemeinheit zugänglich.

Von der Wehrkreisverwaltung XVII wurde an die Leitung des Marktamtes das Ersuchen gestellt, eine Lehrkraft für Ernährungslehre, Nahrungsmittelchemie, Lebensmittelverfälschungen, Technologie und Truppenverpflegung zur Verfügung zu stellen. Diesem Ersuchen wurde entsprochen.

### Sozialpolizeiliche Überwachung

Dem Marktamt oblag schon von jeher die Überwachung der Einhaltung der vielen auf dem Gebiete des Ladenschlusses und auch der Sonn- und Feiertagsruhe bestehenden Vorschriften. Während nun vor Kriegsausbruch die Tendenz der Geschäftsleute war, die Geschäfte zum Nachteil der Arbeitnehmer ins unendliche offen zu halten, gingen infolge der durch den Krieg bedingten Warenknappheit die Geschäftsinhaber dazu über, ihre Geschäfte möglichst gesperrt zu halten.

Diesen Bestrebungen wurde durch die Anordnung des Reichskommissars für die Wiedervereinigung (Verordnungsblatt für den Reichsgau Wien, 14. Stück vom 30. Dezember 1939) ein Riegel vorgeschoben. In dieser Anordnung wurden neben Festsetzung von bestimmten Stunden für die Mittagssperre der Geschäfte Stunden bestimmt, in denen die Geschäfte offen gehalten werden müssen.

Der Verkauf von Waren an Juden außerhalb der für diese durch behördliche Anordnung festgesetzten Einkaufszeiten wurde in der gleichen Anordnung unter Strafsanktion gestellt; auch dürfen nach dieser Weisung im Lebensmittelhandel Waren an Juden nicht zugestellt werden.

Die Überwachung aller dieser Bestimmungen oblag dem Marktamt.

## Landeskultur

Dem Marktamt obliegt die Überwachung eines Teiles der Naturschutzbestimmungen, insbesondere des Pflanzenschutzes. Während das Reichsnaturschutzgesetz durch die Kundmachung des Reichsstatthalters in Österreich, Gesetzblatt für das Land Österreich vom 2. März 1939, 49. Stück, in Kraft gesetzt wurde, blieben auch weiterhin die im Lande Österreich bestehenden landesrechtlichen Bestimmungen in Kraft. Außerdem obliegt die Handhabung des Reichsjagdgesetzes, insofern die Wildverkehrsordnung in Betracht kommt, dem Marktamt der Stadt Wien. Im Rahmen dieses Auftrages hat das Marktamt die von den Wildbrethändlern zu führenden Wildhandelsbücher zu beglaubigen, ferner die Führung dieser Bücher, aber auch die Anbringung der Wildursprungsscheine am Schalenwild zu überwachen. Durch das Marktamt sind auch amtliche Plombierungen vorzunehmen, wenn Ursprungsscheine beim Schalenwildbret fehlen, wenn Teile von Schalenwildbret außerhalb des Gemeindebezirkes gebracht werden sollen oder Wild während der Schonzeit aufbewahrt oder verkauft werden soll. Die Betrauung mit diesen Landeskulturanangelegenheiten brachte in der Berichtszeit für das Marktamt eine Fülle von Arbeit.

## Rechnungsgebarung

Mit 1. Jänner 1940 wurden die Rechnungsgeschäfte anweisender Natur von der Abt. II/4 an die Abt. II/2, Marktamt, übergeben.

## Sonderaufgaben der Marktverwaltung

Die Abteilung des Sonderbeauftragten für das gesamte Marktwesen wurde im Rahmen der Hauptabteilung II am 17. Jänner 1940 eingerichtet. Für die Tätigkeit wurden bereitgestellt: der Leiter der Abteilung (TOA.-Angestellter), ferner ein Beamter des mittleren Dienstes und drei weitere TOA.-Angestellte.

Die Abteilung wurde geschaffen, um Sonderaufgaben innerhalb der Gemeindeverwaltung, die Ernährungsfragen betreffen, zu bearbeiten.

Die erste Aufgabe war, auf dem Gebiet der Obst- und Gemüseverbrauchslenkung einen Weg zu finden, der eine gerechte Verteilung gewährleistet. Die Zeit bis zum 31. März 1940 war mit Beschaffung der notwendigen Unterlagen und dem Studium dieses äußerst schwierigen Gebietes ausgefüllt. Durch die Initiative des Abteilungsleiters wurde eine Reorganisation der Bezirksabgabestelle Wien in die Wege geleitet. Außerdem wurde durch seinen Einfluß die Notwendigkeit bewiesen, mit der gesamten Verbrauchslenkung von Obst und Gemüse eine eigens hierfür geschaffene Stelle zu betrauen. Beide Vorarbeiten führten nach dem 31. März 1940 zu einem vollen Erfolg.

## Wirtschaftsförderung

Die Abt. II/3, Wirtschaftsförderungsstelle, ist formell am 1. August 1939 eingerichtet worden. Tatsächlich hat sie ihre Tätigkeit erst mit Kriegsbeginn, am 1. September 1939, aufgenommen.

Personalbesetzung vom 1. bis 30. September 1939: der Leiter allein; vom 1. Oktober bis 30. November 1939: der Leiter, eine Stenotypistin; vom 1. Dezember 1939, da geeignete Kräfte in der Gemeindeverwaltung nicht greifbar waren, Hinzutritt eines Verwaltungsbeamten des gehobenen Dienstes, abgeordnet vom Dorotheum, als Sachbearbeiter für Verwaltungsfragen; vom 15. März 1940 ferner Hinzutritt eines Sachbearbeiters für die Angelegenheiten der freien Wirtschaft.

Die Kanzleisachen werden von der Kanzlei der Abt. II/1 mitbesorgt.



Wie der Name besagt, soll die Abt. II/3 die Wirtschaft am Platze Wien fördern. Sie hat deshalb weder selbst Wirtschaft zu machen, das heißt z. B. Industrien aufzubauen, noch darf sie sich im Rahmen der weit ausgreifenden Förderungsmöglichkeiten auf irgendeine Arbeit auf dem Gebiet der Verwaltung stürzen, welche bereits von einer anderen einschlägig bestimmten Stelle geleistet wird.

Die Abt. II/3 ist, nach ihrer Entstehungsgeschichte, hervorgegangen aus der Abt. BfA. — Der Beauftragte für Außenhandelsfragen im Stabe des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich —, dessen geschäftsführender ständiger Stellvertreter der heutige Abteilungsleiter II/3 vor Aufnahme der Tätigkeit in der Gemeinde war. Ein Teil des Programms der Abt. II/3 und des Arbeitsinhaltes sind aus diesem Zusammenhang bestimmt, nämlich in der Sachbearbeitung in demjenigen Teil der wirtschaftspolitischen Fragen der Stadt und des Platzes Wien, der sich über die kommunalen Grenzen und über die geläufige binnenwirtschaftliche Verflechtung der Stadt mit dem benachbarten ostmärkischen Gebiet hinauserstreckt auf die Südoststaaten als das neue Planungsgebiet und auf die westliche Hälfte der Erde als das alte Absatzgebiet des Wiener Mode- und Geschmacksgewerbes. Dies sind Fragen, die im Reichsgau Wien, als dem deutschen Millionenvorort an der Slawengrenze, ebenso ihre Rolle spielen wie in Hamburg, dem deutschen Tor nach Übersee.

### Heranziehung von Firmen

#### Ein- und Ausfuhrhandelsfirmen.

Wien hatte nach dem Schrumpfungsvorgang von 1918 bis 1938 fast keine selbständigen Handelsfirmen mehr, welche sich ausschließlich mit Ein- oder Ausfuhr befaßten. Die Einfuhr wurde von Binnengroßhandelsfirmen, die Ausfuhr von meist jüdischen Kommissionären oder, wie z. B. in der Mode- und Geschmackswirtschaft, von den Erzeugern direkt wahrgenommen. Dieses System konnte der straffen, devisenwirtschaftlichen Steuerung des Reiches nicht genügen, erst recht aber nicht den neuen Möglichkeiten, Wien in den Südostverkehr des Reiches einzuschalten. Es fehlte an Kapital und persönlicher Initiative. Die vom Reichskommissar beauftragte Abteilung Außenhandel der Wirtschaftskammer Wien hatte deshalb 1939 eine Werbeaktion unternommen, in deren Verlauf 10 bis 15 namhafte Firmen, meist aus Hamburg und Bremen, zum Teil unter Benutzung vorhandener Ansätze, eine Niederlassung in Wien eröffneten. Die Mehrzahl dieser Firmen war bis Kriegsausbruch nur unter der Bedingung nach Wien zu ziehen, daß von hier aus auf dem Wege über das Reichswirtschaftsministerium ihre zusätzliche Einschaltung in die Einfuhrkontingente der Reichsstellen (Überwachungsstellen) ermöglicht wurde. Das Reichswirtschaftsministerium, Hauptabteilung III, hat dies am 7. Juli 1939 in erheblichem Umfang zugestanden, sich aber eine Kontrolle der Ausfuhrleistungen der Firmen ausbedungen, die vom Reichskommissar auf den Leiter der Abt. II/3 übertragen wurde.

Mit Kriegsausbruch am 1. September 1939 hat die Abt. II/3 hier am Platz, in Berlin, Hamburg, Bremen eindringlich auf die Erfordernisse und Möglichkeiten der neuen Konzentration des deutschen Balkanverkehrs über Wien hingewiesen, unter anderem mit dem Erfolg, daß jetzt ein lebhaftes Interesse, insbesondere der brachliegenden Übersee-handels- und Industriefirmen, ja sogar von bisher außenhandelsfremden Firmen wach wurde. Verhandelt wurde mit dem Präses der Industrie- und Handelskammer Hamburg. Mit dem Gauwirtschaftsberater von Hamburg wurde laufende Verbindung unterhalten. Auch mit dem Rußlandausschuß der deutschen Wirtschaft in Berlin wurde Fühlung genommen, um Wien eine Beteiligung an dem sich entwickelnden Verkehr aus Südrußland zu verschaffen. Zwischen der Abteilung Außenhandel der Wirtschaftskammer Wien und der Abt. II/3, Wirtschaftsförderungsstelle, wurde die Sachbearbeitung auf diesem Gebiet aufgeteilt. Die laufenden Geschäfte besorgt die Abteilung Außenhandel. Die

Abt. II/3 leistet Hilfe teils hier, teils in Berlin oder an dritten Plätzen. Die Mitarbeit des Abteilungsleiters im Gauwirtschaftsamt wirkt sich hiebei sehr förderlich aus.

Das seit Kriegsausbruch verstärkte deutsche Balkaninteresse hat nach der Hauptabteilung III im Februar 1940 auch die Hauptabteilung V des Reichswirtschaftsministeriums (Außenhandel) veranlaßt, an der gemeinsamen Arbeit der Abt. II/3 und der Wirtschaftskammer Interesse zu nehmen und mit den Wiener Stellen Fragen der Balkanplanung zu erörtern. Mit der benachbarten Slowakei wird laufend Fühlung gehalten; Firmenniederlassungen sind veranlaßt, neue Arbeitsplätze werden ausgemacht.

#### Sonstige Handelsbetriebe.

Auf Grund einer Werbeaktion errichtete unter anderem eine der größten europäischen Werkzeugmaschinen-Handelsfirmen (Sitz Stuttgart) eine Wiener Niederlassung und unterhält nach Einflußnahme der Abt. II/3 hier eine ständige Ausstellung der neuesten Werkzeugmaschinen, die sich ja nicht einfach zur Vorführung transportieren lassen. Die ständige Ausstellung soll Balkaninteressenten nach Wien ziehen. Die Höhe der zusätzlich von Wien aus hereingebrachten Balkanaufträge betrug schon im ersten Jahr einige Millionen Reichsmark.

Mitte September 1939 kam ein Berliner Warenhaus zur Abt. II/3 um Beratung wegen des Planes, einen Betrag von mehreren Millionen Reichsmark seines unbeschäftigten Kapitals in ein neues Balkangeschäft zu stecken, mit Wien als Startplatz und erstem Einkaufsplatz für seine Ausfuhr. Die Abt. II/3 hat den wohldurchdachten Plan besprochen und ihm zugestimmt. Das Geschäft in Wien führt jetzt eine unter Vermittlung der Abteilung II/3 gekaufte und umbenannte Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Auch das Reichswirtschaftsministerium, dem die hiesige Stellungnahme mitgeteilt wurde, hat zugestimmt und hat den sehr hohen Betrag von 5 Millionen RM zum Kapitaltransfer für die Institutionen freigegeben. Die Abt. II/3 soll auch Wiener Partner, insbesondere aus der Mode- und Geschmackswirtschaft, für die geplante Errichtung von je vier Einzelhandelsgeschäften an vier oder fünf Balkanhauptplätzen nennen, um die Wiener Firmen auch warenmäßig zu beteiligen.

#### Industriebetriebe.

Die abgelaufene Zeit der Kriegskrisen und die erste Kriegszeit konnte der Ansetzung neuer industrieller Betriebe — von staatlichen oder halbstaatlichen Rüstungsbetrieben abgesehen — nicht günstig sein, allein schon wegen der Baubeschränkungen. Altreichsdeutsche Interessenten für den Aufbau von Mühlenbetrieben in Wien, für welche auch hier Interesse hätte bestehen müssen, sind 1938 abgewiesen worden.

Zur Erörterung standen Projekte von Ölmühlen und Ölextraktionsbetrieben. Die Errichtung solcher Anlagen in Wien ist abhängig von der Erhöhung der Rohstoffmenge (Ölsaaten, insbesondere Sojabohnen), die der Balkan dem Reich zur Verfügung stellt. Bisher gingen diese Rohstoffmengen den Altreichsdeutschen Verarbeitern zu. Die Abt. II/3 hat, durch die Vertretung Wiens in Berlin veranlaßt, Verhandlungen mit dem Reichsernährungsministerium eingeleitet. Das Reichsernährungsministerium hat speziell für die Auswertung von Sojaschrot für die menschliche Ernährung Interesse, aber die eigenen Versuche des Reichsernährungsministeriums sind noch nicht so weit gediehen, daß es sich in der Lage sähe, eine Entscheidung über die Rohstoffzuteilung und dergleichen zu treffen.

Erhebliches Interesse beansprucht die Obst- und Gemüsekonservierung, sei es durch Kochen, sei es durch Trocknung, sei es durch Gefrierung.

Auf dem Gebiet der freien Wirtschaft ist nur ein Unternehmen nach Wien gekommen, das im Rahmen des Hafenausbaues auf dem Gelände der alten kleinen Wagnerschen Werft im Winterhafen eine neue, größere Werft errichten will. Die Abt. II/3 hat auf den Vertragsabschluß Einfluß genommen.

### Banken.

Die Abt. II/3 pflegt auch die Verbindung mit den Wiener Großbanken. So hat die Creditanstalt-Bankverein von sich aus in ihren Außenhandelsinteressen mit der Abt. II/3 Verbindung gesucht und diese wegen Intervention bei der Devisenstelle in Anspruch genommen. Der Charakter Wiens einerseits als Stadt der Mode- und Geschmackswirtschaft, andererseits als Stadt des Außenhandels — in beiden Fällen mit einer betont persönlichen Art von Unternehmertum — macht in Wien noch mehr als z. B. in Hamburg auch ein leistungsfähiges Privatbankgewerbe notwendig, mit seiner mehr persönlichen Einstellung zum Bankkunden. Die Abt. II/3 hat sich deshalb auch in dieser Richtung umgesehen und hat mit einigen Bankiers Fühlung genommen.

### Verkehrsbetriebe.

Standortmäßig hat Wien weder selbst eine nennenswerte Rohstoffgrundlage, wie z. B. Essen, noch ein rohstoffmäßig besonders interessantes Hinterland, wie z. B. Duisburg, noch die naturgegebene Verkehrslage eines Seeumschlaghafens. Wien muß deshalb wirtschaftlich so anziehend gemacht werden, daß die Kaufleute beiderseits der Reichsgrenze einen Anreiz darin finden, gerade von Wien aus ihre Geschäfte zu machen. Erleichtert wird diese Aufgabe durch einen Grundstock leistungsfähiger Spediteure, die durch ihr Wirken selbst solche Kunden veranlassen können, über Wien zu verfrachten, die nach der Tariflage billiger an Wien vorbeigehen würden (Prag—Wien—Triest, statt Prag—Linz—Triest; Leipzig—Wien—Agram, statt Leipzig—Salzburg—Agram, usw.). Zur Zeit bewirbt sich eine der tüchtigsten altreichsdeutschen Speditionsfirmen in Bremen mit mehreren Niederlassungen und mit einem modernen Lastkraftwagenbestand von 46 Wagen allein in Wien um Erweiterung ihrer Gewerbeberechtigung zur Aufnahme des Südostverkehrs von Wien aus. Wien hat, ohne Rücksicht auf Firma und Inhaber, ein ausgeprägtes Interesse daran, die Zahl seiner leistungsfähigen Spediteure zu erhöhen. Die tüchtigen Spediteure sind es ja auch, welche auf die Tarifgebarung von Reichsbahn, Reichskraftwagenverkehr und Binnenschifffahrt am nachhaltigsten Einfluß nehmen können.

### Erhaltung und Ausbau der bestehenden Wiener Wirtschaft

Die Wiener Mode- und Geschmackswirtschaft ist das kostbarste Wiener Wirtschaftsgut, weil auf ihr seit 100 Jahren der wirtschaftliche Weltruf von Wien beruht hat. Seit 1938 steht sie in einer Krise. Die Wiener Mode- und Geschmacksindustrie, ihre Arisierung, ihre Neugründung war auch das heikelste Außenhandelsgebiet, mit dem der Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich sich zu beschäftigen hatte. Auch die Abt. II/3 sieht dieses Gebiet als das zugleich am meisten pflegebedürftige und förderungswürdige an. Sie hat aus der früheren Tätigkeit des Abteilungsleiters als Urheber der Exportkredithilfeaktion im Rahmen des Reichskreditausschusses einen Bestand von zirka zwanzig Erzeugerfirmen übernommen. Unter ihnen sind einer der beiden großen Wiener Modeverlage, Firmen der Haute Couture, Jerseyhersteller, die zwei bekanntesten Schal- und Tüchererzeuger, Konfektionäre, Stricker, Lederwarenerzeuger, ein Tabakpfeifenetuiexporteur, ein Stahlwarenexporteur und andere. Diese Firmen bemühen die Abt. II/3 in Kontingentfragen, Steuerfragen, Kreditangelegenheiten, Mietfragen. Der Krieg veranlaßte die Abt. II/3, dafür zu sorgen, daß diese Firmen — einmal vom Reich als stützungswürdig ausgewählt — nun auch in die Kriegsauslese hineinkamen und sich umstellten, jedenfalls nicht stillgelegt wurden. Zu ihrer Erhaltung und Umstellung auf die Kriegswirtschaft — mit Rücksicht allein auf den drohenden Verlust der Facharbeiterschaft, bei ohnehin geringem Nachwuchs — hat die Abt. II/3 noch im September 1939 von Präsident Kehrl, Reichswirtschaftsministerium, Zusatzdarlehen aus den Mitteln der Reichskredithilfe beantragt und zugesagt erhalten. Sie brauchten nicht in Anspruch genommen werden, da die Kriegswirtschaft im ersten

Vierteljahr des Krieges lockerer blieb, als erwartet, die Firmen bei vernünftiger Gebarung selbst Mittel fanden, um die Umstellung planmäßig durchzuführen.

Auch mit dem Verein „Haus der Mode in Wien“, an dessen Errichtung der Abteilungsleiter Anteil hatte und dessen Subvention auf den Haushaltsplan der Abt. II/3 gesetzt wurde, hatte die Abt. II/3 ständig Verbindung.

Auf dem Umweg über die Verbindungsstelle der Reichsstellen in Wien mußte die Abt. II/3 in die kriegsmäßige Umstellung der Wiener Feinlederwarenerzeuger (Taschner) eingreifen. Die stark handwerksmäßige Aufsplitterung dieses Gewerbezweiges in Wien gegenüber jenen Voraussetzungen, welche die zuständige Reichsstelle für Leder von der entsprechenden Offenbacher Lederindustrie gewohnt war, bereitete der Reichsstelle viele Sorgen und führte praktisch nahezu eine völlige Stockung in der Rohstoffversorgung auf dem Ledergebiet in Wien herbei. Die Abt. II/3 veranlaßte einerseits hier die notwendige Auslese der Firmen, bewog andererseits die Reichsstelle Leder zu einer vorläufigen Ausnahmeregelung, mit der ein Sonderbeauftragter hier an Ort und Stelle diesem gefährdeten Gewerbezweig Erleichterung verschafft hat. Die Wiener Mode- und Geschmackswirtschaft bedarf der Exportlegitimation trotz der Kriegshindernisse in besonderem Maße, weil die Zuteilung wertvoller Rohstoffe ausschließlich an die Ausfuhr geknüpft ist. Die Verarbeitung erstklassiger Rohstoffe ist aber eine naheliegende Vorbedingung für erstklassige handwerkliche Leistung und für die Erhaltung der handwerklichen Fertigkeiten.

Die Schlüsselstellung auf dem Gebiet der behördlichen Exportpflege haben nun die sogenannten Prüfungsstellen für das Zusatzausfuhrverfahren, welche die verwickelten, häufig geänderten Richtlinien für die Ausfuhrförderung handhaben. Die Mehrzahl dieser Prüfungsstellen hatten 1938/39 spezielle Beauftragte nach Wien abgeordnet, um den besonderen Verhältnissen und der geographischen Entfernung Ostmark—Altreich gerecht zu werden. Diese Beauftragtenstellen, welche nach der Eingliederung erst des Sudetengebietes, dann des Protektorats rasch wieder aufgelöst wurden, haben sich auf dem Gebiet der Mode- und Geschmackswirtschaft mit ihren komplizierten Voraussetzungen, mit ihren Klein- und Mittelbetrieben und ihrem Zwang zu saisonbedingter Elastizität auch in Wien als wichtige Schlüsselstellungen erwiesen, von denen aus mit kleinstem Aufwand ein hoher Erfolg zu erzielen ist. Der Beauftragte der Prüfungsstelle Bekleidungsindustrie in Wien ist geblieben. Die Abt. II/3 trat nun entsprechend mit dem Reichsbeauftragten der Prüfungsstelle und Leiter der Wirtschaftsgruppe Textilindustrie in Berlin in Verbindung, um für die benachteiligten Wirk- und Strickwarenerzeuger neuerdings eine ähnliche Erleichterung schaffen zu lassen.

#### Hafenangelegenheiten, Schifffahrt.

Im September 1939 wurde der Leiter der Abt. II/3 zum Mitglied der Hafenkommision bestellt, der die Bearbeitung der Hafenwirtschaftsfragen — neben den Hafenbaufragen, die die Hauptabteilung IV, Bauwesen, bearbeitet — oblag. Die Geschäftsführung und die Initiative sollte beim Direktor der Lagerhäuser der Stadt Wien liegen, der mit dem Abteilungsleiter II/3 Fühlung halten sollte. Die Zusammenarbeit, die sich auf Fragen der Planung, des Baues, der Materialbeschaffung, Arbeiterbeschaffung, Abschluß von Pachtverträgen mit Grundstückinteressenten und dergleichen erstreckte, hat sich nur bedingt bewährt. Eine Neueinteilung der Geschäfte, die jetzt allseits als notwendig erkannt ist, ist im Zusammenhang mit der Vorbereitung für die Zusammenfassung der Hafen- und Lagerhausinteressen als Gesamtbetrieb in der Eigenbetriebsform der Deutschen Gemeindeordnung eingeleitet. Die Abt. II/3 hat auf den Entwurf der Satzung wiederholt eingewirkt, um den Einfluß der Hoheitsverwaltung auf die künftige Führung des Betriebes und die Geschäftsverteilung sicherzustellen, ohne Beeinträchtigung der Elastizität der Geschäftsführung. Mit der Hauptabteilung IV, Bauwesen, mit der Abt. HVO. 3/II-Zivilrechts-

abteilung, mit der Wasserstraßendirektion, der Landesplanungsbehörde, dem Reichsverkehrsministerium usw. fanden mehrfach Besprechungen statt, an denen die Abt. II/3 beteiligt war. Sofort nach Kriegsausbruch, mit Beginn der verstärkten Hereinnahme von Balkanimporten hat die Abt. II/3 — unabhängig von ihr auch die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft Wien mit besonderem Erfolg — ihre Aufmerksamkeit der kriegsmäßigen Ergänzung der technischen Umschlagseinrichtungen zugewandt, der Beschaffung von Kränen, Elevatoren, der Bereitstellung zusätzlicher Lagerräume, der Erweiterung der Eisenbahnanlagen usw. Das Reichsverkehrsministerium beteiligte sich hieran mit dem Ergebnis, daß nach mannigfachen vergeblichen Versuchen am Rhein, in den Nordsee- und in den Ostseehäfen wenigstens die DDSG. fünf Kranbrücken und zwei Saug-elevatoren erhielt. Über Auftrag des Beigeordneten der Hauptabteilung II befaßte sich die Abt. II/3 auch mit dem Projekt eines Elbe-Donau-Kanals, das der Oberbürgermeister von Magdeburg, Dr. Markmann, hier bei einem persönlichen Besuch vorbrachte und für das er die Unterstützung von Wien erfragen wollte. Ein Elbe-Donau-Kanal ist viel weniger interessant als der Donau-Oder-Kanal, der die Verbindung mit dem oberschlesischen Steinkohlegebiet herstellt. Die Beteiligung Wiens an einer solchen Diskussion ist derzeit unzweckmäßig, weil sie höchstens das Donau-Oder-Kanal-Projekt wieder in Frage stellen könnte. Auch für den Ausbau der Donau im Stadtgebiet Wiens, für die Hochwasserregulierung, den Hafenausbau, die Uferverschönerung leistete die Abt. II/3 Vorarbeiten. Das Brandlsche Projekt des Donau-Vorland-Kanals fand hiebei neuerdings Interesse. Um einen Vergleich zu haben, besichtigte der Abteilungsleiter im Dezember vorigen Jahres den neuen Donauhafen, einschließlich des Freihafens 4 Kilometer unterhalb von Budapest. Die Donau ist bei Budapest nicht mehr Bergwasser, sondern Flachlandstrom. Es konnte deshalb von Budapest aus vor einigen Jahren ein Donau-See-Direktverkehr eingerichtet werden. Vier bis sechs kombinierte Fluß- und Seedampfer von 800 bis 1000 Tonnen vermitteln von dort aus einen Direktverkehr nach dem Schwarzen Meer und nach dem Mittelmeer, und zwar mit ausreichendem wirtschaftlichen Erfolg. Diese Möglichkeit wäre erst recht für Wien interessant, teils im Interesse der deutschen Devisenwirtschaft, welche gern den kostspieligen Umschlag in Rumänien vermeidet, teils im Hinblick auf die russischen Verkehrsprobleme und die Möglichkeit eines direkten Verkehrs von Wien über das Schwarze Meer z. B. durch den Dnjepr aufwärts oder über die Kanalverbindung zur Wolga ins Kaspische Meer. Diese Möglichkeit ist insbesondere für hochwertige Güter, Stückgüter und dergleichen, interessant, müßte unter den heutigen Fahrwasserverhältnissen aber erst erprobt werden, wozu der Krieg vorläufig aber keine Möglichkeit gibt.

Im Zusammenhang mit den Projekten über Nahrungsmittelkonservierung hat die Abt. II/3 an anderer Stelle die Anregung zum Bau von Kühldampfern gegeben, um Frischfische aus dem Schwarzen Meer, aber auch gefrorenes bulgarisches Gemüse nach Wien zu bringen.

#### Wiener Messe.

Mit der Leitung der Messe AG. steht die Abt. II/3 ebenfalls in Verbindung. Sie erhält die an die Hauptabteilung II gesandten Berichte der ausländischen Messevertreter. Darüber hinaus hat die Abt. II/3 insbesondere in zwei Fragen mit der Leitung der Messe AG. Fühlung genommen. Die eine Frage ist die Ausgestaltung der Wiener Messe selbst. Das Stichwort „Südostmesse“ wirkt zu wenig, Breslau hat dasselbe in Anspruch genommen. Tatsache aber ist, daß die Balkaneinkäufer sich längst an Leipzig gewöhnt haben und Wien höchstens mitnehmen. Die Wiener Messe müßte in Jahren und Jahrzehnten erst Leipzig den Rang ablaufen, um die interessante Zentralmesse zu werden, welche die Balkaneinkäufer in Leipzig finden. Dann aber könnte die Wiener Messe nicht mehr die betonte Südostausrichtung behaupten. Trotzdem lassen sich die Ausstellungsmöglich-

keiten in Wien mit Richtung auf den Südosten noch sehr gut ausbauen. Wien muß die internationale Geschmacksmesse werden, entsprechend dem internationalen Ruf der Stadt. Dazu müssen alle messefähigen Geschmackserzeugnisse aus Europa und der übrigen Welt herbeigezogen werden, von der Kosmetik bis zur Architektur, und dies in einer betont gehobenen Form der Messe (Pavillons, gleichzeitige Kunstausstellungen, Kunstwochen, modische Vorführungen, aber nicht auf der Messe, sondern bei den Erzeugerfirmen, ausländische Trachtenschauen und dergleichen). Daneben kann der Teil Südostmesse als technische Messe weiterhin aufrechterhalten bleiben (schöne Autos, Arbeitsgeräte, Raumausstattung unter „Schönheit der Arbeit“, Architektur: industrielle und Geschäftshausbauten und dergleichen). In dieser Ausprägung ist die Wiener Messe geeignet, sogar die Wiener Mode- und Geschmackswirtschaft neu zu beleben und sie gegenüber der Gefahr einer einseitigen Südostorientierung krisenfest zu machen.

Die zweite Frage, welche die Abt. II/3 mit der Leitung der Messe AG. erörtert hat, ist die Abstimmung der benachbarten Slowakischen Messe in Preßburg, welche mit Hilfe der Wiener Messe auf dem Charakter der Landesausstellung geführt werden muß.

### Sonstige wirtschaftliche Förderungsmaßnahmen

Endlich hat sich die Abteilung mit einer Fülle von Einzelfragen in jeglicher Richtung beschäftigen müssen. Die Wiener Zuckerindustrie mit ihren nicht unbeträchtlichen Ausfuhrinteressen drohte durch die schematische Einführung des reichsdeutschen Kakaozollgesetzes getroffen zu werden. Die Abt. II/3 wurde vom Reichskommissar um ihre Stellungnahme gebeten und hat in Verhandlungen mit dem Oberfinanzpräsidenten in Wien jene Sicherungen in Aussicht gestellt erhalten, unter welchen das Kakaozollgesetz ohne Schaden für die betroffenen Betriebe zu übernehmen war.

Die Ostmark bzw. Wien besitzt in der Solo AG. die einzige deutsche Zündholzfabrik, welche sich außerhalb des Zündholzmonopols halten können. Auf eine persönliche Anregung aus Berlin hat sich die Abt. II/3 mit der Solo AG. in Verbindung gesetzt, um neue Geschäftsverbindungen mit dem Balkan aufzubauen. Die Solo AG. nahm daraufhin die von ihr bereits ins Auge gefaßte Angelegenheit in Angriff. Eine erste Bestellung in Höhe von einer Million Reichsmark war der Erfolg.

Die Zusammenfassung der früher selbständigen, seit 1938 vom Reichsnährstand mit Beschlag belegten Landwirtschaftlichen Produktenbörse mit der allgemeinen Börse in Wien ist eine Frage, welche für das Prestige von Wien als Außenhandelsplatz interessant ist, weil sich die Balkangetreidehändler nicht nur im Verkehr mit Wien, sondern sogar untereinander des Wiener Schiedsgerichtes bedienen haben, sich dessen künftig aber nur dann bedienen werden, wenn Schiedsgericht und Börse die dort geläufigen Formeln und Namen behalten, so daß sie wenigstens formell als unabhängig gelten können. Hierauf legt der ausländische liberalistische Händler Wert, während er den Reichsnährstand als Schiedsrichter in eigener Sache betrachtet. Auch mit dieser Frage ist die Abt. II/3 von der Börse befaßt worden. Die Verkehrstarife der Reichsbahn haben im Balkanverkehr die materielle Stellung, die Wien von den Österreichischen Bundesbahnen als Grenzstation früher erhalten hatte, zuungunsten der Wiener Verkehrsbeziehungen und der Wiener Spediteure verändert. Die hiesige Bezirksgruppe der Reichsgruppe Spedition und Lagerei hat deshalb eine Eingabe an den Gauwirtschaftsberater gerichtet, der sie der Abt. II/3 zur Bearbeitung übergab. Die Abt. II/3 hat sich deswegen mit der Reichsbahndirektion Wien in Verbindung gesetzt.

Das mittlere technische Schulwesen in Wien verdient sehr große Beachtung, weil es bei richtigem Ausbau geeignet erscheint, die traditionellen Vorbedingungen des Platzes Wien mit den Nachfolgestaaten auf dem Balkan zur Heranziehung gerade jenes Nachwuchses von Betriebsingenieuren, Werkmeistern und dergleichen zu benutzen, welche praktisch das technische Bestellwesen, Maschinenbestellungen usw. in den Betrieben

unter sich haben. Hier ist eine Möglichkeit und Aufgabe für Wien, sich bei der industriellen Balkanerschließung nützlich zu machen.

Der Rückgang des Nachwuchses in dem hochqualifizierten Mode- und Geschmacks-handwerk, ebenso die Benachteiligung jener mittleren Weber, welche jene für den Modeexport unerläßliche Vielfalt der Muster in Druck und Gewebe gewährleisten, bei der Rohstoffzuteilung sind mehrfach Gegenstand von Firmenanfragen bei der Abt. II/3 gewesen; in der ersten Sache ist die Abt. II/3 mit Präsident Gärtner, Leiter der Zweigstelle Wien des Reichsarbeitsministeriums, in Verbindung getreten, in der zweiten Angelegenheit hat sie über die ihr angegliederte Verbindungsstelle der Reichsstellen die Reichsstelle Wolle, Berlin, zu entsprechenden Zugeständnissen veranlaßt.

Um die auseinanderlaufenden Arbeiten einzelner Dienststellen auf dem Gebiet der industriellen Planung zusammenzubringen, hat die Abt. II/3 unter Mithilfe des Beigeordneten der Hauptabteilung II seit April 1940 monatlich Planungsaussprachen eingerichtet, an denen regelmäßig die Landesplanungsbehörde, die Hauptabteilung IV der Gemeindeverwaltung (Bauwesen), die Wirtschaftskammer und das Amt für Technik der NSDAP. teilnehmen. Nach Bedarf werden zu den Aussprachen weitere Teilnehmer geladen. Demselben Ziel der Unterrichtung der Abt. II/3 dient die regelmäßige Zusendung der Nachrichten über erteilte Gewerbeberechtigungen.

## Veterinärwesen

### Personalstand

	Am 1. Jänner 1939	Am 31. März 1940
<b>Beamte:</b>		
Höherer Dienst . . . . .	85	86
Gehobener Dienst . . . . .	5	6
Mittlerer Dienst . . . . .	10	14
Einfacher Dienst . . . . .	163	259
<b>TOA.-Angestellte:</b>		
Höherer Dienst . . . . .	2	12
Gehobener Dienst . . . . .	2	3
Mittlerer Dienst . . . . .	14	9
Einfacher Dienst . . . . .	10	33
<b>TOB.-Arbeiter:</b>		
Ständige vertragsmäßige Schlachthof- gehilfen . . . . .	49	150
Heubinder . . . . .	—	5
<b>Nicht ständig aufgenommene Personen:</b>		
Höherer Dienst (Aushilfstierärzte) . . . . .	23	43
Mittlerer Dienst (Trichinenschauer) . . . . .	—	57
Saisonschlachthofgehilfen . . . . .	100	60

Die großen Personalzuwächse sind darauf zurückzuführen, daß die Abt. II/5, Verwaltung des Veterinärwesens, laut Erlaß des Hauptverwaltungs- und Organisationsamtes vom 5. Dezember 1939 anlässlich der Agendenübernahme von der Abt. II/4 auch das Personal dieser Abteilung und das Personal der Marktamtsabteilung Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren, und der Marktamtsabteilung des Zentralviehmarktes Sankt Marx, des Pferdemarktes und des Ferkelmarktes in Groß-Jedlersdorf übernommen hat.

An das Marktamt (Abt. II/2) wurden bis 1. März 1940 im Zuge dieser Zusammenlegung (Verwaltungsvereinfachung) zehn Beamte des gehobenen Dienstes abgegeben. Außerdem wurden durch die Übernahme Agenden (Markthelfer-, Lohnschlächter-

wesen, Standzuweisungen in der Großmarkthalle) vom ehemaligen Besonderen Stadtamt III übernommen, für welche kein Personal zur Verfügung gestellt wurde.

### Referatseinteilung

- Referat I: Betriebsangelegenheiten;
- Referat II: Veterinärpolizei;
- Referat III: Tierzucht, Tierschutz, Tierhaltung;
- Referat IV: Lebensmittelpolizei;
- Referat V: Schlachtvieh- und Fleischbeschau und Trichinenschau außerhalb der Schlachthöfe;
- Referat VI: Eingemeindete Gebiete;
- Referat VII: Tierärztliche Personalangelegenheiten, Tierärzteevidenz, wissenschaftliche Schlachthofstatistik, Vierjahresplan, Schönheit der Arbeit;
- Referat VIII: Allgemeines Personalreferat, Verwaltungsangelegenheiten der Schlachthöfe, Vieh- und Fleischgroßmärkte.  
Rechtsangelegenheiten.

### Verzeichnis der nachgeordneten Stellen

In der Berichtszeit waren in den Betrieben folgende Veterinärabteilungen aufgestellt: Je eine im Rinderschlachthof, Schweineschlachthof, in der Wiener Kontumazanlage, im Schlachthof Meidling, in der Großmarkthalle für Fleischwaren, am Zentralviehmarkt St. Marx.

Ferner besteht im Rinderschlachthof St. Marx eine veterinärämtliche Untersuchungsstelle mit einem eigenen Leiter und wissenschaftlichem Hilfspersonal.

Die Veterinärabteilungen der Bezirkshauptmannschaften haben folgende Bezirke zugeteilt:

- |                                    |                       |
|------------------------------------|-----------------------|
| 1. I, VIII, IX;                    | 9. XV;                |
| 2. II, XX;                         | 10. XVI;              |
| 3. III;                            | 11. XVII;             |
| 4. IV, V, VI, VII und Pferdemarkt; | 12. XVIII, XIX, XXVI; |
| 5. X;                              | 13. XXI;              |
| 6. XI;                             | 14. XXII;             |
| 7. XII;                            | 15. XXIII;            |
| 8. XIII, XIV;                      | 16. XXIV, XXV.        |

Im Jahre 1939 waren in den eingemeindeten Gebieten 32 Tierärzte und 33 nicht-tierärztliche Fleischbeschauer zur Durchführung der Fleischbeschau bestellt. Durch Einberufungen zum Wehrdienst ergab sich ein recht fühlbarer Mangel an ausgebildeten Fleischbeschauern. Dieser Mangel wird durch Abhaltung von Fleischbeschaukursen, die im März 1940 begonnen haben, behoben werden.

Es wurden sowohl für die tierärztlichen als auch nichttierärztlichen Fleischbeschauer zur weiteren Ausbildung in der theoretischen und praktischen Fleischbeschau Fortbildungskurse abgehalten, die in erster Linie den Zweck verfolgten, die Fleischbeschauer mit den Vorschriften des reichsdeutschen Fleischbeschaugesetzes vom 3. Juni 1900 vertraut zu machen.

Der Überbeschauzwang für das aus den Wiener Schlachthöfen stammende Fleisch bei Einbringung dieses Fleisches nach den eingemeindeten Gebieten wurde aufgehoben.

Die Verrechnung der veterinärämtlichen Untersuchungsgebühren für die Vieh- und Fleischbeschau und für die Untersuchung von Tieren im Eisenbahn- und Kraftwagenverkehr wurde für das ganze eingemeindete Gebiet vereinheitlicht.

Ebenso ist die Berichterstattung für veterinärämtliche und statistische Angelegenheiten einheitlich geregelt worden.



Die fünf in den eingemeindeten Gebieten liegenden Wasenmeistereien entsprechen nicht den veterinärpolizeilichen und sanitären Anforderungen. Die Auswertung der anfallenden Äser und Konfiskate in diesen Wasenmeistereien ist mangels entsprechender Einrichtungen unzulänglich. Es wurde daher die Übernahme dieser Wasenmeistereien durch die Wiener thermochemische Fabrik und Wasenmeisterei als dringliche Notwendigkeit behandelt. Die Wasenmeistergeschäfte in den Ortschaften Purkersdorf und Hadersdorf-Weidlingau (zu Wien XIV gehörig) wurden von der Wiener Wasenmeisterei bereits am 1. Mai 1939 übernommen.

Die Veterinärbetriebe waren vor dem Kriege gut beschäftigt. Mit Kriegsbeginn trat in den Zufuhren aus dem Ausland eine kurze Unterbrechung ein, nach der sie im gesteigerten Maße wieder einsetzten, um im Winter eine nur sehr schwer zu bewältigende Höhe zu erreichen. Gegen Ende des Berichtsjahres trat wieder eine Rückkehr zu normalem Beschäftigungsgrad ein.

Waren die Spitzen der Betriebsbelastungen schon im Frieden nur schwer zu bewältigen gewesen, so war dies infolge der Einrückungen nur durch sorgfältigste und intensivste Personalverwendung möglich. Mit Erlaß des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reiche vom 5. Dezember 1939 wurde die vorläufige Geschäftseinteilung der Gemeindeverwaltung bei der Hauptabteilung II in der Weise abgeändert, daß die Abt. II/4 aufgelassen wurde und die Abt. II/5 die bisher von der Abt. II/4 geführten Angelegenheiten des Veterinärwesens ab 1. Jänner 1940 übernahm und nun die Bezeichnung „Verwaltung des Veterinärwesens“ führt. Zur selben Zeit übernahmen die Leitungen der Veterinärabteilungen am Zentralviehmarkt St. Marx und in der Großmarkthalle auch die bisher von den dortigen Marktamtsabteilungen geführten Agenden. Hiedurch trat eine wesentliche Geschäftsvereinfachung ein, die sich sehr bald überaus günstig auswirkte.

Die Anpassung der Ostmarkgesetze an die des Altreiches, die bereits im Vorjahr eingeleitet wurde, wurde weiter fortgesetzt.

Am 1. April 1939 wurde die Auslandfleischbeschaustelle in der Großmarkthalle eröffnet, wo die Gemeinde Wien unter Aufwendung erheblicher Geldmittel eine in jeder Weise mustergültige Anlage geschaffen hat. Dieser Tag ist auch der Inkrafttretens des die Auslandfleischschau betreffenden Teiles des Reichsfleischbeschaugesetzes und der Durchführungsbestimmungen.

Am 1. August 1939 trat das Gesetz über die Papageienkrankheit und anderer Tierkrankheiten samt zugehörigen Durchführungsverordnungen in Kraft. Dieses Gesetz verlangt eine Kennzeichnung der Papageien, die zu Handels- und Zuchtzwecken bestimmt sind und verursachte in den Veterinärdiensten der Bezirkshauptmannschaften ganz bedeutende Mehrarbeit. Am 1. Oktober 1939 wurde die Gültigkeit des Reichstierschutzgesetzes und des Gesetzes über das Schlachten von Tieren auf die Ostmark ausgedehnt, am 1. Jänner 1940 trat das Reichsviehseuchengesetz und am 1. Februar 1940 das Lebensmittelgesetz in der Ostmark in Kraft.

### **Veterinärjahresbericht 1939<sup>1)</sup>**

#### **Gesundheits- und hygienische Verhältnisse der landwirtschaftlichen Haustiere**

Die Zahl der gehaltenen landwirtschaftlichen Haustiere hat im Berichtsjahr, bedingt durch die Anforderungen des Krieges, eine Abnahme erfahren. Insbesondere ist der Rückgang des Pferdestandes bemerkbar, da ein großer Teil der Pferde zum Heeresdienst herangezogen wurde. Außerdem hat in einigen Bezirken mit viel Gärtnereibetrieben auch

<sup>1)</sup> Der Übergang zur neuen zeitlichen Einteilung des Verwaltungsjahres, das sich vom 1. April bis zum 31. März des folgenden Kalenderjahres erstreckt, konnte für den Veterinärjahresbericht noch nicht vollzogen werden.

der Umstand auf die Verminderung der Pferdezahl eingewirkt, daß an Stelle der durch Pferde betriebenen Göppel elektrische Pumpen in immer fortschreitender Zahl verwendet werden. Die Pferde wurden in bäuerlichen Betrieben vielfach durch Ochsengespanne ersetzt. Da im Jahre 1939 keine allgemeine Viehzählung stattgefunden hat, können über den Nutzviehstand Groß-Wiens keine genauen Angaben gemacht werden.

Die hygienischen Verhältnisse der im Stadtgebiet von Wien gehaltenen landwirtschaftlichen Haustiere sind im allgemeinen entsprechend. In den meisten Milchmeiereibetrieben sind Wartung, Pflege und Fütterung einwandfrei.

Die Fütterung der Pferde erfolgte bis zum Kriegsausbruch mit Heu, Hafer und Häcksel, bei Bauern oft mit Gersten- und Maisschrot und Kleie; die Rinder in den Milchmeiereibetrieben wurden mit Heu, Kleeheu, Trebern, Futtermehl, Malzkeimen, Kleie, Rübenschnitzel, Öl- und Kokoskuchen, vereinzelt auch mit Abfällen der Keks- und Waffelfabriken gefüttert. Schweine wurden mit Kartoffeln, Schrot, Ölkuchen, Fischmehl und recht häufig mit Küchentrunk gefüttert. Das Ziegenfutter bestand aus Heu, Rüben, Futtermehlen, im Sommer Grünfutter und Weidegang. Die Fütterung ist seit Kriegsausbruch naturgemäß den Kriegsbedingungen angepaßt worden und es müssen jeweils die gerade zur Verfügung stehenden Futtermittel verwendet werden. Für Pferde wurde ein sogenanntes Einheitsfutter geschaffen. Statt Heu mußte zeitweise Stroh gefüttert werden. In vielen Ortschaften des Marchfeldes (22. Bez.) war auch schon vor dem Kriege die Pferdefütterung oft nicht zweckmäßig. In dieser Gegend wird viel Zuckerrübe gebaut und daher werden die Rübenblätter, leider oft in nicht einwandfreier Beschaffenheit, verunreinigt mit Erde und in welchem Zustand, oder nicht vollkommen vergoren, verfüttert. Dadurch treten häufig Erkrankungen des Verdauungstraktes ein, außerdem glaubt man beobachtet zu haben, daß bei so gefütterten Pferden die Bereitschaft zur Hämoglobinämie begünstigt wird.

Hinsichtlich der sonstigen Fütterung, der Stallverhältnisse und der Düngewirtschaft sind gegen 1938 kaum Änderungen zu verzeichnen.

### Tierzucht und Tierschutz

Durch die Eingemeindung von 97 Landgemeinden zu Groß-Wien hat auch die Tierzucht für die Stadt eine größere Bedeutung erlangt. Durch Übernahme der im Besitz der früheren Landgemeinden befindlichen männlichen Zuchttiere wurde die Stadt Wien Eigentümerin von 31 Zuchtstieren, 2 Ziegenböcken und 3 Zuchtebern. Die übrigen in diesen Gemeinden aufgestellten männlichen Zuchttiere waren Eigentum von Bullenhaltungsvereinen und Milch- und Weidegenossenschaften, einige Stiere, Eber und Ziegenböcke wurden auch von Privaten gehalten. Die Stadt Wien hatte in zahlreichen Kommissionen die Aufgabe, in diesen Ortschaften die Haltung der männlichen Zuchttiere zu regeln. Es waren die Haltungs- und Fütterungsfragen, der Ankauf und Verkauf der Stiere, die Schaffung von Auslaufplätzen und Sprungständen für die Stiere und überhaupt die Sanierung der Stierhaltehäuser, die in den meisten Fällen in das Eigentum der Stadt Wien übergegangen sind, zu besprechen und zu regeln. Gekört wurden im Berichtsjahr 113 Stiere, 41 Eber und 4 Ziegenböcke. Die Stiere gehörten durchweg der Fleckviehrasse an, gemäß der Absicht, für das Gebiet von Groß-Wien nur Fleckvieh als das für dieses Gebiet zweckmäßigste Vieh zuzulassen. Nur in zwei privaten Großbetrieben, die durchweg einfarbiges Grauvieh (Montafoner) halten, wurden auch 2 Montafoner Stiere gekört. In den Ortschaften der Bezirke XXI bis XXIII ist fast durchweg nur mehr Fleckvieh anzutreffen, indes in den gebirgigen Gegenden der Bezirke XXIV und XXV, ebenso im Bezirk Klosterneuburg noch ein großes Durcheinander von Rassen und Kreuzungen vorhanden ist. Überhaupt liegt die Viehzucht in diesen Gebieten sehr darnieder, obwohl sie ideale Gelegenheiten für Ausläufe und Weiden aufweisen. Die Landwirte hier sind durchweg Kleinbauern, denen noch das richtige Verständnis für die Viehzucht mangelt.

Die Kleintierzucht, vor allem Kaninchen- und Geflügelzucht, wird von Schrebergärtnern und Siedlern in ansehnlichem Ausmaß betrieben und es wurden auch sehr schöne Ergebnisse erzielt.

### Tierschutz

In Tierschutzangelegenheiten wurde die Abt. II/5 fünfzehnmal herangezogen. Zehnmal wurden Ansuchen um Taubenfangbewilligung durch kommissionelle Besichtigung und Vorführung der Fanggeräte begutachtet, zweimal Ansuchen um Bewilligung zum Abschließen und dreimal Ansuchen um Bewilligung zur Vergiftung von verwilderten Haus- tauben, die nachgewiesenermaßen große Schäden an Kunstdenkmälern, Kirchen und sonstigen Gebäuden anrichten, behandelt. In allen Fällen wurden die Ansuchen unter Vorschreibung der dafür geltenden Bedingungen, unter denen das Verbot des Abfangens usw. zur Brutzeit, das ist vom 1. März bis 14. September, besonders zu erwähnen ist, aufrecht erledigt, in einem Falle wurde später die Bewilligung widerrufen.

### Tierseuchentilgung

#### Maul- und Klauenseuche.

Nachdem im Jahre 1938 diese Seuche das ganze Stadtgebiet in verheerendem Ausmaß heimgesucht hatte und zu Ende dieses Jahres abflaute, zeigte sich im Frühjahr 1939 ein abermaliges Ansteigen der Fälle, und zwar hauptsächlich in den neueingemeindeten Landbezirken, das jedoch nur kürzere Zeit dauerte, um dann abermals rasch abzuflauen. Zu Beginn des Jahres waren 105 Höfe verseucht, im Laufe des Jahres kamen 197 Höfe dazu, zu Ende des Jahres verblieben noch 28 Höfe. Der Verlauf war im Gegensatz zum Vorjahr mild, was die geringe Zahl der Verluste beweist. Allerdings mußten in den Abmelkwirtschaften nach Ablauf der Seuche doch eine größere Zahl der Rinder nach Aufmästung zur Schlachtung abverkauft werden, da der Milchertrag der durchseuchten Kühe stark zurückgegangen war und ein Weiterhalten nicht mehr rationell machte.

An Schlachttieren in den Schlachthäusern und Märkten kam die Seuche bei 165 Partien vor. Erkrankt waren 200 Rinder und 267 Schweine. Sämtliche kranken, seuchen- und ansteckungsverdächtigen Tiere wurden geschlachtet.

Von der Impfung mit Rekonvaleszentenserum wurde in ausgiebiger Weise Gebrauch gemacht, in gefährdeten Gebieten wurde auch die Impfung mit Riemser Virus in 123 Gehöften an 1004 Rindern mit sehr gutem Erfolg durchgeführt. Die Einhaltung der veterinärpolizeilichen Maßnahmen wurde in allen Fällen streng überwacht. Erkrankungen von Menschen sind nicht zur amtlichen Kenntnis gelangt.

#### Milzbrand.

Die Seuche trat im Berichtsjahr im Gegensatz zum Vorjahr in wesentlich geringerer Zahl von Fällen auf.

**Nutztiere:** Verseucht waren 8 Gehöfte, in denen 3 Pferde, 4 Rinder und 1 Ziege erkrankten und bis auf 1 Rind, das notgeschlachtet worden war, verendeten. Die Infektionsquelle konnte nicht ermittelt werden. In den meisten Fällen dürfte es sich um Fütterungsmilzbrand gehandelt haben, wobei Futtermittel aus dem Ausland in einigen Fällen als Ursache angenommen wurden. Die Feststellung der Seuche erfolgte entweder an der Tierärztlichen Hochschule oder anlässlich der Beschau notgeschlachteter oder bei der Sektion gefallener Tiere.

**Schlachttiere:** In den Schlachthäusern wurde Milzbrand bei 2 Rindern und 2 Schweinen nach der Schlachtung festgestellt. Die übrigen Tiere dieser Partien, es sind das 92 Schweine, wurden als ansteckungsverdächtig geschlachtet. Übertragungen auf den Menschen kamen nicht vor. Die angewendeten veterinärpolizeilichen Maßnahmen sowie die gründliche Reinigung und Desinfektion im Sinne des Tierseuchengesetzes und

schließlich auch die durchgeführte Impfung bei gefährdeten Nutztieren verhinderten in allen Fällen eine Weiterverbreitung der Seuche.

#### Rotz

wurde im Berichtsjahr in der Kontumazanlage an einem Schlachtpferd, das aus Gleiwitz in Schlesien stammte, festgestellt. Die übrigen fünf Pferde dieser Partie wurden unter entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen als ansteckungsverdächtig geschlachtet. Eine Erkrankung wurde dabei nicht festgestellt.

#### Bläschenausschlag

wurde im Berichtsjahr in 2 Gehöften mit einem Stande von 2 Pferden und 11 Rindern bei 3 erkrankten Kühen festgestellt. Nach Behandlung genasen alle erkrankten Kühe. Eine Weiterverbreitung der Seuche wurde nicht beobachtet.

#### Räude

trat im Berichtsjahr in 2 Gehöften mit einem Stande von 6 Pferden auf. Davon waren 4 erkrankt, 1 wurde krank getötet, die übrigen genasen nach durchgeführter Behandlung. Übertragungen auf den Menschen sind nicht bekanntgeworden, einer Weiterverbreitung konnte durch Belehrung der Besitzer und des Personals über die Übertragbarkeit der Krankheit auf Menschen und deren Verhütung sowie durch die Einhaltung der vorgeschriebenen veterinärpolizeilichen Maßnahmen vorgebeugt werden.

#### Schweinepest.

Unter den in Wien gehaltenen Nuttschweinen trat die Seuche im Berichtsjahr im Gegensatz zum Vorjahr in vermehrtem Ausmaß auf, und zwar waren 99 Gehöfte mit einem Stande von 1491 Schweinen verseucht. Es erkrankten 434 Stück, 87 davon verendeten, 298 wurden krank getötet, 112 als seuchenverdächtig und 90 als ansteckungsverdächtig geschlachtet. Als Infektionsquelle kamen Neuzukäufe und vor allem infizierter Küchentrank aus Spitals- und Gasthausküchen, der in nicht genügend abgekochtem Zustand verfüttert wurde, in Betracht. Zu Beginn des Jahres wurden in verseuchten Gehöften noch Notimpfungen nach der Methode Dr. Michalkas der Tierseuchenbekämpfungsanstalt in Mödling mit gutem Erfolg vorgenommen. Die Erfolge waren in Höfen mit schon ausgebrochener Schweinepest recht zufriedenstellend, wenn die Impfung bei Tieren mit noch erhaltener Freßlust vorgenommen wurde. Besonders deutlich traten die Erfolge der Schutzimpfung bei gesunden Tieren in Mästereien, die durch die Art der Fütterung fast ständig der Pestinfektion ausgesetzt waren, in Erscheinung, wenn man damit den Stand der Schweinepest in diesen Mästereien in den Jahren, wo die Simultanimpfung gegen Schweinepest noch nicht durchgeführt wurde, vergleicht. In diesen Mästereien, wo jedes neu eingestellte Schwein der Simultanimpfung unterzogen wurde, kam die Schweinepest überhaupt nicht mehr vor. Seit Einstellung der Simultanimpfung vermehrten sich die Schweinepestfälle, und es hat das vermehrte Risiko auch zu einer Verkleinerung des Schweinebestandes in diesen Mästereien geführt. Bei Schlachtschweinen konnte die Schweinepest bei 7 erkrankten Schweinen festgestellt werden. Die kranken und ansteckungsverdächtigen Tiere wurden geschlachtet.

#### Schweineseuche

wurde bei Nuttschweinen einmal bei einem Schweine festgestellt, bei Schlachtschweinen ebenfalls einmal bei einem Stück. Die kranken und verdächtigen Tiere wurden geschlachtet.

#### Rotlauf

trat im Berichtsjahr bei Nuttschweinen in 282 Gehöften mit einem Schweinestand von 3717 Schweinen auf. Es erkrankten 511 Stück, 115 verendeten, 103 wurden krank, 20 seuchenverdächtig und 2 ansteckungsverdächtig geschlachtet, so daß sich der Gesamt-

verlust auf 240 Stück beläuft. Bei Schlachtschweinen wurde die Seuche bei 60 Partien und einem Gesamtschweinebestand von 2478 Schweinen an 63 erkrankten Tieren festgestellt. 13 Stück kamen verendet auf dem Markte an, 50 wurden krank getötet, die übrigen als ansteckungsverdächtig geschlachtet. Die Ansteckungsquelle konnte in den meisten Fällen nicht nachgewiesen werden, in vielen Fällen ist die Infektionsquelle im Verfüttern von ungekochtem oder nicht genügend gekochtem Küchentrunk zu suchen. Die bei der Schlachtung als bedingt tauglich befundenen Schweine wurden teils auf der Freibank verwertet, teils in den ländlichen Gemeinden den Besitzern zur Verwertung im eigenen Haushalt unter entsprechenden Bedingungen überlassen. Die Heilimpfung zeigte in vielen Fällen Erfolge. Die Rotlauf-Simultanimpfung ergab auch in diesem Jahre wieder die bekannt guten Erfolge. Leider wird sie auch von größeren Wirtschaftsbesitzern öfter nicht in Anspruch genommen und der Tierarzt erst gerufen, wenn einmal die Seuche schon ausgebrochen ist. Im Anschluß an die Impfung erkrankten 6 Stück, 2 davon mußten geschlachtet werden, wegen ungenügender Immunität erkrankten 26 Stück, von denen 2 getötet wurden. Rotlaufferkrankungen beim Menschen sind nicht zur amtlichen Kenntnis gelangt.

#### Schweinelähme (Teschener Krankheit).

Neuerdings wurde auch diese Seuche im Gebiet von Groß-Wien beobachtet. Verseucht waren im Berichtsjahr 7 Gehöfte mit einem Stand von 51 Schweinen. 22 Stück erkrankten, davon verendete 1 Stück, 16 wurden krank und 5 seuchenverdächtig getötet. Über die Art der Einschleppung dieser Seuche ist kein Anhaltspunkt vorhanden.

#### Geflügelcholera

trat im Berichtsjahr an Nutzgeflügel in 18 Gehöften auf. Die Verluste waren verhältnismäßig nicht groß. Die Infektionsquelle konnte nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Die Seuche erlangte keine größere Ausbreitung. Die Feststellung erfolgte durch Anzeigen der zu Rate gezogenen Tierärzte oder durch Sektion der verendeten Stücke. Die veterinärpolizeilichen Maßnahmen gelangten erfolgreich zur Anwendung. Von der Impfung gegen Geflügelcholera wurde im Berichtsjahr nur wenig Gebrauch gemacht.

#### Tuberkulose der Rinder.

Die anzeigepflichtige Form der Rindertuberkulose hat im Berichtsjahr nur in 1 Gehöft mit 8 Rindern bei 1 Kuh geherrscht. Sie wurde geschlachtet. Eine Übertragung auf Menschen ist nicht bekanntgeworden.

#### Milbenseuche der Bienen

wurde im Berichtsjahr in 3 Gehöften bei einem Stande von 11 Völkern festgestellt. Erkrankt waren alle 11 Völker, von denen 6 vollständig und eines zum Teil zugrunde gingen. Die Bekämpfung der Seuche erfolgte durch die Anwendung der vorgeschriebenen veterinärpolizeilichen Maßnahmen und durch die Anwendung des Frowschen Mittels unter Mitwirkung der Bienenseuchenwarte.

#### Seuchenhaftes Verwerfen der Rinder

wurde im Berichtsjahr nur in einem Gehöft mit einem Rinderstand von 29 Kühen festgestellt, von welchen 6 erkrankt waren. Die bei der ersten Blutuntersuchung als positiv bezeichneten Rinder wurden der Schlachtung zugeführt.

#### Nicht anzeigepflichtige Tierseuchen.

Tuberkulose in nicht anzeigepflichtiger Form wurde in zahlreichen Fällen bei Rindern und Schweinen festgestellt. Weiter ist Streptokokkenmastitis und gelber Galt bei Milchkühen ziemlich verbreitet anzutreffen. Die kranken Tiere wurden aufgemästet und zur Schlachtung abverkauft. Paratyphus bei 1 Kuh und 2 weitere Dauerausscheider in einem Milchmeiereibetrieb wurden in einem Stadtbezirk beobachtet. Alle 3 Kühe wurden

geschlachtet, das Fleisch in der veterinärämtlichen Untersuchungsstelle bakteriologisch untersucht und auf Grund des Befundes dem Wasenmeister übergeben. Übertragungen auf Menschen fanden nicht statt. Staupe und Stuttgarter Hundeseuche traten wie alljährlich im Berichtsjahr gehäuft auf.

#### Häufigere, nicht ansteckende Krankheiten bei Haustieren

Im Berichtsjahr wurden festgestellt: Petechialfieber, Lumbago (Hämoglobinurie) und Koliken der verschiedensten Formen bei Pferden; Tympanitis, Fremdkörper-Perikarditis und Peritonitis, puerperale Erkrankungen nach Schweregeburten bei Rindern, Mangelkrankheiten bei allen Haustieren, besonders Knochenweiche bei Ferkeln, Futtervergiftungen und Rachitis bei Schweinen, Vergiftungen beim Geflügel durch Aufnahme von Rattengift und Chlorbariumlösung, die zur Schädlingsbekämpfung verwendet wurden.

#### Tätigkeit der tierärztlichen Untersuchungs- und Beratungsstellen

Die Tätigkeit der veterinärämtlichen Untersuchungsstelle der Stadt Wien ist für die Durchführung der amtlichen Fleischuntersuchung von großer Bedeutung. Außer zur Durchführung der bakteriologischen Fleischuntersuchung in allen in der Vieh- und Fleischbeschauverordnung vorgeschriebenen Fällen wurde sie zu vielen Untersuchungen zwecks Sicherstellung von Tierseuchen herangezogen. Ihre Tätigkeit ermöglicht es, für den Menschen schädliche Fleischwaren dem Konsum fernzuhalten, andererseits aber zum Genuß geeignete Waren der Volkswirtschaft zu erhalten.

Ein großes Arbeitsfeld für die Untersuchungsstelle geben auch die Blutuntersuchungen auf Bang-Infektion und die Milchuntersuchungen auf schädliche Keime (Galt usw.), welche durch die Überwachung der Kindermilchanstalt „Weißer Hof“ in Kritzendorf (Wien XXVI) erforderlich sind.

Im Jahre 1939 wurden von der veterinärämtlichen Untersuchungsstelle folgende Untersuchungen durchgeführt:

- |   |      |
|---|------|
| 1. Bakteriologische Fleischuntersuchungen . . . . .   | 2535 |
| (458 Pferde, 803 Rinder, 353 Kälber, 897 Schweine, 4 Ziegen, 18 Schafe, 1 Reh, 1 Stück Selchfleisch)                              |      |
| a) Kein Einwand auf Grund der bakteriologischen Fleischuntersuchung . . . . .   | 2387 |
| (429 Pferde, 763 Rinder, 320 Kälber, 864 Schweine, 1 Ziege, 9 Schafe, ein Stück Selchfleisch)                                     |      |
| b) Bedingt tauglich auf Grund der bakteriologischen Fleischuntersuchung . . . . .   | 35   |
| (und zwar wurden in 34 Fällen Schweinerotlaufbakterien und in einem Fall Schweineseuchenbakterien nachgewiesen)                   |      |
| c) Untauglich auf Grund der bakteriologischen Fleischuntersuchung . . . . .   | 147  |
| Davon:  |      |
| I. Infektion mit Fleischvergifterbakterien . . . . .  | 38   |
| (4 Pferde, 8 Rinder, 4 Kälber, 21 Schweine, 1 Ziege, und zwar 11 Breslau-, 21 Suipestifer-, 2 Newport- und 4 Gärtner-Infektionen) |      |
| II. Infektion mit Milzbrandbakterien . . . . .  | 3    |
| (3 Rinder)  |      |

III. Hochgradige bakterielle Durchsetzung		
(Untauglichkeit beantragt) mit verschiedenen Bakterien . . . . .		106
d) Bakteriologische Fleischuntersuchungen zu Studienzwecken . . . . .		4
(3 Kälber, 1 Reh)		
2. Untersuchungen auf Milzbrand . . . . .		88
Davon positiv . . . . .	7	
3. Untersuchungen auf Rotz . . . . .		4
Davon positiv . . . . .	1	
4. Untersuchungen auf Schweineseuchen . . . . .		612
Davon positiv:		
Rotlauf . . . . .	270	
Schweineseuche . . . . .	1	
Fleischvergifter . . . . .	3	
(3 Suipestifer-Infektionen)		
5. Untersuchung auf Geflügelkrankheiten . . . . .		6
Davon positiv:		
Geflügelcholera . . . . .	1	
Pullorumseuche . . . . .	1	
6. Untersuchung auf Finnen . . . . .		37
Davon positiv . . . . .	29	
7. Untersuchung auf Trichinen . . . . .		1
Davon positiv . . . . .	1	
8. Untersuchung auf Gallefarbstoff . . . . .		10
Davon positiv . . . . .	3	
9. Pathologisch-anatomische Untersuchungen . . . . .		41
10. Untersuchung von verschiedenen Fleischwaren auf Genußtauglichkeit . . . . .		16
Davon untauglich . . . . .	8	
11. Bakteriologische Untersuchung von Milchproben (Viertelgemelke) . . . . .		2324
Davon positiv auf Galtstreptokokken . . . . .	91	
12. Serologische Blutuntersuchungen auf Bang-Infektion, Rinder . . . . .		207
Davon positiv . . . . .	35	
13. Untersuchung von Wildtieren . . . . .		664

**Vieh- und Fleischbeschau, einschließlich der Trichinenschau**

Die unter amtstierärztlicher Leitung stehenden öffentlichen Schlachthäuser Wiens wurden durch fortlaufende Erhaltungs- und Ausgestaltungsarbeiten in sanitärer und hygienischer Hinsicht ausgestaltet. Insbesondere sind zu erwähnen die Adaptierung der Trichinenschau stelle im Schweineschlachthaus und die Errichtung der Auslandfleischbeschau stelle in der Großmarkthalle. Diese wurde am 1. April 1939 eröffnet und bildet eine in jeder Hinsicht mustergültige Anlage. Am gleichen Tage traten auch die die Auslandfleischbeschau betreffenden Abschnitte des Reichsfleischbeschau gesetzes samt Durchführungsverordnung in Kraft. Die in Wien bestehenden Privatschlachtstätten wurden durch die in diesen Schlachtstätten die Vieh- und Fleischbeschau ausübenden Amtstierärzte ständig überwacht. Die durch den Krieg bedingte zentrale Bewirtschaftung hatte zur Folge, daß das Schlachten in diesen Betriebsstätten im Herbst des Berichtsjahres eingestellt werden mußte. In allen Geschäften von Fleischhauern, Selchern und Fleischverschleißern wurden zahlreiche Revisionen durch die Amtstierärzte vorgenommen, Übertretungen angezeigt und Übelstände behoben.

Es muß erwähnt werden, daß viele solcher Kleinbetriebe kaum mehr den neuzeitlichen Anforderungen entsprechen. Namentlich trifft dies auf zahlreiche Kleinbetriebe in den eingegliederten Landbezirken zu. Im Berichtsjahr wurden auch alle Anstrengungen darauf gerichtet, in den neu eingegliederten ländlichen Bezirken die Vieh- und Fleischbeschau den städtischen Verhältnissen anzupassen. Es kostete viel Arbeit und Mühe. Insbesondere war die Einweisung der Laienfleischbeschauer nicht leicht. Zum Schluß des Jahres konnte jedoch festgestellt werden, daß die Fleischbeschauorgane sich die neuen Anforderungen in bezug auf die Durchführung der Beschau, der statistischen Berichterstattung und der Verrechnung der Gebühren zu eigen gemacht hatten.

Die Befunde, welche hauptsächlich die Beurteilung „untauglich“, „bedingt tauglich“ und „minderwertig“ mit sich brachten, waren folgende:

1. Bei Rindern: Untauglichkeit: Verendung, hochgradige Abmagerung, Scheinschlachtung, Peritonitis, Metritis, Perikarditis. — Minderwertigkeit: Mangelhafte Ausblutung, Tuberkulose, Wässerigkeit, Metritis, blutige Infiltrationen, Ikterus, Geruchsanomalien, Pneumonie, Peritonitis, Osteomalacie (1 Fall), Schweregeburt (2 Fälle), Kachexie. — Bedingttauglichkeit: Schwachfönnigkeit.
2. Bei Kälbern: Untauglichkeit: Enteritis, agonale Schlachtung, hochgradige Abmagerung. — Minderwertigkeit: Ikterus, Geruchsanomalie, Unreife, Pleuritis.
3. Bei Pferden: Untauglichkeit: Peritonitis (Kolik), Enteritis, hochgradige bakterielle Durchsetzung des Fleisches. — Minderwertigkeit: Peritonitis, Ikterus, Geruchsanomalie, unvollkommene Ausblutung, Melanose Wässerigkeit, Tumoren, Petechialfieber. — Bedingttauglichkeit: Unvollkommene Ausblutung, Enteritis.
4. Bei Schweinen: Untauglichkeit: agonale Schlachtung, Verendung, Darmentzündung, Septikaemie, Milzbrand. — Minderwertigkeit: Geschlechtsgeruch, Tuberkulose, Ikterus, unvollkommene Ausblutung, Enteritis, Peritonitis, multiple Abszesse, blutig-sulzige Infiltrationen, Sarcosporidien (1 Fall). — Bedingttauglichkeit: Tuberkulose, Pleuropneumonie, Schweinepest, Schweinerotlauf, Schweinelähme.

Im Berichtsjahr wurden Finnen an 8 Fleischschweinen, 133 Fettschweinen und 439 Rindern festgestellt.

#### Trichinenschau.

Im Berichtsjahr wurde die Trichinenschau durchgeführt:

1. Bei jenen Gewerbetreibenden, die aus rohem Schweinefleisch bestehende und in rohem Zustand zum Genuß bestimmte Lebensmittel erzeugen;
2. bei allen Schweinen, welche die Reichsstelle für Tiere und tierische Produkte schlachtete und die zum Versand in das Altreich bestimmt waren, und
3. bei allen geschlachteten Schweinen, die in die Auslandsfleischbeschau zur Untersuchung gelangten. Es wurden 287.222 Schweine und 14.063 kg Schweinefleisch auf Trichinen untersucht und dabei an 15 Auslandschweinen Trichinen festgestellt.

#### Auslandsfleischbeschau.

In der Auslandsfleischbeschau kamen 4074 Rinder, 18.748 Kälber, 105.815 Schweine, 11.651 Schafe, 4748 kg zubereitetes Fleisch zur Untersuchung. Davon wurden 97 Kälber und 2 Schweine als untauglich befunden und dem Wasenmeister zur Vertilgung übergeben.

Anlässlich der Überbeschau der aus dem Inland stammenden geschlachteten Tiere und Fleischwaren auf den Wiener Fleischmärkten ergaben sich auch im Berichtsjahr zahlreiche Beanstandungen.

So wurden in der Großmarkthalle außer vielen tausenden Kilogramm Fleisch und Innenorgane 1665 Tierkörper beanstandet, von denen 611 als untauglich dem Wasen-



meister, 1054 als minderwertig der Freibank überwiesen wurden. Gleichermaßen wurden auf dem Zentralviehmarkt St. Marx 64 Tierkörper beanstandet, von denen 41 dem Wasenmeister überliefert, 23 als minderwertig der Freibank zur Verwertung übergeben wurden.

Anlaß zu Beanstandungen waren: pathologische Veränderungen, krankhafte Abmagerung, oberflächliche Fäulnis und andere Veränderungen und agonale Schlachtung. Wegen Nichteinhaltung der Beschauvorschriften wurden 75 Anzeigen, wegen Übertretung des Lebensmittelgesetzes 2 Anzeigen gemacht. Die Stempelung der Tiere war auch im Berichtsjahr häufig mangelhaft und unbefriedigend.

### Verkehr mit Tieren und tierischen Rohstoffen

Im Inland: Der Verkehr wickelte sich klaglos unter Einhaltung der Bestimmungen des Tierseuchengesetzes ab. Die Einhaltung der Paßvorschriften ist bei den Nutztieren bis auf einige Mängel zufriedenstellend. Dagegen ist zu beanstanden, daß auf vielen Bahnhöfen, auf denen Vieh ein- und ausgeladen wird, die Ausladerampen den veterinärpolizeilichen Erfordernissen nicht entsprechen.

Auf dem Zentralviehmarkt St. Marx wurden verschiedene Beanstandungen bei der Beförderung des Viehs auf der Eisenbahn gemacht:

1. Einlangen von Transporten ohne Viehpässe.
2. Viehpässe wurden oft erst ein bis zwei Tage später beigebracht.
3. Vertauschungen von Viehpaßkonvoluten.
4. Bei Mischsendungen fehlten oft die Trennungswände zwischen den einzelnen Tierarten.
5. Die Lüftungsklappen der Waggons waren im Winter häufig fest verschlossen.
6. Verladung von nicht transportfähigem Vieh und Überladung der Waggons.

Bei der Viehpaßkontrolle wurden folgende Mängel festgestellt:

1. Viehpässe mit abgelaufener Gültigkeit.
2. Unvollständig ausgestellte Pässe.
3. Gesamtviehpässe für Großtiere.
4. Korrekturen ohne amtliche Beglaubigung.
5. Fehlerhafte Viehpaßverlängerungen.

Die Viehpaßanstände auf dem Zentralviehmarkt St. Marx haben im Vergleich zum Vorjahr erheblich zugenommen, was auf mangelnde Unterweisung der zahlreichen neu bestellten Viehbeschauper in ihre Aufgaben zurückzuführen sein dürfte.

Auch bei der Beförderung mit Kraftwagen ergaben sich Anstände. Die meisten wurden bei Rindertransporten wegen unzureichender Verladung und Überladung erhoben. Wiederholt wurde auch die Wahrnehmung gemacht, daß neben dem Vieh auch Lebensmittel und andere Sachgüter im Kraftwagen befördert wurden. Besonders zu beanstanden war oft im Winter der mangelnde Kälteschutz. Bei der Reinigung und Desinfektion der Beförderungsmittel, die in den zuständigen Desinfektionsanstalten stattfanden, haben sich keine Anstände ergeben. Bei den Betrieben und technischen Anlagen, in denen Rohprodukte von Tieren gelagert und verarbeitet werden, wurde die Einhaltung der Bestimmungen der Milzbrandverordnung überwacht. Anlässlich der Überwachung festgestellte kleinere Unzukömmlichkeiten wurden sofort abgestellt.

Aus dem Ausland: Im Berichtsjahr hatte die grenztierärztliche Abfertigung von lebenden Tieren nur einen geringen Umfang. Etwas größer waren die Zufuhren von Geflügel aus dem Ausland.

Der Verkehr mit tierischen Rohstoffen von und nach dem Ausland wickelte sich nach den bestehenden Bestimmungen und Tierseuchenübereinkommen ab. Bei vereinzelt Nichteinhalten der Einfuhrbestimmungen wurde die Entscheidung des Ministeriums für innere und kulturelle Angelegenheiten eingeholt.

### Unschädliche Beseitigung von Tierkadavern

In der technischen Einrichtung der städtischen Wasenmeisterei und Thermochemischen Fabrik in Wien XI, Kaiser-Ebersdorf, haben sich im Berichtsjahr keine Änderungen ergeben. In den zwölf für die Kadaververwertung zur Verfügung stehenden Digestoren wird als Endprodukt Fett für technische Zwecke und Tierfuttermehl gewonnen. Die Verwertung der Häute und Felle erfolgt nach Maßgabe der veterinärpolizeilichen Bestimmungen. Dünger aus Seuchenstallungen, wo Milzbrand oder Rotz festgestellt wurde, wird nach Behandlung mit frisch bereiteter Kalkmilch tief vergraben.

Zur Verarbeitung wurden in die Thermochemische Fabrik eingebracht: 291 Pferde, 16 Fohlen, 74 Rinder, 81 Kälber, 3 Schafe, 2 Lämmer, 55 Ziegen, 17 Kitze, 2053 Schweine, 191 Ferkel, 1594 Stück Geflügel, 1362 sonstige Kleintiere, 536 lebende und 8517 tote Hunde, 190 lebende und 4866 tote Katzen, 947 Fötusse, weiter 576 kg Rindfleisch, 1014 kg Kalbfleisch, 5 kg Schaffleisch, 944 kg Schweinefleisch, 376 kg Speck und Fett, 208.809 kg Fische, 1.941.753 kg verschiedene Organeile und Fleischwaren, 23.980 kg Hasendärme, 8204 kg sonstige animalische Abfälle. Zur unschädlichen Beseitigung wurden 14 Fuhren und 780 kg Dünger übernommen. Vor der chemischen Verarbeitung in der Thermochemischen Fabrik wurden 2483 Tierkörper der Obduktion unterzogen und dabei 60mal Tierseuchen festgestellt.

Zur amtstierärztlichen Beobachtung waren 37 Hunde und 10 Katzen im Laufe des Jahres eingestellt.

Hundestreifungen fanden nicht statt. Wegen Wutverdacht oder Bißverletzungen wurde in der Tierärztlichen Hochschule in Wien die Untersuchung des Gehirns von 46 Hunden und 9 Katzen veranlaßt. Von diesen wurden 42 Personen gebissen oder gekratzt. Die histologische Untersuchung ergab in 55 Fällen ein negatives Resultat.

Für die im Oktober 1938 neu eingemeindeten Gebiete bestehen fünf Wasenmeistereien, und zwar je eine in Pysdorf und Andlersdorf für den 22. Bez., in Schwachat und Fischamend für den 23. Bez., in Brunnam Gebirge für den 24. und 25. Bez. In diesen Wasenmeistereien wurden vertilgt größtenteils durch Verscharrung: 107 Einhufer, 331 Rinder, 7 Schafe, 77 Ziegen, 573 Schweine, 1114 Hunde, 202 Katzen, 90 Stück Geflügel, 99 Kälber, 26 andere Tiere und 64.767 kg Konfiskate.

Außerdem wurden noch 2 außerhalb Wiens liegende Wasenmeistereien in Anspruch genommen, und zwar in Leobendorf für den 21. Bez. und in Nitzing für den 26. Bez.

### Beaufsichtigung der Ausübung der Tierheilkunde

Bei der Ausübung der Tierheilkunde durch die praktischen Tierärzte erfolgte kein Anstand. In Wien bestanden im Jahre 1939 8 tierärztliche Hausapotheken, von denen 2 neu angemeldet worden waren. Es fand eine Betriebsüberprüfung im Sinne der Apothekenbetriebsverordnung statt; die Belehrung der Viehbesitzer durch Tierärzte wird bei jeder sich bietenden Gelegenheit durchgeführt und fällt meist auf fruchtbaren Boden. Insbesondere wurden die Viehbesitzer auch eingeladen, in allen Fragen, welche Tierhaltung, Tierzucht und Tierschutz betreffen, die zuständigen Amtstierärzte um Rat zu fragen. Die Anzeigepflicht der Tierärzte bei Tierseuchen wurde von allen praktischen Tierärzten sowie von den Kliniken der Tierärztlichen Hochschule eingehalten.

## Überwachung des Huf- und Klauenbeschlages

Im Laufe des Berichtsjahres wurden verschiedentlich Klagen von interessierten Kreisen über die vielfach mangelhafte Beschaffenheit des Hufbeschlages laut. Nach Ansicht des Vorstandes der Lehrkanzel für Huf- und Klauenkunde an der Tierärztlichen Hochschule in Wien, Prof. Habacher, ist als Hauptursache des Rückganges der Qualität des Hufbeschlages das Fehlen des früher mit so großem Erfolg durchgeführten halbjährigen Hufbeschlages anzusehen. Zur Abhilfe schlägt Prof. Habacher die Errichtung von viermonatigen Kursen vor, wie sie im Altreich schon seit dem Jahre 1927 bestehen und dort zum Teil an den Tierärztlichen Hochschulen im Anschluß an die Lehrkanzel für Huf- und Klauenkunde abgehalten, zum Teil von den Gaubauernschaften veranstaltet werden. Im Hinblick auf die in den meisten Fällen bestehende Mittellosigkeit der Bewerber müßte diesen für die Dauer des Kurses ein entsprechendes Stipendium gegeben werden.

## Beschaffungsangelegenheiten

### Personalstand

Beamte:	Am 1. Jänner 1939	Am 31. März 1940
Höherer Dienst . . . . .	2	4
Gehobener Dienst . . . . .	22	9
Mittlerer Dienst . . . . .	48	32
Einfacher Dienst . . . . .	33	29
TOA.-Angestellte . . . . .	68	72
TOB.-Arbeiter . . . . .	75	113

### Referatseinteilung

Die Beschaffungsabteilung, die Abteilung II/6 (früher Mag. Abt. 44), wurde im Verwaltungsjahr 1939/40 neu gegliedert.

Sie zerfällt in 6 Dezernate: Lebensmittel, Textilien, Chemie und Brennstoffe, Wirtschaftswaren, Kanzleierfordernisse, Papier- und Druckwaren und Schulwesen, ferner in die dem Beschaffungsamte wegen des engen Zusammenhanges mit der Beschaffung angegliederte Kontingentstelle und Zentralstelle für Altmaterial sowie das Referat Vierjahresplan. Direkt der Amtsleitung unterstellt sind das Zentrallager und die städtische Bäckerei in Wien XVI, Hasnerstraße 123, die Kohlen-, Koks- und Holzlager am Nordbahnhof, in Ottakring und Penzing; ferner die lithographische Presse und die Buchbinderei.

Die Arbeit des Beschaffungsamtes hat durch den Krieg nicht nur eine starke Vermehrung erfahren, sondern war auch mit großen Schwierigkeiten in der Warenbeschaffung verbunden. Trotzdem konnte die Arbeit ohne wesentliche Kräftevermehrung durchgeführt werden. Die große Anzahl der eingerückten Gefolgschaftsmitglieder wurde nicht durch Neueinstellungen ersetzt, sondern deren Arbeit von den zurückbleibenden Gefolgschaftsmitgliedern durch Mehrarbeit bewältigt.

Im folgenden wird eine Übersicht über die Arbeit der einzelnen Dezernate und Abteilungen gegeben:

### Lebens- und Futtermittel

Durch die Schaffung Groß-Wiens und hauptsächlich dadurch, daß mit April 1939 die ehemaligen Fondsanstalten in den Versorgungsbereich der Stadt Wien übernommen und viele Privatanstalten ebenfalls der Stadtverwaltung unterstellt wurden, hat sich der Bedarf wesentlich erhöht. Während des Verwaltungsjahres 1939 ist eine Erhöhung auf 62 belieferte Anstalten mit rund 40.000 Personen gegen nur 28 Anstalten mit rund

23.000 Personen zu Ende des Verwaltungsjahres 1938 eingetreten. Neben diesen Anstalten war auch die Belieferung der städtischen Kindergärten mit Kakao und Zucker durchzuführen.

Wegen der Kriegsverhältnisse mußte bei der Beschaffung der Lebensmittel eine vollständige Änderung in der Beschaffungsart eintreten. Es war notwendig, Vorsorge zu treffen, um für den Fall von Störungen über genügend große Lager zu verfügen, damit der Anstaltenbetrieb ungestört aufrechterhalten werden könne.

Aber nicht nur für den Bedarf an Dauerlebensmitteln für die Anstalten war zu sorgen, sondern es mußten im Einvernehmen mit der Anstaltenwirtschaftsverwaltung, Verköstigungsreferat, oft auch viele Schwierigkeiten bei Frischlebensmitteln, insbesondere bei der Belieferung mit Gemüse und Obst überwunden werden.

Die Beschaffung der Lebensmittel zu möglichst günstigen Preisen war im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung nur mehr sehr eingeschränkt möglich. Bei den meisten Lebensmitteln sind die Preise amtlich festgesetzt und es kommt jetzt darauf an, die besten Qualitäten zu diesen Preisen zu erreichen und durch Ankauf großer Mengen die größtmöglichen Abschläge zu erzielen.

Im Verwaltungsjahr 1939/40 wurde auch die Aktion der Fettverbilligungsscheine zentral übernommen.

Die Beschaffung und Beistellung von Körnerfutter für den Zentralviehmarkt in St. Marx war zufolge des großen Futtermittelmangels mit besonderen Schwierigkeiten verbunden. Ein freier Ankauf war nicht mehr möglich, sondern es mußte das benötigte Futter immer wieder beim Getreidewirtschaftsverband angesprochen werden. Die Zuweisungen waren dabei nur äußerst schwer zu erlangen.

Außerdem mußten auch die Futtermittel für die Anstaltentierhaltungen, für die Pferde der städtischen Betriebe und für die in den Spitälern der Stadt Wien untergebrachten Versuchstiere beschafft werden.

Im Verwaltungsjahr 1939/40 wurden an Dauerlebensmitteln und Futtermitteln, mit Ausnahme der Märkte, welche zentral bewirtschaftet werden, rund 4,160.000 kg mit einem Gesamtwert von rund RM 2,740.000.— gekauft. Nach Warengruppen aufgeteilt, setzen sich diese Summen wie folgt zusammen:

	Menge rund kg	Wert rund RM
Mahlprodukte und Nährmittel . . . . .	1,442.000	638.000.—
Hülsenfrüchte . . . . .	110.000	44.000.—
Fette . . . . .	271.000	422.000.—
Zucker . . . . .	630.000	439.000.—
Salz . . . . .	387.000	77.000.—
Kaffee, Tee, Kakao usw. . . . .	255.000	376.000.—
Essigsprit, Fruchtsäfte . . . . .	75.000	38.000.—
Suppenwürze . . . . .	41.300	109.000.—
Gewürze . . . . .	8.750	16.000.—
Trockenfrüchte . . . . .	20.000	38.000.—
Konserven . . . . .	360.000	465.000.—
Futtermittel . . . . .	560.000	78.000.—

### Textilien und Lederwaren

Zu den Agenden zählt die Beschaffung:

1. des Bedarfes sämtlicher Textil-, Seiler-, Leder-, Kurzwaren usw. für die der Hoheitsverwaltung unterstehenden Ämter, Anstalten und Betriebe;
2. der Dienstkleider und Monturen für die städtischen Angestellten, mit Ausnahme jener der großen Unternehmungen;
3. der Pakete für die Säuglingswäscheaktion;

4. der Materialien für den Handarbeitsunterricht an den städtischen Schulen;
5. die Durchführung sonstiger Ankäufe von Artikeln aus den im Punkt 1 genannten Branchen für besondere Anlässe.

Der Umsatz im Jahre 1939/40 betrug rund RM 3,797.000.— und war gegenüber dem vorjährigen Umsatz um rund RM 997.000.— höher. Davon entfallen auf

Ankäufe:		Rund RM
55.000 m	Schafwollstoffe . . . . .	329.500.—
1.446 Stück	Schafwollwaren . . . . .	17.800.—
801.729 m	Baumwollstoffe . . . . .	605.000.—
330.080 Stück	Baumwollwaren . . . . .	305.900.—
107.315 m	Leinenstoffe . . . . .	194.500.—
31.365 Stück	Leinenwaren . . . . .	28.900.—
38.327 Stück	Decken aus Schaf- oder Baumwolle und Plachen . . . . .	217.600.—
179.953 Stück	Strick- und Wirkwaren . . . . .	108.200.—
41.865 Paar	Strick- und Wirkwaren . . . . .	41.900.—
3.320 kg	Schaf- und Baumwolle . . . . . (Strick-, Stopf- und Nähwolle) Zwirne und Garne, wie Häkelgarn usw., Kurzwaren, wie Hafteln, Knöpfe, Nadeln usw. . . . .	16.700.— 20.400.—
14.628 kg	Seilerwaren . . . . .	21.900.—
9.892 m	Seilerwaren . . . . .	12.200.—
2.242 Stück	Seilerwaren . . . . .	4.200.—
	Diverse Waren . . . . .	461.100.—
90.000 quf	Ober- und Futterleder . . . . .	89.600.—
19.500 kg	Hartleder . . . . .	64.400.—
2.130 m	Riemen und Gurten . . . . .	2.800.—
1.513 Stück	fertige Lederwaren . . . . .	8.900.—
16.072 Stück	fertige Konfektionsstücke aus Schafwolle .	107.900.—
107.865 Stück	fertige Konfektionsstücke aus Baumwolle .	222.400.—
3.334 Stück	fertige Konfektionsstücke aus Leinen . .	7.800.—
21.773 Paar	fertige Konfektionsstücke aus Leder . . .	176.800.—

**Arbeitsvergebung:**

		Rund RM
Für Veredlung von Rohwaren, soweit sie nicht als solche Verwendung fanden, wurden verausgabt . . . . .		19.000.—
37.212	Konfektionsstücke aus Schafwolle . . . . .	276.100.—
553.615	Konfektionsstücke aus Baumwolle . . . . .	164.100.—
49.600	Konfektionsstücke aus Leinen . . . . .	38.100.—
144	Konfektionsstücke aus Leder . . . . .	1.100.—
23.850	Paar Konfektionsstücke aus Leder (Schuhe, Stie- fel, Pantoffel usw.) . . . . .	191.800.—
Für diverse Lohnarbeiten, wie Reparaturen usw. . . . .		24.400.—

Die Konfektionslöhne allein betragen RM 667.800.—. Sie sind in den obenangeführten Beträgen bereits enthalten.

Die Preise waren im allgemeinen bis Ende Juli 1939 unverändert, sind dann aber bis zum Ende des Jahres sukzessive um fast 30% gestiegen.

Für die Einrichtung von diversen Hilfslazaretten wurden zirka 380.000 m Leinen- und Baumwollstoffe und 7000 Stück Decken um den Gesamtbetrag von zirka RM 225.000.— angekauft.

Die Uniform der Feuerschutzpolizei hätte an die grüne Uniform der Ordnungspolizei angeglichen werden sollen. Infolge Beschaffungsschwierigkeiten konnten von 1700 Mann nur 200 ausgerüstet werden.

Infolge Verknappung einzelner Waren wurden umfassende Sparmaßnahmen durchgeführt; so wurde unter anderem die Tragdauer der beige gestellten Dienst- und Arbeitskleider vorläufig um ein Jahr verlängert, die beige gestellten Handtücher eingezogen und für den Handarbeitsunterricht an den städtischen Schulen nur mehr ein Viertel des bisherigen Quantum an Handarbeitsmaterial beige gestellt.

### Brennstoffe, Chemikalien

Beschafft wurden nicht nur für die Hoheitsverwaltung, sondern auch für die Betriebe feste und flüssige Brennstoffe, Reinigungsmaterial, Gummiwaren und verschiedene Spezialwaren, insbesondere für den Spitalsbedarf.

Den größten Arbeitsaufwand und die größten Schwierigkeiten machte die Beschaffung der Brennstoffe. Hier sind auch die größten Umsatzziffern zu verzeichnen. Gesamtumsatz des Dezernats rund RM 7,167.000.—.

Die erhöhten Anforderungen konnten, abgesehen von einer vorübergehenden Schließung der Schulen und einer nur kurze Zeit nötigen Einschränkung der Amtszeit, ohne nennenswerte Störungen befriedigt werden.

Der Verbrauch an Brennstoffen war um rund 40% höher als im vorausgegangenen Winter. Der Mehrbedarf war neben dem erhöhten Verbrauch durch die Kälte vor allem auf die Erweiterung der Bedarfsstellen zurückzuführen.

Die Beschaffung von Hartholz für die in den Anstalten noch sehr zahlreich vorhandenen Holzdauerbrandöfen und von Unterzündholz für nahezu sämtliche Verbrauchsstellen war infolge der Holzknappheit und des großen übrigen Bedarfes an Holz gleichfalls schwierig.

Wert- und mengenmäßig wurden umgesetzt:

	Waggon	Rund RM
Steinkohle . . . . .	1.850	590.000.—
Braunkohle . . . . .	4.050	1,172.000.—
Gaskoks . . . . .	4.700	1,740.000.—
Holz . . . . .	385	162.000.—
Unterzünder . . . . .	14	85.000.—
Bunde (4700) . . . . .	7	4.000.—
	<u>11.006</u>	<u>3,753.000.—</u>

Benzin.

Beliefert wurden alle städtischen Bedarfsstellen, Betriebe und Unternehmungen. Der Bedarf gegenüber 1938/39 war fast unverändert und betrug im Berichtsjahr:

	kg	RM
Fahrbenzin . . . . .	2,903.000	1,350.000.—
Lötbenzin . . . . .	5.700	3.050.—
Leichtbenzin . . . . .	17.800	7.470.—
Benzolgemisch . . . . .	72.000	33.600.—
Petroleum . . . . .	102.000	23.200.—
	<u>3,100.500</u>	<u>1,417.320.—</u>

Die Preise bewegten sich in folgenden Grenzen:

Mittelbenzin (je 100 kg)	RM
bis 30. Juni 1939 . . . . .	41.65 bis 42.30
bis 31. August 1939 . . . . .	39.75 bis 40.80
bis 15. November 1939 . . . . .	32.40 bis 38.—

Benzolgemisch (je 100 Liter)	RM
bis 31. Jänner 1940 . . . . .	36.40 bis 42.—
ab 1. Februar 1940 . . . . .	38.— bis 39.—

Chemisch-technische Artikel.

Durch die Eingliederung vieler neuer Bedarfsstellen ist der Umsatz gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Preisschwankungen waren kaum zu verzeichnen, ausgenommen Seife, die um 80%, und Fußbodenpasta, die um 60% stieg. Der Umsatz stellt sich wie folgt dar:

	kg	RM
Seifen aller Art . . . . .	446.481	161.735.—
Waschpulver . . . . .	210.530	105.225.—
Soda . . . . .	282.400	28.240.—
Sapex . . . . .	13.531	4.051.—
Sapex W (Waschpulver, fettfrei)	11.255	4.203.—
Handreinigungsmittel . . . . .	20.610	12.903.—
Sand- und Scheuerpulver . . . . .	81.597	13.542.—
Kohlensäure . . . . .	18.919	4.789.—
Glyzerin . . . . .	2.122	2.292.—
Kerzen . . . . .	7.967	6.213.—
Leinöl . . . . .	10.000	5.012.—
Fußbodenpflegemittel, fest . . . . .	11.646	13.866.—
Fußbodenpflegemittel, flüssig . . . . .	15.783	14.365.—
Schuhpasta . . . . .	33.750	3.398.—
Metallputzmittel . . . . .	9.925	4.711.—
Technische Artikel aller Art . . . . .	190.944	73.437.—
Salze . . . . .	643.885	50.142.—
Desinfektionsmittel . . . . .	34.921	29.381.—
Torf . . . . .	10.450	355.—
Spiritus . . . . .	1.518	1.002.—
Mineralöl, Treiböl, Stauböl . . . . .	1,121.033	396.623.—
Badeartikel . . . . .	—	32.615.—
Medizinische Hautpflegemittel . . . . .	—	21.248.—
Medikamente, Verbandstoffe, Arzneiartikel . . . . .	—	28.652.—
	<u>3,179.267</u>	<u>1,018.000.—</u>

Gummiwaren.

Schwierigkeiten bestanden nur bei der Beschaffung der Wasser- und Feuerlöschschläuche. Durch die Einführung der Reifenkarte wurde der Verbrauch an Reifen jeder Art beschränkt.

Die Preisverhältnisse haben sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich geändert. Die Umsatzziffern sind:

	RM
Neue Bereifung . . . . .	302.814.48
Bereifungsreparaturen . . . . .	45.064.80
Wasserschläuche . . . . .	13.214.96
Technische Kautschuk- und Asbestwaren . . . . .	37.270.64
Chirurgische Artikel . . . . .	52.937.41
	<u>451.302.29</u>

Spezialwirtschaftswaren.

Auch hier zeigten sich große Beschaffungsschwierigkeiten. Es waren auch verschiedene Preissteigerungen zu verzeichnen. Die Umsätze betragen für:

	RM
Spitäler . . . . .	48.174.31
Diverse Wirtschaftswaren . . . . .	47.517.22
Chirurgische Instrumente und diverse Reparaturen . . . . .	2.049.94
Staubsaugerreparaturen und Diverses . . . . .	2.289.91
Luftschutzgeräte . . . . .	266.331.19
	<u>366.362.57</u>

Schädlingsbekämpfung und Reinigung.

Es wurden im Zuge der durch den Krieg notwendigen Sparmaßnahmen größere Einschränkungen bei den ständig durchgeführten Reinigungen getroffen.

Diesen Einsparungen stehen Mehrausgaben, die sich aus den Ämterverlegungen und Ämtervermehrungen ergaben, gegenüber. Der Umsatz betrug für:

	RM
Pflege der Fußböden durch Kontrahenten . . . . .	96.039.90
Pflege der Fußböden durch Hauswarte . . . . .	3.512.96
Fensterreinigung . . . . .	13.851.80
Fußbodenreinigung . . . . .	8.563.50
Gründliche Reinigung, Desinfektion usw. . . . .	16.641.40
Schädlingsbekämpfung . . . . .	21.393.70
	<u>160.003.26</u>

#### Wirtschaftswaren

Auch hier ergaben sich bei der Beschaffung Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung und den Erzeugniseinschränkungen.

Möbel und sonstige Einrichtungsgegenstände.

Der Umsatz ist gegenüber dem Vorjahr ziemlich gefallen. Aus dem hohen Lagerstand aus dem Vorjahr und durch einschneidende Sparmaßnahmen konnten die Bedürfnisse der neu einzurichtenden Ämter, vor allem der Kriegswirtschaftsämter mit verhältnismäßig sehr wenig Neuanschaffungen befriedigt werden.

Die Einkaufspreise für Möbel konnten trotz der vorausgegangenen starken Preiserhöhungen bei vielen dieser Waren bei den alten Kontrahenten mit verhältnismäßig geringeren Preisen gehalten werden, hingegen waren gewaltige Preiserhöhungen bei Schnittholz, und zwar bei Tischlerholz bis zu 100% und bei Bauholz 117% zu verzeichnen.

Der Umsatz betrug RM 510.682.—.

Elektro-, Gas- und Wasserleitungsmaterial.

Die Materialknappheit und die unbestimmten Lieferfristen brachten eine Einschränkung mit sich, doch stieg auch hier der Bedarf.

Der Umsatz betrug für:

	Stück	RM
Glühlampen . . . . .	108.120	90.322.28
Kohlenfadenlampen . . . . .	628	304.—
Niedervoltlampen . . . . .	19.336	2.030.30
Luftschutzlampen . . . . .	6.013	5.432.75
Batterien . . . . .	32.227	7.035.96
Gehäuse . . . . .	1.875	2.251.10
Elektromaterial . . . . .		114.777.—
Wasserleitungsmaterial . . . . .		26.659.20
		<u>248.812.59</u>



Eisen- und Metallwaren, Transporte usw.

Der Umsatz betrug RM 185.746.24

Ferner wurden ausgegeben für:

	RM
288 Stück neue Uhren . . . . .	5.652.—
Reparaturen von Uhren . . . . .	2.128.46
Neuanfertigung in Kassen, Schränken und Kassetten . .	67.079.50
Kassen-, Schrank- und Kassettenreparaturen . . . . .	4.750.41
Kassentransporte . . . . .	9.034.15
Sonstige Transporte . . . . .	44.423.82
Nähmaschinen . . . . .	2.508.20
Fahrräder . . . . .	2.994.76
Eiserne Stahlbetten . . . . .	146.731.—
Tafeln . . . . .	4.860.67
Kessel und Kesselreparaturen . . . . .	2.690.11
Spielwaren . . . . .	9.867.36
	<hr/>
	302.720.44
Wareneinkauf für das Zentrallager.	
Holzwaren . . . . .	59.084.90
(Waschküchengeräte, Stiele aller Art, Schiebtruhen, Rechen, Futterschaufeln usw.)	
Wirtschaftswaren . . . . .	48.342.04
(Dazu zählen alle jene Artikel, welche neben Geschirr im Haushalt gebraucht werden)	
Geschirr . . . . .	30.006.88
(Porzellan-, Email- und Tongeschirr, Glaswaren, Be- stecke usw.)	
Reinigungsmaterial . . . . .	109.765.20
(Besen, Bürsten, Pinsel, Putzhadern, Waschel, Draht- bürsten usw.)	
	<hr/>
	247.199.02

Transporte.

Dem Dezernat oblag auch die Verwaltung des für die sachlichen Beförderungskosten im Rahmen der Hoheitsverwaltung ausgeworfenen Kredits. Hier ergaben sich große Schwierigkeiten in der Befriedigung der Anforderungen im Zusammenhang mit den vielen Transporten, die bei den Kriegswirtschaftsämtern, vor allem in den Kartenstellen, erforderlich waren.

#### Kanzleierfordernisse

Im Zusammenhang mit dem Kriege war besonders viel Mehrarbeit zu leisten, weil sich die ungeheuren Anforderungen der Kriegswirtschaftsämter vor allem an Druck- und Papierkosten auswirkten. Diese Anforderungen waren meistens äußerst dringlich und mußten stets sofort befriedigt werden. Die Beschaffungsschwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Krieg waren dabei auch ziemlich erheblich. Einschließlich der Lithographischen Presse, der Buchbinderei und des Handlagers wurden RM 3,397.417.77 umgesetzt. Dieser Betrag setzt sich wie folgt zusammen:

	RM
a) Amtsliteratur.	
Bücher, Pläne und Karten . . . . .	53.199.20
Zeitschriften und Zeitungen . . . . .	24.929.32
Gesetzblätter . . . . .	9.165.94
Inserate . . . . .	6.521.84
Prachtausgabe von „Mein Kampf“ für Neuvermählte .	331.740.—
	<hr/>
	425.556.30

b) Schreibmaschinen.	RM
Schreibmaschinen, 399 Neuanschaffungen . . . . .	118.775.86
Reparaturen, Reinigung und Instandhaltung . . . . .	18.727.—
	<u>137.502.86</u>
c) Fernsprecher.	
Laufende Gebühren der Hoheitsverwaltung . . . . .	419.001.35
Laufende Gebühren der Betriebe . . . . .	250.024.87
Instandhaltung	
Neues Rathaus . . . . .	14.814.—
Dienststellen außerhalb des Rathauses, einschl. B. H. . .	19.620.—
Dienststellen im erweiterten Wirkungsbereich . . . .	266.—
	<u>703.726.22</u>
d) Buchbinderei, Rechenmaschinen usw.	
Buchbinderarbeiten . . . . .	131.143.—
Hausbuchbinderei . . . . .	48.500.—
Adressiermaschinen und Zugehör . . . . .	7.236.58
Rechenmaschinen . . . . .	244.812.—
	<u>431.691.58</u>
e) Diverse.	
Vervielfältigungen und Zugehör, Reparaturen und	
Reinigungen . . . . .	13.222.44
Dienstabzeichen, Kappenabzeichen, Marktamtsdienst-	
zeichen usw. . . . .	4.581.—
Hundemarken . . . . .	1.504.—
Rundfunkempfänger, Reparaturen und Instandhaltung . .	3.804.95
Kranzspenden . . . . .	5.380.—
Frankiermaschinen . . . . .	5.207.—
Kanzleierfordernisse . . . . .	101.642.46
Stampiglien . . . . .	22.687.11
Flascheneinweichapparat, Korkreiniger . . . . .	1.225.50
Karteinrichtungen . . . . .	2.335.70
Verschiedene Anschaffungen . . . . .	1.358.53
Leihhandtücher (Aktion „Schönheit der Arbeit“) . . . .	18.231.—
	<u>181.179.69</u>
f) Papier.	
Papier und Karton . . . . .	603.294.28
Spezialpapiere, chemische Papiere . . . . .	37.354.56
Papierverarbeitung . . . . .	125.606.29
Farbbänder . . . . .	8.467.43
Photomaterial . . . . .	6.906.75
Maschinen- und Maschinenbestandteile . . . . .	36.648.99
Druckmaschinenmaterial (Farbe usw.) . . . . .	2.439.26
Druckkosten . . . . .	697.043.56
	<u>1,517.761.12</u>

### Schulwesen

Für Schuleinrichtungsgegenstände (Erhaltung und Nachschaffung für 501 Anstalten) wurden RM 200.302.31 aufgewendet, davon RM 24.667,46 für Neuanschaffungen und RM 175.634.85 für Instandsetzungen,

Die Kosten für die Schulmöbeltransporte infolge Auflassung oder Verlegung von Schulen als auch von militärischen Einquartierungen sind auf rund RM 40.000.— gestiegen. Die Beistellung der Reinigungsmaterialien und Hausgeräte erforderte einen Betrag von RM 44.848.21. Für Verdunklungen und die Beschaffung neuer sowie Reparatur alter Projektionswände wurden RM 4113.08 verausgabt. Die Instandhaltung der Musikinstrumente an den Wiener Schulen erforderte einen Betrag von RM 15.225.38.

Die Wiener städtischen Volks-, Haupt- und Sonderschulen wurden von 123.617 Schülkindern besucht, von denen 101.590 mit Lernmitteln unentgeltlich beteiligt wurden. An Lehrbüchern wurden rund 138.000 Exemplare und an Klassenlesestoffen rund 45.000 Exemplare den Schulen beigestellt. Die Gesamtkosten hiefür betragen RM 224.030.43. Folgende Bücher wurden neu eingeführt:

Exemplare

- 5.000 Gucki, Das Eichkätzchen und sein Wald.
- 15.000 Alles für Deutschland.
- 12.000 Die Schneemänner.
- 492 Wandbilder Proklamation des Führers auf dem Heldenplatz.
- 20.512 Deutschland ruft Euch.
- 19.000 Ahnenpässe.
- 19.000 Kampf um Deutschland.
- 12.000 Adolf Hitler und Österreich.
- 3.000 Schulhandkarten der Ostmark.
- 3.000 Schulhandkarten von Niederdonau.
- 6.500 Lehrbücher der deutschen Kurzschrift, 2. Teil.
- 7.800 Lehrbücher für die englische Sprache.
- 184 Wandbilder Das Adolf-Hitler-Jahr.

Für die Beistellung der Karten der Ostmark wurden RM 3110.— verausgabt, für die Anschaffung der Schreib- und Zeichenmaterialien RM 172.056.10, für die Anschaffung von Lehrer- und Schülerbüchern RM 29.589.17, die Ergänzung der Werkstätteneinrichtung kostete RM 5161.77. Ferner wurden ausgegeben für:

	RM
Handarbeitsmaterialien . . . . .	28.987.70
Lehrmittelreparaturen und Sammlungen . . . . .	28.720.—
Kanzlei- und Klassenrequisiten . . . . .	11.737.23
Nähmaschinen . . . . .	17.262.95
Schuldrucksorten . . . . .	17.657.68
Fahrtauslagen . . . . .	174.828.10
Fernsprechgebühren . . . . .	59.469.97
Schulpauschalien . . . . .	75.812.—

Die Preise für Neuanschaffungen von Schulmöbeln und für Instandsetzungsarbeiten bewegten sich ungefähr in der Höhe der Vorjahrspreise. Beschaffungsschwierigkeiten waren bei dem durch die Ersparungsmaßnahmen bedingten verhältnismäßig geringen Umfang der Neuanschaffungen nicht zu verzeichnen.

### Zentrallager

Die Änderung verschiedener, durch den Krieg bedingter Beschaffungsvorgänge wirkte sich besonders stark aus. Der Arbeitsaufwand stieg durch diese Änderungen stark an. Die Umsätze betragen z. B. bei Lebensmitteln mehr als 250% gegenüber den Normalumsätzen. Die zu betreuenden Lagervorräte stiegen ebenfalls durchweg stark an. So waren z. B. die Vorräte im Lebensmittellager fast um 200% höher als die Normalvorräte,

bei Textil- und Lederwaren um fast 100% höher; bei Chemie- und Wirtschaftswaren um mehr als 200% höher.

### Städtische Bäckerei

Im Jahre 1939 wurden erzeugt:	kg
Brot . . . . .	675.132
Gebäck . . . . .	496.440
Mehlspeisen . . . . .	23.619
	<hr/>
	1,195.191

### Kontingentsstelle und Altmaterialverwertung

Das Berichtsjahr ist in der Hauptsache dadurch gekennzeichnet, daß zufolge des Krieges in kurzer Folge die Vorschriften der einzelnen Reichsstellen wechselten und die Kontingentsstelle ununterbrochen vor neue Aufgaben gestellt wurde.

Der Anschluß der Zentralstelle für Altmaterial an die Kontingentsstelle hat sich bezüglich der Verwertung von Nutzmateriale innerhalb der Gemeindeverwaltung als sehr günstig erwiesen. Es wurden abverkauft oder zugewiesen in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1939 rund

6,010.000 kg	Eisen und Stahl,
301.000 kg	Metalle aller Art,
503.000 kg	Altpapier,
51.000 kg	Hadern,
33.000 Stück	Jutesäcke,
48.000 Stück	Glühlampen,
3.000 kg	Altkork,
116.000 kg	Glasbruch,
10.000 kg	Altöl und Petrol,
1.000 kg	Leder,
52.000 kg	Schamottebruch,
15.000 kg	altes Pech und Asphaltbruch,
8.000 kg	alte Gasmesser und verschiedene andere Gegenstände im Gesamtbetrag von RM 391.764.—.

## Landeskulturangelegenheiten

In der Berichtszeit hat der Aufgabenkreis der Abt. II/7, früher Mag. Abt. 46, eine grundlegende Änderung erfahren. Sie behandelte bis zur Neuorganisation der Verwaltung die Wasserrechts-, schiffahrtsbehördlichen und Landeskulturangelegenheiten sowie die Aufgaben des Naturschutzes als Landesbehörde (II. Instanz). Diese Agenden sind an den Reichsstatthalter in Wien, Staatliche Verwaltung, Referat III b L, bezüglich des Naturschutzes an das Referat III b N übergegangen. Die wasserrechtlichen und schiffahrtsbehördlichen Agenden jedoch, soweit sie den Donaustrom, den Donaukanal und die Häfen betreffen, wurden dem Reichsstatthalter in Niederdonau übertragen, und zwar erstere an das Wasserrechtsreferat, letztere an die Wasserstraßendirektion.

Der Aufgabenkreis der Abt. II/7 erstreckt sich nunmehr ausschließlich auf die Agenden der I. Instanz in Wasserrechtsangelegenheiten, schiffahrtsbehördlichen und Landeskulturangelegenheiten sowie auf den Naturschutz. Sie ist auch Genehmigungsbehörde im Sinne der Grundstückverkehrsbeamtung. Vorübergehend (Juni bis November 1939) war der letztgenannte Aufgabenkreis dem Besonderen Stadtamt II zugewiesen.

In der Zeit vom 1. Februar bis 30. Juni 1939 verwaltete die Abteilung das Weingut des Deutschen Ritterordens in Gumpoldskirchen. Die Stadt Wien hat das Gut vom Stillhaltekommissar käuflich erworben. Dieser Kauf wurde aber über Verfügung des Führers rückgängig gemacht und das Weingut gelangte in den Besitz der Reichsdomänenverwaltung.

### Referatseinteilung

Wasserrechtsangelegenheiten;  
Führung des Wasserbuches und des Lagerbuches;  
Handhabung des Binnenschiffahrts-Verwaltungsgesetzes und der Schiffsführerverordnungen einschließlich Erteilung der Schiffspatente und der Strafsachen;  
Führung der Register für Schiffsführer- und Floßführerpatente;  
Führung des Verzeichnisses über die Ruder- und Motorboote;  
Hochwasserschutz;  
Fischereiangelegenheiten;  
Jagdangelegenheiten, Verwaltung der gemeinschaftlichen Jagdbezirke (allgemeine Angelegenheiten), Führung des Jagdkatasters;  
Handhabung der Grundstückverkehrsbekanntmachung;  
Erbhofangelegenheiten;  
Förderung der Landeskulturangelegenheiten:  
a) des Feldbaues,  
b) des Gemüsebaues, Vorsorge für Saatgutbeschaffung,  
c) des Obstbaues,  
d) des Weinbaues,  
e) der Viehzucht (Zuchttierhaltung und Beihilfen für Zuchttierankäufe);  
Begutachtung in agrartechnischen Angelegenheiten;  
Feldschutz;  
Tierseuchenkasse;  
Schädlingsbekämpfung (Allgemeines);  
Untere Naturschutzbehörde, Führung des Naturschutzbuches (Unterschutzstellung von Naturdenkmälern, Maßnahmen zur Erhaltung von solchen, Schutz des Landschaftsbildes, Entfernung störender Ankündigungstafeln), Bekämpfung der Taubenplage.  
Die Abteilung führt auch die Verwaltung des Schul- und Wirtschaftsbetriebes der „Gumpoldskirchner Wein- und Obstbauschule der Stadt Wien“.

Der Personalstand der Abteilung, in deren Leitung während der Berichtszeit keine Änderung eingetreten ist, betrug am 1. Jänner 1939 4 Beamte des höheren Dienstes, 1 Beamten des gehobenen Dienstes, 2 Beamte des mittleren Dienstes und 3 Beamte des einfachen Dienstes. Am 31. März 1940 waren der Abteilung zugeteilt: 4 Beamte des höheren Dienstes, 2 Beamte des gehobenen Dienstes, 2 Beamte des mittleren Dienstes, 1 Beamter des einfachen Dienstes und 4 Angestellte nach TOA.

In der Wein- und Obstbauschule der Stadt Wien blieb in der Berichtszeit der Personalstand unverändert. Zugeteilt sind: 3 Lehrkräfte des höheren Dienstes, 2 Demonstratoren, 1 Beamter des mittleren Dienstes und 6 TOB.-Angestellte (Arbeiter).

Durch die Schaffung Groß-Wiens wurde die Stadt unter allen Großstädten des Deutschen Reiches die größte mit landwirtschaftlich genutzten Flächen. Dadurch erwuchs der Stadtverwaltung auf dem Gebiet der Förderung der Landwirtschaft größere Aufgaben als anderen Großstädten.

#### Wasserrecht.

Im Wasserbuch wurden rund 170 neue Wasserbucheinlagen angelegt, so daß sich die Gesamtzahl der derzeitigen Wasserbucheinlagen auf 1250 beläuft, und zwar betreffen

529 Eintragungen das Gebiet Wiens vor der Eingemeindung und 721 Eintragungen das neu eingemeindete Gebiet.

#### Schiffspatente.

Im Zuge der Neuorganisation war die Abt. II/7 auch für die Führung des Schiffsverzeichnisses, der Schiffspatente, zuständig geworden. Insgesamt wurden im abgelaufenen Jahre 170 Schiffspatente ausgefertigt.

#### Binnenschiffahrtsstatistik.

Als unbedingt notwendiger Behelf für die Handhabung der Vorschriften der Flußschiffahrt auf der Donau und dem Donaukanal hat die Abt. II/7 in der ersten Hälfte des Berichtsjahres auf sämtlichen Uferstrecken die Nutzungsberechtigten und die von ihnen genutzten Flächen festgestellt und die dabei auftauchenden Fragen geklärt. Am Donaustrom bestehen 8 öffentliche und 51 private, und am Donaukanal 7 öffentliche und 77 private Anlegeplätze.

#### Jagdangelegenheiten.

Die Neueinführung des Reichsjagdrechtes und die hiezu erlassenen Übergangsbestimmungen brachten eine vermehrte Verwaltungstätigkeit mit sich, denn es mußten nach Festlegung der Jagdbezirke rund 100 gemeinschaftliche Jagdbezirke und rund 50 Eigenjagdbezirke neu verpachtet werden. Jene gemeinschaftlichen Jagdbezirke, die nicht verpachtet werden konnten, wurden von der Abteilung bis zu ihrer Verpachtung unmittelbar verwaltet.

Die Abteilung hat einen Jagdkataster angelegt, aus dem alle wichtigen, den Jagdbezirk betreffenden Einzelheiten ersichtlich sind. Die vereinnahmten Jagdpachtzinse der gemeinschaftlichen Jagdbezirke sowie deren Verteilung an die Grundbesitzer obliegt ebenfalls der Abteilung.

#### Grundstückverkehr.

Während der Berichtszeit war in der Zeit von Juni bis Ende Oktober die Behandlung dieser Materie dem Besonderen Stadtamt II übertragen, gleichwohl wurden in rund 600 Fällen Genehmigungen für die Übertragung oder Pachtung landwirtschaftlich genutzter Grundstücke erteilt.

Die im Gesetz vorgeschriebene Zusammenarbeit mit der Kreisbauernschaft verlief klaglos. Mit Rücksicht auf die Neueinführung dieses Gesetzes in der Ostmark war eine Aufklärung der Bevölkerung für das richtige Verständnis für die neuen Fragen der Bodenpolitik notwendig. Trotz des Krieges haben die Ansuchen im Sinne der Grundstückverkehrsbekanntmachung nicht abgenommen.

#### Erbhofangelegenheiten.

Die Durchführung des Erbhofgesetzes setzte die Anlegung der Erbhofrolle voraus. Hiemit war die Abt. II/7 einen Großteil des Jahres 1939 intensiv beschäftigt.

### Landeskulturangelegenheiten

#### Feld-, Obst- und Gemüsebau.

Der Feld-, Obst- und Gemüsebau erfuhr durch Zuwendung entsprechender Barmittel an die Landesbauernschaft, vor allem für Saatgutbeschaffung und arbeitskräftesparende landwirtschaftliche Maschinen, Förderung durch die Gemeindeverwaltung.

Es wurde die Durchführung der Obstsonderschau auf der Wiener Frühjahrsmesse 1939 ermöglicht. Eine weitere Förderung erfuhr der Obstbau dadurch, daß über Veranlassung der Abteilung die Bekämpfung der San-José-Schildlaus durch die vorgeschriebenen Spritzungen von der Fachstelle für Gartenwesen durchgeführt wurde.

Bereits im Jahre 1939, noch mehr aber am Ende der Berichtszeit wurde dem Gemüsebau erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet. Der Landesbauernschaft wurden größere Förderungsbeiträge zur Anschaffung von Saatgut und Herstellung von Mistbeetfenstern, ferner für die Errichtung von zeitgemäßen Düngerstätten und dergleichen zur Verfügung gestellt. Insbesondere hat die Abteilung darauf Einfluß genommen, daß möglichst alle für den Gemüsebau geeigneten Flächen, vor allem aber die im Gemeindebesitz befindlichen, diesen Zwecken auch tatsächlich zugeführt werden.

#### Weinbau.

Zur Förderung des Qualitätsweinbaues durch Bearbeitung des Lesegutes und entsprechende Kellerbehandlung wurden zwei Winzergenossenschaften gebildet, und zwar die eine in Wien, 19. Bez., für das engere Wiener Weinbaugebiet bis Maria-Enzersdorf, und die zweite in Gumpoldskirchen für das weitere Gebiet an der Südbahnstrecke. Sie kommen in erster Linie dem kleinen Hauer zugute. Der Winzergenossenschaft in Gumpoldskirchen wurde das städtische Objekt Lueger-Keller nach Instandsetzungsarbeiten pachtweise überlassen.

#### Maulbeerpflanzung.

In den Bestrebungen zur Hebung der einheimischen Rohstoffherzeugung ist die Gemeindeverwaltung im Herbst 1939 daran geschritten, die Anpflanzung von Maulbeersträuchern zu fördern, da sich in der industriellen Verwertung der Maulbeerpflanzen neue, für die staatliche Selbstversorgung höchst bedeutsame Möglichkeiten ergeben. Bisher dienten ausschließlich die Blätter des Maulbeerstrauches als Futter für die Seidenraupen. Nunmehr ist die Industrie auch imstande, aus der Rinde der entblätterten Ruten Spinnfasern zu gewinnen. Die entrindeten Ruten können aber auch als Zelluloseholz (50,36% Zellulose) verwertet werden. Als Vorbereitung hiezu hat die Gemeindeverwaltung landwirtschaftlich nicht nutzbare gemeindeeigene Grundstücke ermittelt, auf denen im kommenden Frühjahr zirka 100.000 Stück Maulbeersträucher ausgesetzt werden sollen.

#### Tierzucht.

In den 97 neu zu Wien gekommenen Gemeinden war die Tierzuchthaltung gänzlich verschieden geregelt. Das Bemühen der Abteilung mußte vor allem darauf gerichtet werden, die Zuchttierhaltung möglichst zu vereinheitlichen, weshalb die Aufstellung von Bullenhaltungsvereinen veranlaßt wurde. Auf diese Weise soll die Haltung der Zuchttiere durch die Gemeinde tunlichst vermieden werden.

Für den Ankauf der Tiere erhalten die Bullenhaltungsvereine eine Beihilfe von 25% des Ankaufspreises des Zuchttieres. Die Zahl der hier in Betracht kommenden Zuchttiere betrug am Ende des Berichtsjahres 69 Stiere, 5 Eber und 11 Ziegenböcke. Zur Evidenzhaltung der Zuchttiere wurde ein Zuchttierkataster mit allen nötigen Daten angelegt. Gegen Ende des Berichtsjahres zeigte es sich, daß ein Auslangen mit den aus Stieräckern und -wiesen gewonnenen Futtermitteln nicht überall gefunden werden konnte, weshalb durch Anschaffung von Kunstdünger für einen höheren Ertrag dieser Grundstücke im kommenden Jahre Vorsorge getroffen wurde.

#### Mitwirkung bei statistischen Zählungen.

Bei der im Jahre 1939 durchgeführten Obstbaumzählung, ferner bei den Zählungen der Haustiere, Zwischenfrüchte, Silobauten und Ölsaaten hat die Abteilung wesentlichen Anteil gehabt.

### Begutachtung in agrartechnischen Angelegenheiten

In landwirtschaftlichen Angelegenheiten wurden anderen Abteilungen, insbesondere zu Beginn des Berichtsjahres, zahlreiche Gutachten, und zwar hauptsächlich über die

Art und Intensität der Nutzung von Grundstücken, über das Ausmaß und die Art von Flurschäden, über die Angemessenheit von Pachtzinsen und dergleichen, abgegeben.

#### Feldschutz.

Durch den Gebietszuwachs hat sich die Zahl der von der Gemeinde angestellten Flurhüter von 54 auf 160 erhöht. Die der Abteilung obliegenden Aufgaben bezüglich des Feldschutzes haben aber überdies infolge der Kriegszeit an Bedeutung gewonnen, denn gerade in dieser Zeit mußte darauf hingewirkt werden, daß jede — auch fahrlässige — Beschädigung des Feldgutes hintangehalten wird.

#### Tierseuchenkasse.

Die Abteilung hat auch die der Gemeindeverwaltung nach der Verordnung über die Entschädigung für Viehverluste vorliegenden Aufgaben besorgt. Auf Grund einer von der statistischen Abteilung durchgeführten eigenen Zählung der der Beitragspflicht unterliegenden Rinder und Einhufer wurden die Beitragsleistungen den einzelnen Tierhaltern vorgeschrieben.

#### Naturschutz.

Schon vor der Schaffung Groß-Wiens wies die Stadt eine für Großstädte ganz ungewöhnlich große Zahl von Naturdenkmalen auf. Mit der Eingemeindung von 97 Ortsgemeinden erfuhr diese Zahl eine bedeutende Steigerung. In der Berichtszeit wurden rund 600 einzelne Bäume, 12 Baumgruppen, 1 Auebestand, 2 Felsbildungen und 1 Gesteinsaufschluß unter Schutz gestellt. In das von der Abteilung geführte Naturschutzbuch sind bereits 140 geschützte Naturgebilde samt den dazugehörigen Plänen, Bildermaterial und Beschreibung eingetragen. Zur Erhaltung und Sicherung vor dem Umsichgreifen bestehender Faulstellen an Ästen und Stämmen wurden in 33 Fällen unter fachmännischer Anleitung und Aufsicht Vorbeugungsmaßnahmen (Plombierungen) durchgeführt. Zur Beseitigung von Störungen des Landschaftsbildes wurden in der Berichtszeit rund 200 Reklamen entfernt.

Auch dem Schutze von Pflanzen und nichtjagdbaren Tieren wurde besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Handelt es sich doch darum, der Verwüstung der heimischen Pflanzenwelt Einhalt zu gebieten. In diesem Sinne mußte besonders auf die Einhaltung der Bestimmungen über den Handel mit Pflanzen gedrungen werden. Zur Belehrung wurden vorerst probeweise 18 Aushängekasten an den frequentierten Stellen der Ausflugsgebiete angebracht, in denen die geschützten Pflanzen auch bildlich dargestellt sind. Hiedurch sollen nicht nur die Volksgenossen, sondern auch die öffentlichen Wachorgane entsprechend aufgeklärt werden.

Der durch die Eingemeindung ebenfalls in den Stadtbereich einbezogene Lainzer Tiergarten brachte eine Fülle von schutzwürdigen Naturdenkmalen. Es sind dies vor allem die alten Eichen- und Buchenbestände, aber auch das Schwarz-, Muffel-, Rot- und Damwild. Die nötigen Vorarbeiten zur Unterschutzstellung dieses Gebietes sind bereits eingeleitet, desgleichen die Vorarbeiten zur Unterschutzstellung der beiden Tiergärten im Hinterbrühler Gebiet mit ihren Dam- und Muffelwildbeständen. Alle diese Gebiete sind auch als Standorte bereits selten gewordener Pflanzen der pannonischen Flora schutzwürdig.

Ein weites Feld der Betätigung auf dem Gebiet des Naturschutzes steht noch zur erstmaligen Erfassung offen. So sind die Räume um Himberg und Gutenhof im 23. Bez. sowie das Gebiet um Rutzendorf im 22. Bez. Standorte der Großtrappe, des größten Laufvogels in Europa, und sollen daher unter Schutz gestellt werden; ebenso der Laxenburger Schloßpark und der Eichkogel in Mödling. Die beiden letzteren als Standorte selten gewordener Pflanzen.



Ebenso harrt der Unterschutzstellung die als „Lobau“ bezeichnete Stromlandschaft, deren oberster Teil am linken Donauufer unterhalb der Ostbahnbrücke dem Ausbau der Wasserstraßen und der Industrie leider in der nächsten Zeit zum Opfer fallen wird.

Stark in Anspruch genommen war die Naturschutzarbeit im Berichtsjahr durch die Teilnahme an den Beratungen über die zahlreichen baulichen Vorhaben (Siedlungen, Reichsautobahn, Hafen- und wehrwirtschaftliche Anlagen).

#### Gumpoldskirchner Wein- und Obstbauschule der Stadt Wien.

Im Schuljahr 1938/39, das im März 1939 endete, hatte die Schule nur einen 2. Jahrgang, weil in der Systemzeit aus Ersparungsgründen die Aufnahme in den 1. Jahrgang nur jedes zweite Jahr erfolgte. Dieser Jahrgang wurde von 19 Schülern besucht. Mit Beginn des Schuljahres 1939/40 konnte die Schule demzufolge nur den 1. Jahrgang mit 29 Schülern eröffnen, und erst im Schuljahr 1940/41 wird die Schule den 1. und 2. Jahrgang wieder gleichzeitig führen. An der Schule unterrichteten der Leiter, 2 Fachlehrer und 2 Demonstratoren in den Hauptgegenständen, während für die Nebengegenstände 3 Hilfskräfte nebenberuflich tätig waren.

Die Schule hat den Zweck, für die fachliche Ausbildung des Nachwuchses der Landwirte, insbesondere aber der Weinbauer, zu sorgen. Sie soll den Schülern ermöglichen, nach beendetem Schulbesuch ihren Wirtschaftsbetrieb fachgemäß zu führen. Die Schüler werden nicht nur theoretisch in Wein- und Kellerwirtschaft, Obstbau, Boden- und Pflanzenbau, Viehhaltung und Bodennutzungslehre unterwiesen, sondern auch während des Sommers in praktischen Arbeiten geschult. Die an die Schüler gestellten Anforderungen sind somit verhältnismäßig sehr hoch. Im Schuljahr 1939/40 verließen 1 Schüler mit vorzüglichem, 11 Schüler mit sehr gutem, 10 Schüler mit gutem und 6 Schüler mit genügendem Erfolg die Schule.

Die Anstalt besteht seit zirka 40 Jahren und hat sich als niedere landwirtschaftliche Fachschule einen bedeutenden Ruf erworben. Sie gilt als Musteranstalt. Sie erfuhr auch während des Berichtsjahres eine weitere Ausgestaltung mit den nötigen Lehr- und Lernmitteln.

Der angegliederte Wirtschaftsbetrieb umfaßt rund 40.000 m<sup>2</sup> Weingärten, einen großen Obst- und einen umfangreichen Gemüsegarten sowie die notwendigen Glashäuser. Soweit abreifende Feld- und Gartenfrüchte nicht für den Ortsbedarf gebraucht wurden, fanden sie im Mödlinger Krankenhaus Absatz.

Das Leseergebnis 1939 entsprach durch die aufgetretenen Spätfröste nicht den Erwartungen. Es ergab sich jedoch noch immer ein höheres Erträgnis als im Vorjahr. Der Zuckergehalt der Trauben war gegenüber 1938 um zirka 1,4 Klosterneuburger Grade höher.

Neben dem Schulunterricht veranstaltete die Schule kurzfristige Sonderlehrgänge. Im Winter 1938/39 wurde ein fünfmonatiger Gärtner-Fortbildungskurs mit 19 Teilnehmern abgehalten und im Schuljahr 1939/40 2 Gärtner-Lehrlingskurse, die 17 oder 19 Teilnehmer zählten. Für die Ausbildung von Baumwärtern sorgte ein vierwöchiger Kurs mit 18 Teilnehmern.

Kellereiwirtschafts-, Rebschutz- und sonstige Kurse mußten in Erfüllung der im Auftrag des Reichsnährstandes durchzuführenden Wirtschaftsberatung vorgenommen werden. Die bei dieser Wirtschaftsberatung als notwendig erkannten Analysen wurden in gleicher Weise wie die Wirtschaftsberatung selbst kostenlos durchgeführt.

An der Schule besteht eine Wetterbeobachtungsstation für den Reichswetterdienst. Mitglieder des Lehrkörpers sind für die unter dem Vorsitz des Bezirkshauptmannes gebildete Kommission für die Qualitäts- und Preisbestimmung des Weines als Sachverständige berufen.

Der Leiter der Anstalt wurde zur 1. Tagung der deutschen Weinbaufachbeamten im März 1939 in Geisenheim am Rhein entsendet. Ein Mitglied des Lehrkörpers nahm an dem Lehrgang für Gartenbau als Fachberater und Fachlehrer in Goslar teil. Die für den 28. August in Bad Kreuznach angesetzte „2. Reichstagung des deutschen Weinbaues 1939“ wurde von der Anstalt beschickt. Infolge des Kriegsausbruches mußte diese Tagung abgebrochen werden. Für die bei dieser Tagung beabsichtigte große fachmännische Weinprobe war durch eine Kommission das Erzeugnis der Gumpoldskirchner Wein- und Obstbauschule der Stadt Wien unter „Gumpoldskirchner Spätrot, Rotgipfler, Spätlese“ an 44. Stelle unter 46 Proben angesetzt. Da die Reihung der Güte nach in aufsteigender Klassifikation erfolgte, beweist diese hohe Reihung die hervorragende Qualität dieses Erzeugnisses der Gumpoldskirchner Weinbauschule.

An der Frühjahrs- und Herbstmesse 1939 hat die Schule wie immer teilgenommen.

Die Neuausstattung der Flaschen erfolgte nach den prämierten Entwürfen, die aus dem Wettbewerb der Schüler der staatlichen Kunstgewerbeschule in Wien hervorgingen.

## Kriegswirtschaft

Anfang Jänner 1939 wurde unter dem damaligen Leiter des Wirtschaftsamt, Obersenatsrat Dr. Helch, die Abteilung für Planwirtschaft aufgestellt, welche die Grundlage für den Aufbau der Verteilerstellen zur Belieferung der Bevölkerung der Stadt Wien mit den Ausweiskarten zum Bezug von Lebensmitteln zu erstellen hatte. An Hand der Stadtpläne und der politischen Ortsgruppeneinteilung wurden im Einverständnis mit der Gauleitung die im allgemeinen noch heute bestehenden Kartenstellen ins Leben gerufen.

Mit Verordnung des Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft zur vorläufigen Sicherstellung des lebenswichtigen Bedarfes des deutschen Volkes vom 27. August 1939 wurde die Einführung der Bezugscheinpflicht angeordnet, und auf Grund dieser Anordnung durften von da ab Verbrauchsgüter an Verbraucher nur gegen behördliche Bescheinigungen über die Bezugsberechtigung (Bezugschein, Ausweiskarten usw.) abgegeben und bezogen werden.

Gleich zu Kriegsbeginn wurde die Abteilung für Planwirtschaft unter der Leitung des Beigeordneten Ingenieur Raffelsberger in drei große Wirtschaftsgruppen unterteilt, und zwar in das Hauptwirtschaftsamt, das Haupternährungsamt und die Kartenhauptstelle.

## Hauptwirtschaftsamt

Bei Kriegsbeginn und Einführung einer straffen Bewirtschaftung für verschiedene gewerbliche Erzeugnisse ging aus dem bereits bestehenden Büro für Planwirtschaft auf Grund des Reichserlasses über die Schaffung von Wirtschaftsämtern das Hauptwirtschaftsamt hervor.

Dem Hauptwirtschaftsamt des Reichsgaues Wien obliegt für eine Reihe von Verbrauchsgegenständen, die vom Reichswirtschaftsministerium auf Grund der Verordnung über den Warenverkehr in der Fassung vom 18. August 1939 für bezugsbeschränkt erklärt wurden, eine gerechte und gleichmäßige Verteilung mit dem Zwecke einer optimalen Verbraucherversorgung. Es sind dies Spinnstoffe, Schuhe und Lederwaren, Treibstoffe (Benzin, Dieseltreibstoff und Treibgas), Petroleum, Gummibereifungen, Brennstoffe (Kohle, Koks und Holz), Seife und Waschmittel.

Die gesamte Verbrauchlenkung vollzieht sich auf Grund von Erlässen der einzelnen dem Reichswirtschaftsministerium unterstehenden Reichsstellen, die über das Landeswirtschaftsamt für den Wehrwirtschaftsbezirk XVII dem Hauptwirtschaftsamt zugehen.

Entsprechend den kriegsbewirtschafteten Verbrauchsgütern entstand aus kleinen Anfängen eine analoge Organisation des Hauptwirtschaftsamtes. Es gliedert sich in sechs Abteilungen, und zwar: